

# Zürcher Journalistenpreis 24

Susan Boos

Preis für das Gesamtwerk

Cedric Fröhlich und Quentin Schlapbach

Tod in Adelboden

Birgit Schmid

«Da jagt es mir den Zapfen ab!»

Daniel Strassberg

Israel in der Krise

Kilian Marti

Den Letzten beissen die Hunde (Newcomer-Preis)

# Der Zürcher Journalistenpreis

Es gibt nicht wenige Medienpreise in der Schweiz. Kaum einer aber hat eine so lange Tradition wie der Zürcher Journalistenpreis, den der Zürcher Presseverein ins Leben rief und 1981 erstmals verliehen hat. Trägerin ist heute die Stiftung Zürcher Journalistenpreis. Ihr Zweck ist es, über die Ausschreibung und Vergabe eines Preises einen Beitrag zur Förderung der journalistischen Qualität zu leisten. Die Prämierung von herausragenden Arbeiten soll Journalistinnen und Journalisten ermutigen, ihre unter immer anspruchsvolleren Bedingungen zu leistende Aufgabe inhaltlich wie auch stilistisch auf hohem Niveau zu meistern und journalistische Werke zu schaffen, die über den Tag hinaus in Erinnerung bleiben. Eine unabhängige, siebenköpfige Jury aus Journalisten und Publizisten begutachtet die eingereichten Arbeiten, die in Produkten von Medienunternehmen in der Deutschschweiz erschienen sind. Die Auswahl erfolgt in einem mehrstufigen Verfahren. Träger des Preises sind die vier Verlagshäuser CH Media, NZZ, Ringier und Tamedia. Sie und namhafte Spender und Sponsoren finanzieren die Preise.

## Preisträger 2024

### Susan Boos

Preis für das Gesamtwerk 9

### Cedric Fröhlich und Quentin Schlapbach

Tod in Adelboden 31

### Birgit Schmid

«Da jagt es mir den Zapfen ab!» 45

### Daniel Strassberg

Israel in der Krise 57

### Kilian Marti

Den Letzten beissen die Hunde  
(Newcomer-Preis) 71

# Talent und Handwerk

## Grussadresse des Präsidenten



Applaus für die Preisgekrönten. Die Stiftung Zürcher Journalistenpreis ist der Qualität ihrer Texte verpflichtet. Ganz im Sinne der statutarischen Zweckbestimmung «Qualitätsförderung im Schweizer Journalismus». Nur: Was heisst Qualität? Was Journalismus?

Journalismus ist eine Methode, sich nach bestimmten Regeln an der Realität zu reiben. Kurz: Medienschaffende suchen die wahren Fakten, arbeiten fair, unabhängig und transparent.

Sie schreiben nicht bewusst die Unwahrheit. Sie berücksichtigen den Standpunkt der Betroffenen, zitieren also mindestens deren bestes Argument. Sie lassen sich nicht kaufen. Sie publizieren zum Beispiel nicht unter einem Pseudonym gesponserte Artikel. Und sie legen offen dar, wie sie in ihren Reportagen, Recherchen und Berichten vorgegangen sind.

Methode ist Handwerk. Angehende Journalistinnen und Journalisten lernen die handwerklichen Fähigkeiten an Journalismusschulen und on the job. Wenn wir heute dem Talent und Handwerk der Ausgezeichneten applaudieren, gilt dieser Applaus – besonders in diesem Jahr – auch den Ausbildungsstätten.

2024 feiern zwei herausragende Institutionen der Deutschschweiz runde Jubiläen: die Ringier Journalistenschule ihr 50-Jahre- und das Medienausbildungszentrum (MAZ) sein 40-Jahre-Jubiläum. Herzliche Gratulation!

In den 60er-Jahren wuchs das Bedürfnis, für das journalistische Handwerk eine professionelle Aus- und Weiterbildungsstätte zu schaffen. Man diskutierte und stritt sich jahrelang über das ideale Modell, bis schliesslich der Verlag Ringier – müde vom ewigen Hin

und Her – sich für den privat finanzierten Alleingang entschied und 1974 die «Jouschu» gründete.

Die Überrumpelten brauchten noch weitere zehn Jahre, bis sie sich auf ein mit öffentlichen Geldern mitfinanziertes, verlagsunabhängiges Modell einigen konnten – das MAZ. Beide Schulen verdienen unsere Anerkennung. Wir beklatschen heute Abend auch ihr Engagement für die Qualität im Journalismus.

Hatte in den Gründerjahren dieser Schulen die Frage nach der Qualität eine andere Antwort als heute?

Ein Blick auf die preisgekrönten Arbeiten 2024 genügt: Nein, die alten Werte halten sich. Qualität braucht keine neuen Kleider. Sie lebt nach wie vor von hartnäckigen Recherchen, deren Treibstoff die Neugier ist – die Lust, Neues zu entdecken. Sie lebt vom Mut zur Auseinandersetzung, zur Konfrontation, zum Widerspruch. Friedlicher formuliert: von der Freude an der Begegnung, vom Talent zur Empathie. Qualität heisst denkend schreiben und schreibend denken.

Qualität berührt, bewegt und begeistert.

*Hannes Britschgi*

Präsident Stiftung Zürcher Journalistenpreis

### Stiftungsrat

*Hannes Britschgi (Präsident)*

Journalist

*Marco Boselli*

Tamedia

*Sermin Faki*

Ringier

*Riccarda Mecklenburg*

Dozentin und Publizistin

*Daniel Wechlin*

Neue Zürcher Zeitung

### Geschäftsführung

*Yeliz Açiksöz Demirkol*

### Jury

*Christina Neuhaus (Präsidentin)*

Neue Zürcher Zeitung

*Lisa Feldmann*

Autorin

*Nina Jecker*

Basler Zeitung

*Doris Kleck*

CH Media

*Reza Rafi*

SonntagsBlick

*Paula Scheidt*

NZZ am Sonntag

*Hansi Voigt*

Journalist

# Die Jury

## Christina Neuhaus (Präsidentin)



Christina Neuhaus, 1966, ist in Meilen am Zürichsee aufgewachsen und wohnt heute in Zürich und in St. Gallen. Nach einem Deutsch- und Geschichtsstudium an der Universität Zürich machte sie ihren ersten journalistischen Versuch bei einer Gratiszeitung am Obersee. Dort erklärte man ihr, dass man in diesem Metier keine Zukunft habe. Danach arbeitete sie bei verschiedenen Lokal- und Regionalzeitungen rund um den Zürichsee. Seit 2001 ist sie bei der «NZZ»: erst als Redaktorin im Ressort Zürich, später als Inlandjournalistin bei der «NZZ am Sonntag» und der «NZZ». Im August 2019 übernahm sie die Redaktion von «NZZ Folio», das unter ihrer Leitung neu konzipiert wurde. Seit November 2020 leitet sie die Inlandredaktion der «NZZ».

## Lisa Feldmann



Lisa Feldmann, geboren 1958 in Plettenberg, hat nach ihrem Studium der Germanistik und Anglistik (Magister) eine journalistische Laufbahn eingeschlagen, die beim «Stern» begann und rasch Richtung Lifestyle, Mode und Frauenthemen weiterführte. Sie war in der Chefredaktion von «Elle», danach Chefredaktorin der «Cosmopolitan». Anschliessend leitete sie die Special-Redaktion des Magazins der «Süddeutschen Zeitung». Seit 2002 lebt Lisa Feldmann in der Schweiz und ist inzwischen auch Schweizerin. Ihre journalistischen Stationen hier: Mode-Berichterstattung im Lifestyle-Bund der «Sonntags-Zeitung», Chefredaktorin der «Annabelle» (2004–2013). Im Sommer 2013 ging sie als Chefredaktorin zu «Interview». Seit Sommer 2015 brachte sie die deutsche Ausgabe der französischen Zeitschrift «L'Officiel» an den Start, die sie als Gründungs-Chefredaktorin für zwei Jahre leitete. Seit Sommer 2017 arbeitet sie an verschiedenen Projekten in der Schweiz – konzipierend, beratend, aber auch als Autorin. 2019 startete sie darüber hinaus eine Podcast-Reihe und den Lifestyle-Blog [www.feldmanntrommelt.com](http://www.feldmanntrommelt.com).

## Nina Jecker



Nina Jecker, geboren 1981 in Basel, arbeitet als Redaktorin und Kolumnistin bei der «Basler Zeitung». Zum Journalismus kam sie während des Jurastudiums als freie Mitarbeiterin der «Neuen Fricktaler Zeitung».

Jecker fand grossen Gefallen am Schreiben und entschied sich nach dem Vorlizenziat, eine Auszeit vom Studium zu nehmen und 2006 ein journalistisches Praktikum bei «20 Minuten» in Bern zu absolvieren. Nach einem halben Jahr konnte Jecker als Redaktorin im Team bleiben, weitere drei Jahre später übernahm sie die Leitung der Berner Lokalredaktion von «20 Minuten». Es folgte 2012 ein Wechsel zur «Basler Zeitung», wo Jecker als stellvertretende Leiterin der Lokalredaktion tätig war. Ein Jahr später kam es erneut zum Wechsel zu «20 Minuten», um auf der neuen, konvergenten Redaktion in Zürich als Reporterin im Einsatz zu sein. Nina Jecker ist seit 2014 erneut in Basel in verschiedenen Funktionen für die «BaZ» tätig. Seit 2020 ist sie Mitglied der Chefredaktion und seit Anfang 2023 Leiterin des Ressorts Gesellschaft und Kultur.

## Doris Kleck



Doris Kleck, 1981, wuchs in Thayngen (SH) auf und studierte an den Universitäten St. Gallen und Genf Internationale Beziehungen. Während der Kantizeit schrieb sie für den Sport-

teil der «Schaffhauser Nachrichten», nach dem Abschluss des Masterstudiums bekam sie dort auch ihre erste Redaktorenstelle und war später als Blattmacherin Teil der Redaktionsleitung. 2012 wechselte Doris Kleck als Bundeshausredaktorin zur «Aargauer Zeitung». Nach einem kurzen Abstecher zum «Tages-Anzeiger» wechselte sie zurück ins Haus Wanner und übernahm die Co-Leitung der Bundeshausredaktion. Im fusionierten Gebilde CH Media ist sie zudem Stellvertretende Chefredaktorin der Zentralredaktion. Doris Kleck absolvierte den «Summer Investigative Reporting Course» an der Columbia University in New York und ist Dozentin am MAZ.

## Reza Rafi



Reza Rafi, geboren 1977 in Zürich, ist seit 2017 für den «SonntagsBlick» tätig, seit 2023 als Chefredaktor. Bereits von 2008 bis 2011 schrieb er für das Blatt, u. a. als People-Journalist und Bundeshauskorrespondent.

Dazwischen arbeitete er mehrere Jahre als Inlandjournalist und in leitenden Funktionen für den Tamedia-Verlag. Er studierte an der Universität Zürich Politikwissenschaften, Ökonomie und Publizistik.

## Paula Scheidt



Paula Scheidt, geboren 1982 in Bremen, ist Chefredaktorin des «NZZ am Sonntag Magazin». Sie absolvierte ein Masterstudium in Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Sozialpsychologie an der Universität Zürich.

Zwischen Bachelor- und Masterstudium besuchte sie die Berliner Journalistenschule. Vor ihrer Zeit bei der «NZZ am Sonntag» leitete sie u.a. das Reportageressort bei «Annabelle» und war acht Jahre lang Reporterin und Redaktorin bei «Das Magazin». Ihre Reportagen wurden mit dem Deutschen Reporterpreis und dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet.

## Hansi Voigt



Hansi Voigt, 1963, war von Oktober 2007 bis Dezember 2012 Chefredaktor von 20 Minuten Online. In dieser Zeit entwickelte sich das Online-Angebot der Gratiszeitung zum grössten Newsportal der Schweiz.

Vorher war er beim «Beobachter» tätig und davor lange Jahre, unter anderem als Blattmacher, bei der Wirtschaftszeitung «Cash».

2006 wurde Voigt gemeinsam mit Ursula Gabathuler für einen Artikel im «Beobachter» zum Thema Armut mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet. Im Jahr 2012 wurde er vom Fachmagazin «Schweizer Journalist» zum «Chefredaktor des Jahres» gewählt.

Voigt hat seit seinem Weggang von 20 Minuten Online verschiedene Beratermandate in der Schweiz und in Deutschland angenommen und sieht im digitalen Wandel vor allem viele Chancen für Journalisten und den Journalismus. Er hat 2013 das Newsportal Watson gegründet und gemeinsam mit Peter Wanner, dem Verleger der AZ Medien, lanciert. Nach der dreijährigen Aufbauphase hat er die Geschäftsführung an Michael Wanner übergeben. Er ist nun als Berater tätig.







Den

## Preis für das Gesamtwerk 2024

gewinnt

**Susan Boos**

Zürich, 15. Mai 2024

Die Jury:



Christina Neuhaus



Lisa Feldmann



Nina Jecker



Doris Kleck



Paula Scheidt



Hansi Voigt



Reza Rafi





## Susan Boos

Susan Boos, Jahrgang 1963, wuchs in St. Gallen auf und absolvierte eine Ausbildung zur Primarlehrerin im Seminar Rorschach im Kanton St. Gallen. Von 1984 bis 1991 war sie für die «Ostschweizer Arbeiterzeitung» («AZ») in St. Gallen tätig, ab 1989 als Redaktorin. Parallel dazu studierte sie mehrere Semester Jus, Ethnologie, Politologie und Publizistik an den Universitäten St. Gallen und Zürich. 1991 wechselte sie zur Zürcher «WOZ – Die Wochenzeitung», wo sie von 2005 bis Ende 2017 Redaktionsleiterin war.

Boos unterrichtet seit vielen Jahren an der Medienschule St. Gallen und am Medienausbildungszentrum (MAZ). Sie publizierte mehrere Bücher zur Atom- und Energiepolitik. Ihr jüngstes Buch «Auge um Auge» beschäftigt sich mit der Sicherungsvahrung.

Seit 1. Januar 2021 ist sie die Präsidentin des Schweizer Presserates.

von Christina Neuhaus

Wir Medienmenschen gehören einer eiteln Branche an. Wir küren uns gegenseitig zu Journalistinnen oder Journalisten des Jahres. Und weil jeder lesen will, wer auch noch einen Preis gewonnen hat, schaffen wir Untersektionen (Lokaljournalistin des Jahres, Gesellschaftsjournalist des Jahres, Newsticker-Journalistin des Jahres) und vergeben auch gleich noch die Plätze 2 bis 200 in jeder Kategorie. Das äussert sich dann oft in Selbstmarketing in den sozialen Netzwerken: «Vielen Dank allen, die mich auf Platz 154 als Bildlegendenverfasser des Jahres gewählt haben!»

Die Zeiten, als sich die Verfasserinnen und Verfasser von Texten hinter bescheidenen Kürzeln versteckten, sind vorbei. Heute sollen Autorinnen und Autoren zu Marken werden. Das erhöht die Aufmerksamkeit des Publikums, stärkt den Auftritt des Arbeitgebers und das Ego der Verfasserinnen und Verfasser.

Da gibt es den Kollegen, der, Teufel auch, seine Leserinnen und Leser mit «Ladies and Gentlemen» anspricht. Oder den Kollegen, der in jedem Text – wie bei einem Ringwurfspiel – ein paar Klammern auswirft.

Susan Boos, die dieses Jahr den Zürcher Journalistenpreis für ihr Lebenswerk erhält, ist keine Marke. Sie ist eine Klasse für sich. Susan Boos' Texte sind so klar, intelligent und schnörkellos wie sie selbst. Ob sie über das Jugendstrafrecht schreibt, über die täglichen Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen oder über Atomkraft: Immer geht es um die Sache, immer ist der Text fundiert, und immer sind ihre Leserinnen und Leser danach bestens informiert – und stets auch ein wenig klüger.

Als Leiterin der «NZZ»-Inlandredaktion vertrete ich oft eine andere politische Haltung als Susan Boos, die erst für die «Ostschweizer Arbeiterzeitung» in St. Gallen und ab 1991 für die «Wochenzeitung» schrieb. Die «Neue Zürcher Zeitung» ist bürgerlich-liberal, die «WOZ», laut Selbstbeschreibung, «links und unabhängig».

Die «WOZ» ist nicht Susan Boos, und Susan Boos ist nicht die «WOZ». Doch der Claim der Zeitung, die Susan seit über 30 Jahren mitprägt, passt auch zu ihr. Sie ist links, aber sie ist vor allem unabhängig. Es ist die Haltung, die ihr Schreiben prägt;

nicht der Zeitgeist, dieser opportunistische Gestaltwandler. Susan schreibt für keine Bubble und würde wohl auch dem Druck aus dem Newsroom trotzen, wenn die «WOZ» einen Newsroom hätte. Als Journalistin verharret sie nie in der eigenen Komfortzone, sondern geht dorthin, wo das Denken anstrengend und herausfordernd wird.

Als die «WOZ» 2005 beinahe Konkurs anmelden musste, weil sich das Kollektiv mit einer steilen Ausbaustrategie übernommen hatte, wurde Susan Boos zur Redaktionsleiterin gewählt. Zwölf Jahre lang erfüllte sie diese Aufgabe mit grosser Ruhe und grossem Geschick. 2017 gab sie die Leitung wieder ab, wie sie sie übernommen hatte: ohne grosses Aufheben zu machen. Sie ist wie Mary Poppins. Wenn der Wind dreht, wenn sie nicht mehr gebraucht wird, geht sie.

Seit 2021 ist Susan Boos die Präsidentin des Schweizer Presserats, und auch dort bleibt sie sich und ihren journalistischen Werten treu: unabhängig, unerschrocken und stets der journalistischen Ethik verpflichtet.

Es freut mich deshalb sehr, dass ich Susan Boos den Zürcher Journalistenpreis für ihr Lebenswerk übergeben darf. Natürlich ist auch dieser Preis nicht frei von der Eitelkeit der Branche. Den Zürcher Journalistenpreis erhält aber nicht, wer die grösste Follower-schaft hat und in den sozialen Netzwerken entsprechend mobilisieren kann, sondern wer die unabhängige und durchaus streitbare Fachjury überzeugt. Susan hat uns alle überzeugt. Die Auszeichnung für Susans Lebenswerk gilt ihren Werken ebenso wie ihrem Wirken.

Susan, mögest Du noch lange werken und wirken! Die Branche braucht Dich – und alle, denen Du ein Vorbild bist.

# Verwahrung: «Waschen, kochen, kann ich das überhaupt noch?»

Erschienen am 10. August 2023

*Ein Anwalt fordert vor Bundesgericht, dass Verwahrte nicht wie Strafgefangene untergebracht werden dürfen, und erringt einen wichtigen Etappensieg. Sein Klient erzählt, was es mit einem macht, wenn man dreissig Jahre lang keine Tür selber öffnen darf.*

Von Susan Boos (Text) und  
Ursula Häne (Fotos)

Frau Krucker stellt selbstgebackenen Kuchen auf den Tisch, hält einen Moment inne und sagt: «Wissen Sie, das Wichtigste wäre, dass er endlich mal herkommen dürfte und sagen könnte, was ich wegwerfen kann und was er noch behalten möchte.» Ein harmlos klingender Satz, der es in sich hat. Wenn man Frau Krucker bittet, die Geschichte ihres Sohns Toni von Anfang an zu erzählen, kämpft sie gegen Tränen an. Dabei ist der Mord schon vor über dreissig Jahren geschehen. Sie fragt sich bis heute, was sie vielleicht falsch gemacht hat. Eine Frage, die sich nicht beantworten lässt.

Frau Krucker trägt eigentlich einen anderen Namen, und Toni heisst nicht Toni. Er wird später im Gespräch sagen, seine Mutter treffe sicher keine Schuld, er habe das alles selber zu verantworten.

Kurz zusammengefasst bringt Toni Krucker im Herbst 1989 eine ältere Dame um. Als sie schon tot ist, vergeht er sich sexuell an ihr. Es war kein geplanter Mord, aber eine brutale, schreckliche Tat, wie er heute selber sagt. Krucker ist damals zwanzig Jahre alt. Seine Mutter sagt, er sei ein problemloses Kind gewesen, gut in der Schule, stets freundlich. Für sie kam es völlig überraschend, als die Polizei damals an ihrer Haustür klingelte und Toni mitnahm. Seither war er nie mehr zu Hause, und Frau Krucker hütet bis heute all die Sachen, die er in seinem Zimmer hatte.

Das Gericht verurteilte Toni Krucker zu sechzehn Jahren Haft. Gemäss dem psychiatrischen Gutachten gilt er als gefährlich, weil er für sein Opfer keine Empathie empfunden habe. Das ist mit ein Grund, weshalb er 2005 – nachdem er seine Strafe abgesessen hat –

nicht freikommt, sondern nachträglich verwahrt wird und bis heute weggesperrt ist.

Frau Krucker besucht ihren Sohn regelmässig. Sie hat viele Gefängnisse kennengelernt, weil er mehrmals verlegt wurde. Bei den einen darf man während des Besuchs nicht aufs WC gehen. Bei anderen sind die Angestellten unfreundlich. In Deitingen, in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Solothurn, sei das anders, sagt Frau Krucker. Dort seien sie höflich und sehr zuvorkommend. Seit Dezember 2021 ist Krucker in dieser Justizvollzugsanstalt am Fuss des Jura untergebracht. Erwirkt hat das der Zürcher Rechtsanwalt Stephan Bernard. Frau Krucker hatte ihn kontaktiert. Bernard schaute sich den Fall an und kam zum Schluss: Was die Behörden mit Krucker machen, verstösst gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Er beschliesst, den Fall zu übernehmen und wenn nötig bis nach Strassburg an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) zu ziehen.

## Sinn des Strafens

Vier Jahre nachdem Krucker seine Tat begangen hat, geschieht am Zollikerberg ein anderer Mord, der den Strafvollzug radikal umwälzen wird. Ein Häftling auf Freigang bringt die Pfadiführerin Pasquale Brumann um. Plötzlich wird man in der breiten Öffentlichkeit gewahr, dass manche Täter – insbesondere Sexualdelinquenten – auch nach Verbüssung der Strafe noch gefährlich sein können. Gefährliche sollen deshalb

neue Verwahrungsgesetz tritt allerdings erst Jahre nach Kruckers Verurteilung in Kraft.

Anwalt Bernards Ziel ist nicht, seinen Klienten freizubekommen. Er will erreichen, dass Verwahrte in der Schweiz nicht länger wie Strafgefangene leben müssen, da sie ihre Strafe ja verbüsst haben. Um zu verstehen, worum es geht, muss man sich die Logik des Systems vergegenwärtigen: Jemand begeht eine Tat, kommt vor Gericht, das verhängt je nach der Schwere der Tat eine Strafe. Man spricht von Verschuldensstrafrecht – je schwerer die Tat, desto schwerer die Schuld und desto länger die Strafe. Täter:innen büssen, indem sie während des Strafvollzugs ein karges, fremdbestimmtes Leben führen müssen. Sie dürfen nicht über ihre Zeit verfügen, dürfen sich nicht frei bewegen, dürfen nur eingeschränkt mit Menschen Kontakt halten. Verwahrte wie Krucker haben ihre Strafe verbüsst, werden aber – eben um die Gesellschaft zu schützen – nicht entlassen. Jurist:innen reden von einem «Sonderopfer», das die Verwahrten zu erbringen haben. Schlüssig wäre, dass sie nach der Strafe nicht freikommen, jedoch in einer gesicherten Institution ein so weit wie möglich normales Leben führen können. In der Schweiz geht das nicht, weil Verwahrte im normalen Strafvollzug verbleiben.

Stephan Bernard will das ändern. Im Sommer 2021 stellt er für seinen Klienten beim zuständigen Amt für Justizvollzug ein Gesuch. Er fordert eine bessere Unterbringung ausserhalb des normalen Strafvoll-

**Die Verwahrung ist explizit keine Strafe,  
die betroffenen Personen werden jedoch zum  
Schutz der Gesellschaft unbefristet  
gesichert untergebracht.**

künftig nach der verbüsst Strafe nicht freikommen. Die Verwahrung ist explizit keine Strafe, die betroffenen Personen werden jedoch zum Schutz der Gesellschaft unbefristet gesichert untergebracht. Das

zugs. Das Amt reagiert rasch und teilt knapp zwei Wochen später mit: Man bemühe sich, Krucker in die Wohngruppe

«Verwahrungsvollzug in Kleingruppen» in der JVA Solothurn zu verlegen. Ende 2021





Toni Krucker lebt seit über dreissig Jahren im Gefängnis:  
«Erst nachdem ich im Haus C der JVA Solothurn eingezogen war, realisierte ich, wie normal der Strafvollzug für mich geworden war.»



zieht Krucker ins sogenannte Haus C ein. Für ihn beginnt ein neues Leben.

### Der Verwahrte

Toni Krucker ist nicht sehr gross, kräftig gebaut, trägt einen gepflegten Bart und hat ein offenes Lächeln. Das erste Treffen findet in einem der normalen Besucher:innenzimmer der JVA statt, ein schmuckloser Raum mit zwei Stühlen und einem Tisch. Krucker redet mit ruhiger, sonorer Stimme. Man merkt,

nicht abgeschlossen war und ich sie selber öffnen konnte.»

### Die Beschwerde

Abgesehen von der Verlegung ins Haus C blitzt Rechtsanwalt Bernard mit seiner Beschwerde bei allen kantonalen Instanzen ab. Im November 2022 zieht er den Fall vor Bundesgericht. Die Beschwerdeschrift enthält eine detaillierte Übersicht über die internationalen Normen und die

«Mir wurde erst hier bewusst,  
wie abgestumpft ich in all den Jahren  
Strafvollzug geworden bin.»

dass er schon viel über sich, seine Tat und die Verwahrung nachgedacht hat. Wenn man ihn fragt, wie ein junger Mann dazu kommt, etwas so Schreckliches zu tun, weicht er nicht aus. Ganz erklären kann er den Mord nicht. Er sei nicht mehr derselbe, habe viel gelernt und würde nie mehr eine solche Tat begehen, davon sei er überzeugt. Doch um die Tat geht es jetzt nicht, sondern um seine Unterbringung.

Der Alltag im Haus C tue ihm gut, sagt er. Das Haus war vor Urzeiten einmal der Wohnsitz des Gefängnisdirektors, ein Einfamilienhaus auf dem Territorium der Strafanstalt. Sechs Verwahrte wohnen darin in einer Wohngemeinschaft zusammen. «Mir wurde erst hier bewusst, wie abgestumpft ich in all den Jahren Strafvollzug geworden bin», sagt Krucker. «Es gibt hier viel mehr Selbst- und Mitbestimmung. Es sind kleine Sachen wie selber waschen oder kochen. Man kann darüber lachen, aber am Anfang hatte ich vor gewissen Sachen Angst und fragte mich: Kann ich das überhaupt? Erst nachdem ich hier eingezogen war, realisierte ich, wie normal der Strafvollzug für mich geworden war.» Er veranschaulicht, was er damit meint: «Ich kann mich erinnern, wie ich vor einer geschlossenen Tür stand und wartete, dass man sie mir aufschliesst. Ich habe gar nicht realisiert, dass die Tür

entsprechende Rechtsprechung zur Verwahrung. Vor einigen Jahren fällte der Gerichtshof für Menschenrechte einen wichtigen Entscheid. Darin hielt er fest, bei der Verwahrung handle es sich um eine Strafe, da sich der Verwahrungsvollzug nicht wesentlich vom Strafvollzug unterscheide. Das verstosse gegen die Menschenrechtskonvention, weil es nicht rechtens sei, jemanden für eine Tat zweimal zu bestrafen. Oder um es mit Toni Kruckers Fall zu veranschaulichen: Nachdem er seine Strafe verbüsst hatte, änderte sich an seiner Haftsituation nichts, ausser dass er in der Statistik nun unter den Verwahrten geführt wurde. Real verbüsst er also ein zweites Mal eine Strafe von sechzehn Jahren – erst als er ins Haus C verlegt wird, normalisiert sich sein Alltag.

Das besagte Urteil des EGMR war von einem Verwahrten aus Deutschland erwirkt worden. Das Land hat heute einen anderen Umgang mit Verwahrten. Es gilt das sogenannte Abstandsgebot. Den Begriff prägte das Bundesverfassungsgericht, das entschieden hatte, die unbefristete Verwahrung sei zwar rechtens, aber so, wie sie umgesetzt werde, verstosse sie gegen die Verfassung. Der entscheidende Satz des Urteils: Im Ergebnis müsse «sichergestellt sein, dass ein Abstand zwischen dem allgemeinen Strafvollzug und dem Vollzug der Sicherungsverwahrung gewahrt bleibt». Verwahrte dürfen demnach nicht zusammen mit

Strafgefangenen eingesperrt werden und haben Anspruch auf ein möglichst normales Leben.

Deutschland hat danach diverse neue Abteilungen für Verwahrte gebaut, in denen diese mehr Freiraum geniessen als in normalen Gefängnissen. Sie haben grössere Zimmer mit Dusche und WC, haben Anspruch auf begleiteten Ausgang, können mehr oder weniger frei nach draussen telefonieren, dürfen selber kochen, öfter Besuch empfangen. Und es muss ihnen eine Entlassungsperspektive geboten werden. Alles Dinge, die Anwalt Bernard mit seinem Klienten Krucker auch für Schweizer Verwahrte erreichen möchte.

### Das Haus C

Ein zweites Treffen mit Toni Krucker steht an, diesmal im Haus C. Charles Jakober, Direktor der JVA Solothurn, hat vorgängig die Bewohner gefragt, ob sie einverstanden seien, wenn eine Journalistin und eine Fotografin kämen. Das Haus C liegt in der westlichen Ecke der JVA, gleich neben der betriebseigenen Gärtnerei. Rundherum Gitter, keine Mauern. Dahinter hört man den Verkehr auf der Autobahn Bern–Zürich rauschen.

Toni Krucker und ein WG-Kollege – nennen wir ihn Kurt Koller – erwarten uns, bereit, ihr Haus zu zeigen. Im Parterre links liegt das Büro der Betreuer:innen, rechts eine Kabine mit dem Telefon, das die Bewohner frei benutzen können. Geradeaus befindet sich das Zimmer von Toni Krucker. Es ist nicht sonderlich gross, hat in der Ecke hinter einem Vorhang eine Toilette, rechts hinter dem Schrank steht ein Bett und am Fenster ein Pult mit Computer. Sie würden hier nicht von Zellen, sondern von Zimmern sprechen, sagt Krucker, «das macht es persönlicher». Nachts werden die Türen der Zimmer abgesperrt. Es gebe Diskussionen, ob man die Türen nicht offen lassen könnte. Manche Gefangene haben mit klaustrophobischen Ängsten zu kämpfen. Kruckers WG-Kollege Koller wirft ein, ihm mache das nichts aus, wenn abgeschlossen werde, «dann hat man seine Ruhe». Krucker nickt zustimmend, ihm gehe es gleich.

Wir gehen eine Treppe höher auf den Zwischenstock, wo sich der Wohnbereich der WG befindet. Links eine moderne Küche, rechts die Stube mit Sofa und Fernseher. Auf diesem Stock kann man raus auf

eine grosse Terrasse mit einem Tisch und zahlreichen Blumentöpfen mit Kräutern und Erdbeerstauden.

Kurt Koller steht bereit, um sein Zimmer zu zeigen. Früher war auch er in einem anderen Gefängnis verwahrt, lebt aber schon seit vielen Jahren hier.

«Was ist der Unterschied?»

«Wie Tag und Nacht, es ist sehr gut hier.»

«Was gefällt Ihnen nicht im Haus C?»

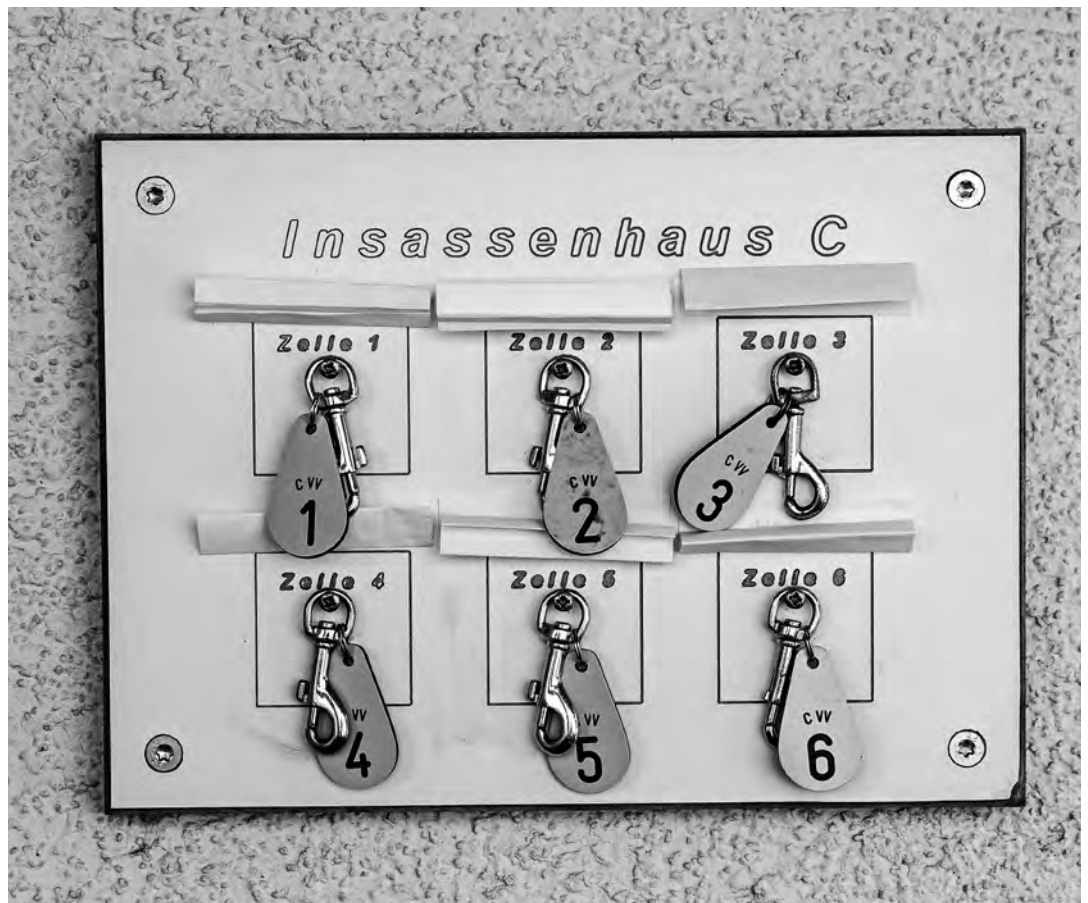
«Für mich ist eigentlich alles gut. Ich bin jetzt 68 Jahre alt. Habe hier im Gefängnis eine gute Arbeitsstelle. Alle zwei Monate habe ich begleitete Ausgänge und kann mich mit Angehörigen treffen. Ich brauche nicht mehr.» Ja, der Ausgang könnte etwas länger sein. Fünf Stunden sei etwas kurz.

Er geht hoch zu seinem Zimmer gleich unterm Dach. Es ist etwas grösser als das von Krucker, aber ähnlich eingerichtet. Seit langem leidet Koller unter Rückenproblemen, die in den anderen Gefängnissen nie behandelt worden seien. Hier hätten sie sich darum gekümmert. Seit er die AHV-Rente erhalte, habe er auch keine Geldprobleme mehr. Er habe sich eine Spezialmatratze kaufen können. Jetzt schlafe er «wie ein Herrgöttli».

Die Männer im Haus C können unter Aufsicht übers Internet Dinge bestellen – das dürfen die anderen Gefangenen nicht im gleichen Umfang.

Gibt es nie Streit in der Sechs-Männer-WG? Krucker sagt, manchmal hänge einer das Alphatierchen raus, aber insgesamt kämen sie gut zurecht. Koller erinnert sich an einen, der eine gewisse Zeit im Haus C war. Einer, der sich partout nicht anpassen wollte. «Das war schwierig», sagt er, «wenn der nicht gegangen wäre, hätte ich um eine Verlegung gebeten.» So weit kam es nicht, der Störer wurde verlegt.

Die sechs Männer wissen, dass ihre Chancen, jemals entlassen zu werden, gegen null tendieren. Sie wissen aber auch, dass das Haus C der beste Ort ist, den es für Verwahrte in der Schweiz gibt. Das wollen sie hüten und bitten uns, ihre kleinen Privilegien dezent zu beschreiben, um draussen keine Empörung zu entfachen. Sie können in den Werkstätten des Gefängnisses arbeiten, dürfen an den Freizeitaktivitäten der Anstalt teilnehmen und sind ständig in Kontakt mit den anderen Gefangenen. Darunter gibt es ein halbes Dutzend, die ebenfalls verwahrt sind –



Jeder Insasse hat einen Schlüsselanhänger.  
Wenn der am Brett hängt, weiss man, dass die Person im Haus ist.

wie einer der bekanntesten Schweizer Verwahrten, Peter Vogt (siehe WOZ Nr. 13/22).

«Die sehen uns regelmässig und wissen, dass wir Privilegien haben, die sie nicht haben», sinniert Krucker, «das ist manchmal ganz schön schwierig. Es sollte doch viel mehr solche Kleingruppen für Verwahrte geben, damit alle so leben können wie wir.» (vgl. «Neue Abteilungen geplant»)

### Der Gefängnisdirektor

Nach dem Besuch in Haus C nimmt sich Direktor Charles Jakober noch Zeit. Er fände es gut, wenn jedes grössere Gefängnis eine vergleichbare Spezialabteilung hätte, sagt er und erklärt, warum: «Einer aus der Verwahrtengruppe hat einmal zu mir gesagt: ›Ich bin einfach froh, dass wir im Haus C unter uns sind. Vorher war ich mit anderen Gefangenen zusammen, und das war ein ständiger Spiessrutenlauf.‹ Der Mann schilderte, wie das sonst so abläuft: ›Man muss sich in der Gruppe eine Position schaffen, damit man seine Ruhe hat – aber kaum hat man sich positioniert, kommt ein Neuer, und die ganze Tortur beginnt von neuem.›»

Die Männer von Haus C haben eine gewisse Berühmtheit. Jeder sei mindestens einmal im «Blick» auf der Titelseite gewesen, sagt Jakober, «das ist etwas, was sich unter Gefangenen herumspricht. Da heisst es schnell: Das ist der und der, und wegen dem gab es diese oder jene Vollzugsverschärfung.»

Eine WG von sechs Männern müsse aber auch harmonisieren, fügt Jakober noch an. Er könne nicht einfach jeden da reinsetzen. «Es braucht eine hohe soziale Kompetenz in einer solchen WG, sonst funktioniert es nicht. Und ich will ja nicht, dass es nur funktioniert, ich will auch, dass die WG für die Leute sicher ist.» Zweimal habe er jemanden wieder rausnehmen müssen. Der eine habe sich an keine Regeln gehalten, der andere habe sich unmöglich benommen. Beide wurden in den Normalvollzug zurückversetzt.

Eine zentrale, grosse Institution für alle Deutschschweizer Verwahrten fände Jakober nicht überzeugend: «Es klingt vielleicht etwas komisch, aber eine Justizvollzugsanstalt wie unsere hat auch ein grosses Potenzial. Das darf man nicht unterschätzen. Es gibt ein grösseres Angebot an Freizeit- und Arbeits-



möglichkeiten. Wir haben eine Metallwerkstatt, eine Schreinerei, einen Fussballplatz und einen Mehrzweckraum, den wir für Sport, Theater oder Kinoabende verwenden können. Bei einer reinen Verwahrtenanstalt weiss ich nicht, ob man das hinbringen würde.» Die Leute hätten ausserdem die Möglichkeit, sich mit anderen Gefangenen auszutauschen, und seien nicht während vieler Jahre mit den immer gleichen Leuten zusammen.

### Das Bundesgerichtsurteil

Im Juni hat das Bundesgericht das Urteil zu Kruckers Beschwerde veröffentlicht. Es befand, die aktuelle Unterbringung von Krucker widerspreche der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht. Die Vorinstanzen hätten es jedoch versäumt, genau hinzuschauen, ob die frühere Unterbringung im normalen Strafvollzug dagegen verstossen habe. Es wies die unteren Instanzen an, diesen Fehler auszubügeln. «Der Entscheid ist wegweisend»,

wird Stephan Bernard den Fall nach Strassburg weiterziehen.

### Frau Kruckers Hoffnung

Frau Krucker liest diesen Text vor der Publikation. Etwas fehle ihr, sagt sie: «Meine grosse Hoffnung ist, dass Toni einmal heimkommen und zwei, drei Stunden mit seinen Geschwistern und Neffen verbringen darf.» Es sei doch unmenschlich, jemanden so lange von seiner Familie getrennt zu halten. «Die Familie ist da für ihn, wir stehen alle voll hinter ihm.» Wenn er nicht einmal einen begleiteten Ausgang bewilligt erhalte, habe er auch nie die Möglichkeit, zu beweisen, dass er sich geändert habe und nicht rückfällig werde.

Bundesgerichtsentscheid: 6b\_1291/2022

Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte: EGMR Nr. 19 359/04 (2009)

Nach den aktuellsten Daten des Bundesamts für Statistik waren 2021 in der Schweiz 145 Personen verwahrt. Es fehlen also viele Plätze, doch tut sich diesbezüglich einiges: Die JVA Bostadel im Kanton Zug wird demnächst umgebaut und erweitert. Der Neubau mit einer Spezialabteilung für alte und verwahrte Gefangene soll in etwa fünf Jahren bezugsbereit sein. Gemäss «#prison-info» sind auch andere Justizvollzugsanstalten daran zu prüfen, ob sie spezialisierte Verwahrtenabteilungen schaffen möchten. Für Frauen wird es keine derartige Sonderabteilung geben, weil aktuell schweizweit nur eine einzige Frau verwahrt ist.

«Und ich will ja nicht, dass es nur funktioniert, ich will auch, dass die WG für die Leute sicher ist.»

resümiert Stephan Bernard: «Das Bundesgericht schliesst nicht aus, dass der Verwahrungsvollzug, wie er sich bei Herrn Krucker während Jahren gestaltete, vor der EMRK nicht standhält – was auch bei Dutzenden anderen Verwahrten gelten würde. Es fordert den zuständigen Kanton auf, sich eingehend damit zu befassen. So weit ersichtlich, wird damit erstmals in der Schweiz grundsätzlich zu prüfen sein, ob der Verwahrungsvollzug ganz grundsätzlich menschenrechtskonform ist.» Damit hat Anwalt Bernard einen beachtlichen Etappensieg errungen.

Der Fall wird nochmals von allen kantonalen Instanzen behandelt werden müssen. Das dürfte bis zu drei Jahre dauern. Für den Ausgang des Verfahrens gibt es zwei Optionen: Die Schweiz anerkennt, dass der bisherige Verwahrungsvollzug die EMRK verletzt, und bringt die Verwahrten künftig anders unter – oder aber sie tut es nicht. Dann

### Neue Abteilungen geplant

Langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass Verwahrte nicht dem rigiden Strafregime unterworfen sein sollten, da sie ihre Strafe bereits verbüsst haben und nur noch präventiv eingesperrt sind. Die aktuellste Ausgabe von «#prison-info», einer Publikation des Bundesamts für Justiz, widmet sich nun explizit dem Thema Verwahrung und geht auf die «neuen Wege im Verwahrungsvollzug» ein, die die Kantone eingeschlagen haben. Das Haus C der JVA Solothurn wird darin als positives Beispiel erwähnt. Allerdings ist es zurzeit noch die einzige Abteilung in der Schweiz, die den verwahrten Gefangenen ein relativ normales Leben ermöglicht – und sie hat nur Platz für sechs Personen. Künftig sollen jedoch alle Verwahrten die Möglichkeit erhalten, «bei der Ausgestaltung ihres Vollzugsalltags mitwirken zu können», wie es in «#prison-info» heisst.

# Fukushima: Ein Jahr nach dem Super-GAU

## Die Fahrt durch die Sperrzone

Erschienen am 16. Februar 2012

*Nach der Reaktorkatastrophe vom 11. März 2011 wurden 70 000 Menschen aus dem Gebiet um das AKW Fukushima vertrieben. Als erstem Schweizer Medium ist es der «WOZ» gelungen, die Sperrzone von Fukushima zu besuchen, zu der JournalistInnen bislang keinen Zugang haben.*

Von Susan Boos (Text und Fotos)

Wir fahren hinein, einfach so. Durch die Strassensperre mit den Bussen und den Polizisten. Vor uns die Welt ohne Alltag, die ver-seuchte Sperrzone von Fukushima. Übersetzer Tomoyuki Takada hat uns den Zugang ver-schafft. Ich will nicht genau wissen wie, und der Mann, der es möglich macht – unser Guide –, sitzt vorne am Steuer. Er erzählt wäh-rend unserer Reise durch die Zone seine Ge-schichte, aber man darf sie nicht weitererzählen, sonst bekomme er Ärger. Nur so viel: Er a-rbeitet in der Zone, er besitzt einen gültigen Passierschein und entsprechende Arbeits-  
kleidung, und er hat seine Motive, uns herein-zubringen, Motive, die nichts mit Geld zu tun haben, das würde zu den Leuten hier auch nicht passen. Den Polizisten, die den Ein-gang der Zone bewachen, reichte ein Blick auf den Passierschein, und sie liessen uns ziehen. Das Auto hat hinten abgedunkelte Scheiben, vermutlich haben sie uns kaum wahrgenommen.

### «In the Shadow of Chernobyl»

So leicht kam man um 1990 herum nicht in die Sperrzone um den havarierten Reaktor von Tschernobyl. Soldaten bewachten mit scharf geladenen Waffen den Schlagbaum, der die Stras-se in die Dreissig-Kilometer-Sperrzone ver-barrikadierte. Man fühlte sich wie im Krieg, wenn man am Checkpoint ankam, und hatte den Eindruck, in feindliches Territorium vorzudringen. Ohne offiziellen Passierschein kam man nicht rein, der Schein war aber mit einigem Aufwand, den richtigen Kontakten und dem nötigen Geld zu bekommen. Die Fahr-zeuge, die in der sauberen Welt verkehrten, musste man beim Checkpoint stehen lassen, kein Auto sollte die Zone verlassen, um keine radioaktiven Partikel nach draussen zu

verschleppen. Um das geborstene AKW und die gleich daneben liegende Stadt Pripjat hatten die Sowjets noch eine zweite, die Zehn-Kilometer-Sperrzone errichtet. Da stan-den nochmals bewaffnete Soldaten, da brauchte man nochmals einen Passierschein, da wurden erneut die Fahrzeuge gewechselt. Anfang der neunziger Jahre galten diese Regeln noch, inzwischen ist aus der Destination Tschernobyl ein ordinäres Tourismusgeschäft geworden. Man erhält für hundert Dollar eine Führung, mit Stopp vor dem explodierten Block 4 und Mittagessen im Städtchen Tschernobyl, das dreissig Kilometer vom AKW entfernt liegt. Junge Leute toben übermütig durch Pripjat, stülpen sich vergnügt Gasmas-ken übers Gesicht und stellen das Com-puterspiel «In the Shadow of Chernobyl» nach. Gelangweilte Menschen holen sich in der Zone einen exklusiven Kick, sie wollen nicht wirklich wissen, was hier geschehen ist und

In der Hektik hatte ich am Morgen verges-sen, das Strahlenmessgerät einzupacken, wir sind nun also unterwegs wie Blinde ohne Führhund und Stock.

Ein Militärlaster kommt uns entgegen, der Fahrer wie der Mann auf dem Beifahrersitz tragen weisse Schutzanzüge und Atemschutz-masken und sehen martialisch aus. Zum Glück sind sie da, sonst wäre man geneigt, die unsichtbare Gefahr, die draussen lauert, als Hirngespinnst abzutun.

Unser Guide zeigt nach rechts, das sei die Einfahrt zum AKW Daini. Ein dichter Wald versperrt die Sicht, man sieht nur den Stummel eines weissen Abluftkamins hin-ter Tannenwipfeln vorbeigleiten.

### Kein Durchkommen

Der Wegweiser zeigt an, dass es geradeaus nach Minami-Soma geht. Wir fahren in diese Richtung, die Küste hoch nach Fukushima

Sie fürchten die Menschen nicht, aber sie haben aufgehört, mit ihnen zu leben.

wie viel Plutonium fein verteilt für ewig über der Stadt liegt.

Die Sperrzone von Fukushima hat ihre Me-tamorphose noch vor sich. Noch ist sie frisch in ihrem Schrecken. Aber es stehen hier keine grimmigen Soldaten mit Waffen im Anschlag, die Leute werden nicht scharf geprüft, kein Auto wird gewechselt. Die Sperrzone beginnt mit einer Sperre, die einer harmlosen Verkehrskontrolle gleicht. Das Tor zum In-ferno stellt man sich martialischer vor.

Rechts zieht eine Tankstelle vorbei, links ein Einkaufszentrum mit einem riesigen leeren Parkplatz, noch eine Tankstelle, ein Möbelhaus mit Möbeln in den Schaufenstern, ein Auto-haus mit Occasionswagen, an denen noch die Preisschilder kleben.

Es steigt ein Gefühl von Sonntagmorgen hoch, das Gefühl, durch friedlich schlafende Dörfer zu fahren, man braucht nur zu warten, dann tauchen die Menschen auf, und das Leben beginnt von neuem.

Daiichi, wo das AKW mit den drei geborste-nen Reaktoren steht. Ein prächtiger, kalter Tag begleitet uns. Die hohen Berge rund um die Stadt Fukushima trugen am Morgen weisse Spit-zen, und der steife Wind roch nach Schnee. Jetzt ziehen dunkle Wolken von den Bergen ge-gen das Meer und wandern in einen klaren, türkisfarbenen Himmel hinein. Borstig wiegt sich verblühtes Unkraut auf verwilderten Feldern im Wind. Neben alten Holzgebäuden ste-hen noch die Gerippe von Gewächshäusern.

Der Guide erzählt von den wilden Viehher-den und einer Kuh, die vor kurzem ein Auto angegriffen hat. Das Auto habe Feuer gefangen. «Da!», sagt er plötzlich und zeigt auf die Fahrbahn: «Da sieht man noch den Brandfle-cken auf dem Asphalt.» Dem Fahrer sei glücklicherweise nichts passiert.

Einige Kilometer später deutet unser Guide erneut nach rechts. «Daiichi», sagt er nur. Am Horizont sind einige Kamine und drei rie-sige, weiss-rote Kräne aufgetaucht.



Ein improvisierter Schrein im Sperrgebiet:  
Buddhas wachen über all die Opfer, die wegen der AKW-Katastrophe in Fukushima Daiichi nicht gefunden werden konnten.



Der Wald verdeckt wieder die Sicht. Der Guide sagt, er versuche, näher heranzufahren. Er biegt rechts in eine schmale Strasse ein, auf der man zu den Reaktoren fünf und sechs fahren kann. Doch dann geht es nicht weiter, das Erdbeben damals im März hat die Strasse aufgerissen, ein tiefer Spalt läuft quer durch die Fahrbahn, es ist unmöglich, durchzukommen. «Die haben die Strasse immer noch nicht repariert», stellt unser Guide verwundert fest.

Er wendet, fährt zurück, weiter der Küste entlang Richtung Minami-Soma. An manchen Stellen ist die Strasse abgesackt und provisorisch ausgebessert. Das Meer taucht auf, dunkelblau und wunderschön. Ein Wegweiser kündigt «Futaba Seaside Beach» an. Die Sonne scheint auf das blasse Schilf und taucht die Küste in ein goldenes Licht. Ein prächtiger Ort muss das gewesen sein.

### Niemand zu finden

Vor einigen Tagen hatten wir Yoshihiko Monma getroffen, einen jungen Musiker, der genau aus dieser Gegend stammt und mit seiner Familie nicht weit vom Ufer gewohnt hat, nur sieben Kilometer vom AKW entfernt. Er selbst war am Tag des grossen Bebens nicht zu Hause. Er erzählt, wie seine gehbehinderte Grossmutter allein daheim war und beschlossen hatte, nicht vor dem Tsunami zu fliehen.

Ihr Schwiegersohn hörte davon, eilte herbei und rettete sie. Als er kam, habe sie ruhig gestrickt und verwundert gefragt, was er hier tue, sie habe abgeschlossen mit dem Leben und warte jetzt. Er nahm sie mit. Heute lebt Monma mit ihr in einer kleinen Wohnung in Fukushima.

Nur zweimal sei er zurückgekehrt. Ihr Haus sei weg, alles fortgetragen von der grossen Welle. Bei seinem ersten Besuch sei er einen Tag lang in der Gegend herumgeirrt und habe nach Leuten gesucht. Er habe gerufen und geschrien, aber niemanden gefunden, sagt er und versucht, seine Tränen zu unterdrücken.

Ihn treibt um, was viele beschäftigt, die aus der Sperrzone fliehen mussten: Das Erdbeben hat Leute verschüttet, die noch lebten, der Tsunami hat Menschen mitgerissen, die man hätte bergen können – wenn man hätte suchen dürfen, wenn man hätte helfen können. Das ging aber nicht. Und deswegen sind wegen des

AKW-Unfalls Menschen gestorben, die nicht hätten sterben müssen.

Am Ufer steht noch ein einziges Haus. Rundherum deuten nur noch Betonfundamente darauf hin, dass hier einmal eine Siedlung stand. Ein weisser Reiher stakt im Brackwasser umher. Unser Guide zeigt auf eine hohe, einsame Fichte. So hoch wie die Baumspitze sei die Welle gekommen und habe ganze Küstenwälder abrasiert.

Die Sonne scheint in die schwarzen Wolken, das gelbe Schilf leuchtet. Dahinter öffnet sich ein breites Trümmerfeld mit den Überresten von Häusern. Da steht noch ein halbes Bad, hier eine Treppe, dort ein zerquetschtes Auto. Die Schiffe sind an Orten, wo sie nicht hingehören. Im Süden, am Ende eines langen, weissen Sandstrands, recken sich die Kräne und Kamine von Fukushima Daiichi in die Höhe. Mehr ist nicht zu sehen. Die Anlage ist keine zehn Kilometer entfernt, aber es ist vermutlich ein Leichtes gewesen, sie zu ignorieren, wenn man hier gewohnt hat.

Wir wandern durch Trümmer, sammeln Muscheln, kleine Wellen tänzeln leise auf dem Meer, Möwen ziehen ihre Kreise, die Welt ist still.

Unser Guide drängt zur Weiterfahrt. Er fürchte sich ein bisschen vor der Polizei, die hier rege patrouilliert. Er weiss nicht, was passieren würde, wenn sie uns erwischten, aber unangenehm wäre es sicher, vor allem für ihn.

Wir fahren zurück, an Haufen von zusammengeraumtem Schutt vorbei. An einer Wegkreuzung haben Leute einen kleinen Schrein errichtet. Einige Buddhas wachen über die Toten, die nie gefunden werden konnten, daneben stehen Getränke, frische Blumen und einige Kerzen.

Die Sonne verschwindet bald hinter den Bergen und wirft ein atemberaubendes Licht auf diesen unglücklichen Fleck.

### Aggressive Kühe in der Dämmerung

Auf der Höhe von Fukushima Daiichi sagt der Guide, hier würden etwa 80 Mikrosievert pro Stunde gemessen. Auf's Jahr gerechnet gäbe das über 700 Millisievert, der Grenzwert liegt für AKW-Mitarbeiter bei 20. Es sei also nicht ratsam, hier lange zu verharren. Dann biegt er nach links ab, nimmt die Einfahrt zum Tor von Daiichi. Wir fahren durch eine Siedlung, in den Gärten



Die verwilderten Kühe haben die leeren Dörfer erobert:  
Sie verhalten sich scheu wie Wildtiere und sind doch gefährlich.

hängen die Bäume voller oranger Kakis. Wir haben unseren Guide nicht gebeten, so nahe an die Anlage heranzufahren, aber es scheint ihn zu drängen, uns dem schaurigen Ort so nahe wie möglich zu bringen.

Kurz vor dem Haupttor biegt er wieder nach links ab, fährt den Zaun entlang und hält vor einem Nebentor. Dahinter, nur wenige Hundert Meter entfernt, stehen die havarierten Reaktoren. Man sieht nicht viel, einige Kräne auf der anderen Seite des Zauns, auf unserer Seite Lastwagen, Container, ein Parkplatz. Ein Ort, den man für gewöhnlich nicht beachten würde. Dass er so gefährlich ist, kann man weder sehen noch spüren, man muss es wissen und vor allem glauben.

Unser Guide wendet und fährt zurück Richtung Zonengrenze. Die Sonne ist verschwunden, die Gegend scheint nun grau und ungastlich. Es beginnt zu dämmern, da müsse man besonders vorsichtig sein, in dieser Phase seien die Kühe am aggressivsten. Kaum hat der Guide es gesagt, tauchen sie auf. Rechts zwischen den Häusern und Gärten, vielleicht zehn Stück. Schwarze Kühe, jede von ihnen hat ein Kalb an der Seite. Die Kleinen sind vielleicht vier, fünf Monate alt. Sie stehen gebannt da. Der Fahrer hält an, wir öffnen die Fenster.

Die Kühe starren uns vorsichtig wartend an, bereit, auf uns loszugehen, falls wir es wagen, näher zu kommen. Dann wendet die Leitkuh, die Truppe zieht sich in die Gärten zurück, die nun ihnen gehören. Wir sehen noch mehrere kleine Herden und einzeln weidende Tiere. Sie verhalten sich scheu wie Wildtiere, die sich erst bei Dämmerung auf die offenen Flächen wagen. Sie fürchten die Menschen nicht, aber sie haben aufgehört, mit ihnen zu leben.

Der Guide sagt, es sei beschlossene Sache, die Kühe demnächst alle abzuschliessen. Sie seien zu gefährlich.

### Haustiere und Vieh blieben alleine zurück

Der Hof von Katuyoshi Sato befindet sich in Namie, mitten in der Zwanzig-Kilometer-Sperrzone. Wir treffen Sato und seine Frau zusammen mit Tadanori Tadano in einem lärmigen Fast-Food-Restaurant im Bahnhof von Koriyama. Neben dem grossen Sato wirkt Tadano schwächling. Tadano steht einer der drei Milchbauernvereinigungen vor, die es in

der Präfektur Fukushima gibt. In dieser Vereinigung sind die BäuerInnen aus der Umgebung des havarierten AKWs organisiert. Tadanos Hof liegt in der Gemeinde Minami-Soma, gleich ausserhalb der Sperrzone. In dieser Region dürfte man schon wieder Landwirtschaft betreiben, doch ging über Tadanos Land so viel strahlendes Material nieder, dass sein Hof zur «Sonderevakuierungsstelle» erklärt wurde.

Er sagt, Fukushima sei die drittgrösste Präfektur Japans, bezüglich Milchproduktion liege sie landesweit auf Platz acht und liefere zu-

zu bringen, bloss Katuyoshi Sato blieb bei seinen drei Dutzend Tieren. Bis zum 15. März molk er die Kühe und schüttete die Milch weg. An diesem Tag hörte er im Radio, das AKW werde wirklich gefährlich. Da beschloss auch er zu gehen. Am Abend kam er in einer Notunterkunft von Minami-Soma wieder mit seiner Familie zusammen.

«Als ich wegging, hatte ich keine Ahnung, wie lange das dauern würde», sagt Sato.

«Was taten Sie mit den Tieren?»

«Ich liess sie im Stall, angebunden.»

«Warum?»

**«Ich habe ihn überredet, die Kühe nicht loszulassen. Drei Tage lang habe ich auf ihn eingeredet. Es war aber richtig.»**

dem viel Reis und Obst. Umgerechnet zirka drei Milliarden Euro bringe die Landwirtschaft der Präfektur jedes Jahr ein, ein Viertel stamme aus der Fleisch- und Milchproduktion.

Tadano leitet auch die Milchverarbeitungs-firma, die den Bauern der Vereinigung gehört. Einen grossen Teil der Milch würden sie nach Tokio liefern, sagt er. Seit dem Atomunfall sei dort der Absatz stark eingebrochen. Die Laster müssten oft halb leer fahren. Ausserdem seien 10 000 Kinder aus der Präfektur weggezogen, die bislang in der Schule täglich eine Flasche Milch erhalten hatten, auch das spürten sie. Wie hoch die Einbussen konkret sind, will Tadano nicht sagen.

Durch die Sperrzonen hat die Milchverarbeitungs-firma zwanzig Prozent ihrer Produktion verloren. Im gesamten evakuierten Gebiet gab es 48 Milchbauern, allein in der Zwanzig-Kilometer-Sperrzone waren es 26, die zusammen gegen tausend Kühe hielten. Die Familie Sato gehört zu ihnen. Was sie durchzumachen hat, wünscht man niemandem. Auf dem Hof lebten drei Generationen, Sato, seine Frau, der Sohn mit Schwiegertochter und deren Kinder. In der Nacht nach dem grossen Erdbeben schliefen sie alle in ihren Autos, wegen des Stromausfalls und wegen der Nachbeben.

Am nächsten Tag hörten sie von den Problemen im Atomkraftwerk. Die Grossfamilie beschloss, sich in Minami-Soma in Sicherheit

zu bringen. «Wir haben uns dafür entschieden, weil wir wussten, dass es gefährlich werden könnte, wenn man sie einfach freilässt. In unserer Umgebung waren wir einige Milchbauern. Wir haben alle unsere Kühe angebunden zurückgelassen. Daneben hatte noch ein Fleischproduzent dreihundert Masttiere. Er liess die Hälfte der Rinder frei. Sie sind inzwischen verwildert, haben sich zu Herden von etwa zwanzig Tieren zusammengeschlossen, richten Schäden an und sind wirklich gefährlich. Erst vor kurzem kollidierte ein Mann, der zum AKW Daini zur Arbeit fuhr, mit einer Kuh. Sein Auto wurde ziemlich beschädigt.»

«Was ist mit Ihren Kühen passiert?»

Sato zögert: «Ich bin erst am 26. März zurückgekehrt, vorher durfte man nicht.»

«Und was war mit den Kühen?»

«Die Hälfte war bereits tot, verhungert ..., die andern ...», er streicht mit der Hand über die Wangen zum Kinn, um zu zeigen, wie sie aussahen, «... ganz abgemagert.»

«Was haben Sie getan?»

«Nichts!», sagt er knapp. «Ich konnte nichts tun. Ich hatte nicht die Möglichkeit, sie zu töten.»

«Stimmt es, dass Schweine zum Teil die toten Kühe gefressen haben?»

Er nickt: «Tierschützer sind um den 20. März in die Zone gefahren, sie haben versucht,



Kühe und Schweine freizulassen. Die Schweine haben dann zum Teil die Kühe gefressen ... Kabinettssekretär Yukio Edano hat erst am 20. Mai im Parlament gesagt, jetzt werde man alle Tiere töten, die noch in der Zwanzig-Kilometer-Sperrzone sind ..., erst am 20. Mai.»

«Und die Hunde und Katzen?»

«Die blieben auch zurück, die Leute konnten sie ja nicht in die Notunterkünfte mitnehmen.»

«Hatten Sie Hunde oder Katzen?» Sato schüttelt verneinend den Kopf.

Nach Schätzungen von Tierschutzorganisationen blieben bis zu 6000 Hunde in den Sperrzonen zurück. Viele verhungerten und verdursteten, weil sie angebunden waren. Andere liefen herum, bildeten Rudel, zum Teil wurden sie eingefangen und in Tierheimen untergebracht.

Tadano und Sato sagen, sie hofften, dass sie zurückkönnen. Die Regierung habe bekannt gegeben, die Sperrzone solle bis 2013 aufgehoben werden. Man müsse unbedingt alles dekontaminieren, sonst seien alle Bauern um ihre Existenz gebracht.

Tepco, die Betreiberfirma des AKWs, hat zugesichert, pro verlorener Kuh eine Entschädigung von umgerechnet 9000 Euro zu zahlen. Ein anständiger Preis, kostet doch eine gute Kuh laut Sato um die 6000 Euro. Mit diesem Geld liesse sich neu beginnen.

«Wenn aber bis 2013 keine klare Entscheidung gefällt wird, ob wir wirklich zurückkönnen, werden wir aufgeben», fügt Sato zögernd an. Er sei jetzt 63, sein Sohn hätte den Hof gerne übernommen. «2013 wäre ich 65 und könnte helfen, den Hof aufzubauen. Das braucht bestimmt zwei Jahre. Wenn es aber länger dauert, bis wir zurückkönnen, kann ich nicht mehr helfen, dann geht das nicht mehr.» Sein Sohn lebt inzwischen in einer anderen Präfektur und hat einen temporären Job angenommen. Die Satos leben in einer kleinen Wohnung in der Stadt Nihonmatsu, zwischen Fukushima und Koriyama. Sie sind schon ein-, zweimal für wenige Stunden zu ihrem Hof gefahren, es dauere aber eine Woche, bis sie die Bewilligung bekämen. Und es zieht sie nichts mehr dorthin: «Im Haus messen wir zwei Mikrosievert pro Stunde. Alles ist kontaminiert, da wollen wir auch nichts mitnehmen.»

Der Staat habe versprochen, bald die toten Kühe aus dem Stall wegzuräumen, sagt Sato.

Und dann beginnt er nochmals von den Tieren zu reden, wie schlimm es war, zurückzukommen und die verhungerten Kühe zu sehen. Tränen stehen ihm in den Augen. Es ist der einzige Moment, in dem sich seine Frau ins Gespräch mischt. «Ich habe ihn überredet, die Kühe nicht loszulassen. Drei Tage lang habe ich auf ihn eingeredet. Es war aber richtig», sagt sie bestimmt, aber traurig.

Ihr Mann nickt und lächelt.

Dann fügt er leise hinzu, er finde auch ganz schlimm, dass sie diese absolute Sicherheit propagiert hätten: «Als es dann passierte, gab es keinen Notfallplan, die Bevölkerung wurde nicht vor der Strahlung geschützt, es gab keine Evakuierungspläne, keinen Plan für die Dekontaminierung. Neun Monate nach dem Unfall haben sie noch immer keine Ahnung, wie man mit den geschmolzenen Reaktoren umgehen soll. Sie wissen nicht mehr als im März.» Zehn Tage vor dem Unfall habe es noch eine grosse Katastrophenübung gegeben. Auf allen Ebenen, bis hinauf zum Premierminister, habe man geprobt, was bei einem AKW-Unfall zu tun wäre. «Was hat es gebracht? Nichts, gar nichts», sagt Sato.

### Fukushima lässt grüssen

Dieser Text ist ein Auszug aus dem Buch von Susan Boos, das Anfang März unter dem Titel «Fukushima lässt grüssen. Die Folgen eines Super-GAU» im Rotpunktverlag erscheinen wird. Boos hat in Japan die von der AKW-Katastrophe betroffenen Gebiete besucht und viele Gespräche geführt. Zudem geht Boos der Frage nach, wie die Schweiz oder Deutschland gerüstet wären, wenn es zu einer atomaren Grosskatastrophe käme.

Das Buch kam dank finanzieller Unterstützung von Greenpeace, PSR/IPPNW Schweiz, der SES, GAK/EnergieExpress und ProWOZ zustande.

# Tschernobyl: 20 Jahre Schweigen

Erschienen am 27. April 2006

*Der Fotograf Igor Kostin behauptet, als Erster den explodierten Reaktor fotografiert zu haben. Dieses Heldenepos verkauft sich, ist aber nicht wahr. Auch andere bizarre Geschichten umranken die Atomkatastrophe.*

Von Susan Boos

Tschernobyl macht einen verrückt. Es ist nichts, wie es scheint. Die Sonne steht rot im Westen, an den Bäumen schimmern grün die ersten Blätter. Ein Elch geht über die Strasse. Vom Aussichtsturm sieht man in der Ferne einige grosse Gebäude und drei verlorene Lichter – das Atomkraftwerk Tschernobyl und die Geisterstadt Pripjat, in der einst über fünfzigtausend Menschen lebten, bevor sie vor zwanzig Jahren Hals über Kopf evakuiert wurden. Es dämmt, und man weiss, es gibt keinen friedlichen Platz auf Erden, der tödlicher ist.

Der Ort nennt sich Sapavednik, Naturschutzpark. Es ist das einzige Naturreservat, das errichtet wurde, um die Menschen vor der Natur zu schützen – die Tschernobyl-Schutzzone im Südosten Weissrusslands. Hier liegt eine beachtliche Menge Plutonium-241, das binnen weniger Jahre zu Americium-241 zerfallen wird, ein Radionuklid, das noch aggressiver und gefährlicher als Plutonium ist. Die Fische in den Seen sollte man nicht fangen, und wenn man es tut, muss man sie als radioaktiven Müll entsorgen, sagt der Direktor des Parks. Er ist Wissenschaftler, versucht die Folgen des radioaktiven Niederschlags im Naturpark zu ergründen und versteht nicht, weshalb keine westlichen WissenschaftlerInnen hier arbeiten wollen.

## Das falsche erste Bild

Hier kann man Dinge erforschen, sagt er, die es sonst nirgends gibt. Die Strahlung ist wie ein Tier, ein unsichtbares Monster, das sich wendet und wandelt. Man weiss nie, was es als Nächstes tut mit den Tieren und Pflanzen. Ob es abhaut, sich in die Erde verkriecht oder noch hinterhältiger wird. Das Einzige, das man weiss: Es gebärdet sich jedes Jahr ein bisschen anders und tut

Dinge, die man nicht erwartet hat. Tausende von Jahren wird das Monster hier verweilen. Aber ausser den WeissrussInnen ist keiner da, der es untersuchen will.

Tschernobyl ist ein Mosaik bizarrer Geschichten. Wie zum Beispiel die Geschichte von Igor Kostin. Er ist ein begnadeter Fotograf und Erzähler. Vor wenigen Wochen publizierte er auf Französisch und Deutsch den Fotoband «Tschernobyl Nahaufnahmen». Ein atemberaubendes Buch. Das erste Bild zeigt ein Gebäude, dessen Innerstes nach aussen gekehrt ist. Ein Schutthaufen auf einem grobkörnigen, fahlen Farbfoto: der geborstene Tschernobyl-Reaktor – angeblich am ersten Tag, dem 26. April 1986, aus einem Helikopter aufgenommen. Kostin schildert, wie ihn an jenem Tag frühmorgens ein befreundeter Helikopterpilot anrief und sagte: «Igor, im Kernkraftwerk hat es heute Nacht gebrannt. Wir fliegen hin. Kommst du mit?» Er geht mit. In Tschernobyl fliegen sie über den Reaktor: «Auf dem Grund der Ruinen erkennt man nur schwach den rötlichen Schein des schmelzenden Reaktorkerns. (...) Ich öffne das Seitenfenster. Ein Schwall heisser Luft dringt

Es dämmt, und man weiss, es gibt keinen friedlichen Platz auf Erden, der tödlicher ist.

in die Kabine. Ich kann kaum schlucken», schreibt Kostin.

Zurück in Kiew entwickelt Kostin die Bilder: «Fast alle Bilder sind vollständig schwarz. In diesem Moment begreife ich noch nicht, dass das auf die Radioaktivität zurückzuführen ist.» Nur ein einziges Bild habe diesen Tag überstanden – das besagte erste Bild im Buch. In der Legende steht: «Das ist das einzige existierende Foto vom Tag des Unfalls selbst.»

## Der unbekannte Held

Die Schweizer Zeitungen berichten bewundernd über Kostin, «der sich» – so der «Tages-Anzeiger» – «wie durch ein Wunder keine bleibenden körperlichen Schäden zugezogen

hat». Die NZZ begleitete den Siebzigjährigen in die Zone. Er trägt einen Kaschmirmantel und gibt sich Mühe, wie ein Künstler auszusehen, erzählt der Journalistin erneut vom ersten Tag und sagt: «Die Wahrheit, die Wahrheit ist immer arrangiert. Glaub nur nicht, dass es bei dir im Westen anders ist.»

Wie wahr: Kostin war nicht der Held, der das erste Bild des explodierten Reaktors schoss. Das war Anatoli Rasskasow. Kostin kam erst später in die Zone.

Rasskasow war der Werkfotograf von Tschernobyl und wohnte seit 1973 in Pripjat. Heute lebt er mit seiner Ehefrau Galina in der Ukraine, am Rand von Kiew, in einer kleinen Einzimmerwohnung. Sie besitzen nicht viel, genau gesagt, sind sie arm. «Wir haben eine neue, demokratische Regierung – aber heute müssen wir die Medikamente selber bezahlen, wenn wir ins Spital gehen. Früher war das bezahlt», sagt er und lacht. Dieser behäbige, gemütliche Mann ist schwer krank.

Er war ein überzeugter Sowjetmensch, er liebte sein AKW, seine Arbeit und tat, was man ihm sagte. An jenem 26. April befahl

man ihm am Morgen, möglichst nahe ans zerstörte Gebäude heranzugehen und zu fotografieren. Er sah, da war etwas passiert, doch was genau, wusste er nicht und auch sonst keiner, der an jenem Morgen vor dem AKW stand. Er ging ums AKW herum, zusammen mit einem Dosimetristen. Er fotografierte die Trümmer, die auf dem Boden lagen. Was er fotografierte, wusste er nicht. Etwa um zwei Uhr nachmittags schickten sie Rasskasow – zusammen mit zwei Offizieren und zwei Zivilisten – mit einem Helikopter auf einen Flug über den Reaktor. Sie mussten fliegen, weil der Notfallstab wissen wollte, was da war. Denn wenn das Unvorstellbare passiert, braucht es seine Zeit, bis man begreift, dass es wirklich passiert ist. Und wenn man es

endlich glaubt, kennt man das Ausmass der Zerstörung noch lange nicht. Von unten sah man nur die Wand des geborstenen Reaktors. Die Leitungen, die lose herunterhingen, die Trümmer und den Rauch. Der Notfallstab brauchte auch Fotos, um nach Moskau rapportieren zu können.

Rasskasow erzählt, wie sie im Helikopter sass und er durch die Fenster keine guten Bilder machen konnte. Er schlug vor, das Fenster zu öffnen, der Helipilot wie die Offiziere hätten opponiert. Einer der Zivilisten aber sagte: «Warum fliegen wir, wenn wir nichts sehen – öffnet das Fenster!» Rasskasow beugte sich hinaus. Ein Militär hielt ihn an den Beinen, während er fotografierte. Es war unglaublich, sagt Rasskasow heute: «Der Reaktor strahlte wie ein grosser, heller Spot. So etwas hat ausser uns noch nie jemand auf der Welt gesehen.» Es klingt ehrfürchtig, wie er das sagt.

Rasskasow entwickelte seine Bilder in seinem Labor. Von mehreren Filmen waren tatsächlich die meisten schwarz. «Mir wurde heiss und kalt», sagt Rasskasow, «ich fürchtete schon, meinen Auftrag nicht richtig erfüllt zu haben.» Die Strahlung hatte die Bilder allerdings nicht während des Fluges zerstört, sondern als er am Boden Trümmer fotografierte. Die Trümmer waren hochradioaktive Graftbrocken, die aus dem Reaktor katalysiert worden waren. Acht seiner Fotos waren schliesslich brauchbar. Er übergab sie – inklusive Negative – den MitarbeiterInnen des Notfallstabes. Als diese die Bilder sahen, hätten sie beschlossen, Pripjat zu evakuieren. Das war am späten Nachmittag des 26. April. Es war nicht sowjetischer Zynismus, dass man die Stadt erst nach 48 Stunden räumte, es war nackte Überforderung.

Rasskasows Fotos waren fast zwanzig Jahre lang verschwunden. Vor wenigen Wochen erhielt er von einem Tschernobyl-Kadermann, der am 26. April mit ihm zeitweilig unterwegs war, die Abzüge von zwei Bildern. Wo die anderen sind, weiss Rasskasow nicht. Eines seiner Bilder wurde Anfang Mai 1986 im sowjetischen Fernsehen gezeigt. Auf diesem Bild ist nicht zu sehen, dass der Reaktor heftig raucht; ein Teil der Trümmer und herunterhängende Kabel waren wegretouchiert, damit es nicht ganz so schrecklich aussah. Die-

ses Bild machte Geschichte (vgl. Foto auf Seite 26). Das zweite Bild ist aus dem Helikopter aufgenommen, deutlich sieht man, wie der Reaktor raucht. Es ist noch ein drittes Bild von Rasskasow im Umlauf. Er selbst besitzt jedoch keinen brauchbaren Abzug, sondern nur eine schlechte Kopie davon. Rasskasow weiss nicht, wer den richtigen Abzug besitzt. Es ist direkt über dem Reaktor aufgenommen und sieht aus, als ob ein gigantischer Scheinwerfer aus dem zerstörten Gebäude strahlen würde.

Kaum jemand weiss, dass Rasskasow diese unglaublichen Bilder aufgenommen hat. Als Werkfotograf unterstand er strikter Geheimhaltungspflicht. Er hat geschwiegen und an den historischen Fotos noch keine Kopie verdient. Anfang Jahr schickte er der «Chernobyl Post», dem Organ einer Tschernobyl-Hilfsorganisation, einen Brief und erzählte seine Geschichte, weil es ihn wurmte, dass andere für etwas berühmt wurden, was er getan hatte.

Als Rasskasow Kostins Buch mit dem angeblich «ersten» Bild sieht, schmunzelt er: «Das ist viel später aufgenommen worden – man sieht deutlich: Da raucht nichts mehr.» Er sagt, an jenem Tag habe ein grosses Chaos geherrscht. Doch die Strassen um Pripjat seien alle abgesperrt gewesen. Niemand kam einfach so rein. Und niemand durfte aus der Zone raus, selbst höchste Kader nicht, die ihre Familien wegbringen wollten. Seine Version klingt glaubwürdig. Die AKW-Leute brauchten Fotos, aber nie hätten sie in dieser Situation einen Pressemann frei fotografieren lassen.

Rasskasows Bilder werden bald im Tschernobyl-Museum, das von Feuerwehrleuten unterhalten wird, in Kiew zu sehen sein. Er sagt, die Leute vom Museum würden nicht alle seine Bilder mögen, und kramt ein Schwarzweissfoto hervor, eine spätere Luftaufnahme vom geborstenen Reaktor mit dem Maschinenhaus. Er zeigt auf das Maschinenhaus. «Da sieht man Löcher im Dach», sagt er, «die entstanden, als bei der Explosion Trümmer aufs Dach fielen. Aber man sieht auch deutlich, dass es nicht gebrannt hat. Es gibt keine Brandspuren.»





© Anatoli Rasskasow

Rasskasow sagt, dass es gar kein gewöhnliches Feuer gab, nur der Reaktor habe gebrannt – ein unlöschbares Feuer. Die Chefs der Feuerwehr mögen diese Version der Geschichte nicht. Sie hatten in jener Nacht, als die Katastrophe geschah, mehrere Feuerwehrleute losgeschickt, um das Feuer zu löschen. Diese Männer starben binnen weniger Tage oder Wochen an akuter Strahlenkrankheit. Ein grausamer Tod. Rasskasow sagt: «Wenn es stimmt, was ich sage, sind die Feuerleute umsonst gestorben. Es gab gar kein Feuer, das sie hätten löschen können.» Rasskasow könnte Recht haben, nur wenige waren an jenem Tag so nahe am Reaktor dran wie er. Wie es wirklich war, wird man in diesem Dschungel von Geschichten und Tragödien nie erfahren.

#### Was geschah wirklich?

Man wird vermutlich auch nie erfahren, ob Mikola Karpan Recht hat. Er ist Physiker und war ein wichtiger Mann in Tschernobyl. Er schrieb die Handbücher für die Reaktoren und prüfte jedes Jahr das Fachwissen der Operateure. Er kannte den Reaktor besser als die meisten, die dort arbeiteten. Zwanzig Jahre lang hat er geschwiegen. Vor kurzem publizierte Karpan ein dickes Buch über die Atomindustrie, die Probleme des Tschernobyl-Reaktors und seine Version des Unfalls. Sein Job war es, für die nukleare Sicherheit zu sorgen, er sollte eigentlich wissen, was damals wirklich los war. Er sagt, man hätte schon länger gewusst, dass dieser Reaktortyp sehr gefährlich sei. Verschiedene hochkarätige Wissenschaftler hätten gefordert, diese Reaktoren müssten abgeschaltet und sicherer gemacht werden. Das Politbüro habe aber angeordnet, die Reaktoren weiterlaufen zu lassen und gleichzeitig das Sicherheitssystem zu verbessern.

Karpan holt einen grossen Bogen Millimeterpapier hervor. Darauf sind verschiedene Kurven eingezeichnet. Es ist eine Grafik, die die letzten Stunden, Minuten und Sekunden des Reaktors abbildet. Karpan erklärt im Detail, was in jener Nacht passiert war, erläutert die Besonderheiten dieses Reaktors und die Geschichte mit dem Experiment. Dieses hätte am 25. April abgeschlossen sein sollen. Dann kam etwas dazwischen, es wurde um einige Stunden verschoben. Karpan war an jenem Tag nicht im Werk. Später fand er heraus, dass der Chefopérateur um Mitternacht – beim Schichtwechsel – dem verantwortlichen Physiker von der Sicher-

Das ist es, was einen verrückt  
macht an Tschernobyl: Man weiss nichts  
präzise – man ahnt nur Böses.

heitsabteilung mitteilte, er müsse nicht zur Arbeit kommen, das Experiment sei erfolgreich abgeschlossen. Was nicht stimmte. Sie begannen erst nach Mitternacht mit dem Experiment, obwohl der Reaktor in einer nukleartechnisch labilen Situation war. Vielleicht wollten es die Operateure nicht wissen oder realisierten es nicht.

Karpan sagt, wenn einer seiner Physiker da gewesen wäre, hätten sie nie zugelassen, dass man das Experiment trotzdem machte. Man machte es trotzdem. Was dann passierte, sieht auf dem Papier wie eine plötzlich scharf ansteigende Kurve aus, die noch einmal kurz abfällt und dann über die Grafik hinausschiesst. So schlicht lässt sich der grösste anzunehmende Unfall (GAU) auf dem Papier darstellen.

Karpan sagt: «Im Reaktor ist nichts mehr. Alles ist weg. Nach offizieller Version wurde nur ein minimaler Teil des Reaktorkerns freigesetzt, aber das stimmt nicht.» Nach Karpans Einschätzung gelangten neunzig Prozent des spaltbaren Materials in die Umwelt, zehn Prozent liegen geschmolzen unter dem Reaktor.

Vielleicht hat Karpan Recht. Wenn er Recht hat, sähen plötzlich die Opferzahlen ganz anders aus. Denn die Opfer werden theoretisch hochgerechnet: Je mehr Radioaktivität freigesetzt wird, desto mehr Krebstote wird es geben.

Das ist es, was einen verrückt macht an Tschernobyl: Man weiss nichts präzise – man ahnt nur Böses. Diejenigen, die die Mittel und die Pflicht hätten, Klarheit zu schaffen – wie die Funktionäre der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) –, tun alles, um nichts Präzises zu erfahren. Nach Meinung der IAEO sind bis heute nur 50 Menschen an den Folgen des GAUs gestorben, 4000 weitere Krebstote dürfte es noch geben. Absurde Zahlen, die nahe legen sollen, dass selbst ein GAU ein unangenehmes, aber handhabbares Unglück ist.

### Wölfe jagen

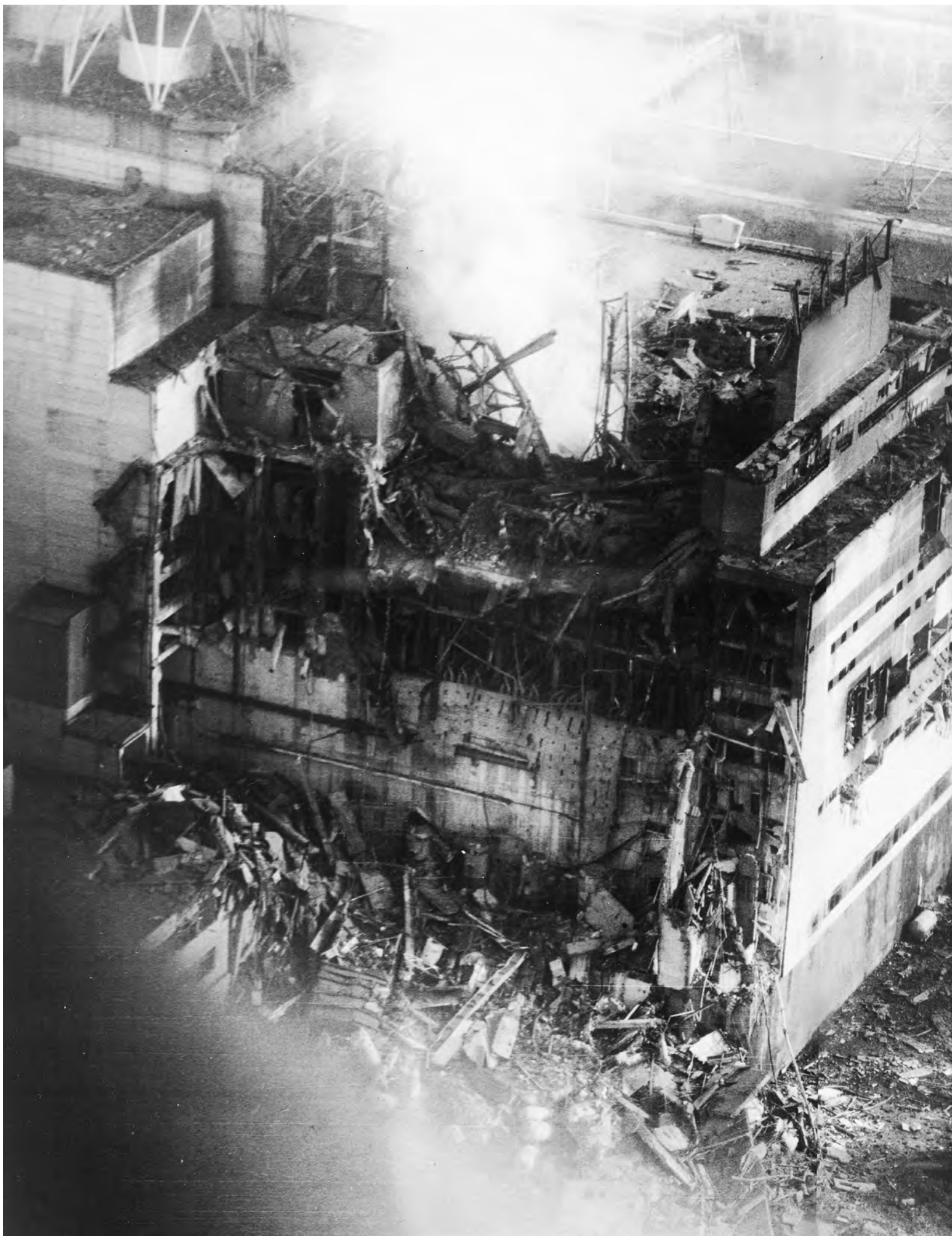
Derweil Sein und Schein sich weiter sonderbar vermischen. In der weissrussischen Schutzzone gedeihen wieder Pflanzen, die man dort früher ausgerottet hatte. Seltene Vögel kehren zurück. Die Biber breiten sich aus und bauen Dämme. Das Land wird wegen der Dämme überflutet, die Radionuklide schwimmen weg und verseuchen Ackerböden. Die Wölfe vermehren sich unflätig stark. Fremde dürfen im Winter für vierhundert Dollar die Stunde einen Helikopter mieten und

aus der Luft Wölfe jagen. Das ist Tschernobyl heute – eine bösartige Groteske.

### Anatoli Rasskasow

Der Werkfotograf von Tschernobyl musste sowohl die Fortschritte beim Bau des AKWs wie auch die Unfälle auf den Baustellen und später in den Anlagen dokumentieren. Am 26. April 1986 wurde er geholt, als man unbedingt Fotos vom explodierten Reaktorblock brauchte. Ausser ihm habe an jenem Tag niemand Fotos gemacht, sagt Rasskasow. Nach dem Unfall arbeitete er als Dosimetrist in der Sperrzone und dokumentierte den Bau der Reaktorschutzhülle.









Die Schweizer Auszeichnung  
für Medienschaffende

Den

## Zürcher Journalistenpreis 2024

gewinnen

**Cedric Fröhlich und Quentin Schlapbach**

für ihren Artikel

**Tod in Adelboden – Teil 1 und 2**

erschienen in der «Berner Zeitung» / «Der Bund» am 1. und 3. Juli 2023

Zürich, 15. Mai 2024

Die Jury:

Christina Neuhaus

  
Lisa Feldmann  
Nina Jecker  
Doris Kleck  
Paula Scheidt  
Hans Voigt  
Reza Rafi

# Preisträger



## Cedric Fröhlich

Cedric Fröhlich, 1989 geboren, arbeitet als Reporter für die «Berner Zeitung» und «Der Bund». Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Bern, war Spitzensportler und Mitbegründer einer Studierendenzeitung. Nach dem Masterabschluss folgten Anstellungen bei der «BZ» und die Diplomausbildung an der Schweizer Journalistenschule MAZ. Seit 2021 schreibt er für die Redaktion der Berner Tamedia-Titel über Justiz, Politik und Gesellschaft.



## Quentin Schlapbach

Quentin Schlapbach, 35, ist in Langenthal aufgewachsen. Nach der obligatorischen Schulzeit machte er eine KV-Lehre und hatte danach verschiedene Jobs, unter anderem im Immobilienbereich und im Finanzwesen. Während der Berufsmaturitätsschule sammelte er als freier Mitarbeiter des «Langenthaler Tagblatts» erste Erfahrungen im Journalismus. 2016 folgte das Volontariat bei der «Berner Zeitung» mit berufsbegleitendem Studium an der Schweizer Journalistenschule MAZ. Heute schreibt er als investigativer Reporter für die «Berner Zeitung» und «Der Bund».

# Laudatio

von *Reza Rafi*

Es ist mir eine grosse Freude, zwei junge Kollegen zu würdigen. Den einen, Cedric Fröhlich, durfte ich noch nicht persönlich kennenlernen, den anderen, Quentin Schlapbach, hasse ich. Das war jetzt nicht ernst gemeint, aber Sie müssen verstehen: Ich wollte Quentin mal einstellen, und auf der Zielgeraden, in letzter Sekunde, sprang er mir wieder ab. Immerhin konnte ich damit die Lohnsumme bei der Konkurrenz etwas vergrössern.

Im Juli 2023 publizierten die beiden einen Zweiteiler in der «Berner Zeitung» mit dem Namen «Tod in Adelboden». Das könnte der Titel eines Kosalik-Romans oder eines Samstagabendkrimis sein, ist aber mindestens so unterhaltsam, geistreich und anregend, und mit Sicherheit auch relevanter. Denn Cedric und Quentin haben etwas vom Grundlegendsten, ich würde sogar sagen: vom Natürlichsten getan, was gute Journalisten tun: Sie sehen eine gute Geschichte und erzählen sie. Es geht um den Tod des autistisch veranlagten Martin M. durch Schüsse der Spezialeinheit Enzian im Jahr 2020. Bei der Lektüre öffnet sich hinter dieser dürren Meldung ein Drama. Dieses besteht aus der Flucht des Martin M. von der Zürcher Agglomeration ins Berner Oberland, vom Ballungszentrum in die Peripherie, bis in den Tod.

Im Beitrag von Cedric und Quentin steckt keine künstliche Intelligenz drin, keine AI, keine schreibenden Roboter, sondern ureigener organischer Journalismus. Auf Einvernahmeprotokollen gestützt und erzählt mit einer eleganten Schreibe. Ich zitiere: «M. – 44, dunkles Haar, ein kleiner, unscheinbarer Mann – befindet sich im Krieg gegen einen Feind, der in Wasserleitungen gurgelt und mit Rasenmähern röhrt, der bimmelt und blökt, knallt und lacht. Gegen einen Feind, der durch jede noch so dicke Mauer und in jedes Schlafzimmer findet. Gegen den Lärm.»

Womit wir bei einer weiteren Ebene sind: beim Prozess des psychischen Verfalls eines Menschen, in diesem Fall M.s Leidensweg von der Asperger-Diagnose zum IV-Fall, zu Suiziddrohungen und Polizeieinsätzen. Unweigerlich dem Ende entgegen.

Geschildert wird der Prozess einer Entfremdung von der Welt in Zeiten der algorithmisierten Spassgesellschaft. Schliesslich



# Laudatio

gelangt der Leser zu der Frage: Durfte der Staat Martin M. töten? Und wenn nein, wie reagiert er? Zitat Fröhlich/Schlapbach: «Tötet ein Mensch einen anderen, so antwortet die Justiz in der Regel wuchtig, scheut sie weder Zeit noch Aufwand. Im Fall von Martin M. aber ist so vieles anders.»

Die Autoren legen bei den Hütern des Gewaltmonopols eine erschreckend dreiste Stümperhaftigkeit offen, ein Hinhalten, Hinauszögern und Lavieren. Dieser Fiebertraum mit seinen Kontrasten zwischen Ohnmacht, Wahnsinn, entfesseltem Leviathan und uniformierter Brutalität, aber auch die dunkelgrüne Feuchte der Berner Oberländer Natur mit ihrem Anarcho-Einschlag, all das erinnert irgendwie an das filmische Meisterwerk des kanadisch-bulgarischen Regisseurs Ted Kotcheff von 1982: Rambo, der traumatisierte Vietnam-Veteran, hinter dessen brachialem Äusserem letztlich ein verletzter, weinender Junge steckt, und ihm gegenüber die korruptierte Staatsmacht in der Person des böartig-töpelhaften Sheriffs. Mit einem Unterschied: Im Film überlebt der Gejagte.

Auch «Tod in Adelboden» ist grosses Kino. Ganz herzliche Gratulation.

# Tod in Adelboden

Erschienen am 1. Juli 2023

2020 tötet die Spezialeinheit Enzian einen Mann. Seither tut sich die Justiz schwer – musste es so weit kommen? Chronik einer Gewaltnacht.

Von Cedric Fröhlich und Quentin Schlapbach (Text) und Karin Widmer (Illustrationen)

## Teil 1 – Der Tag, an dem die Polizei Martin M. erschoss

Martin M. hat die Fensterläden verrammelt, die Vorhänge zugezogen, alle Türen verschlossen. Ein letztes Mal hat er den Belagerungszustand verhängt, noch einmal die Welt ausgesperrt. In seinem Schlafzimmer ist es stockfinster.

M. – 44, dunkles Haar, ein kleiner, unscheinbarer Mann – befindet sich im Krieg gegen einen Feind, der in Wasserleitungen gurgelt und mit Rasenmähern röhrt, der bimmelt und blökt, knallt und lacht. Gegen einen Feind, der durch jede noch so dicke Mauer und in jedes Schlafzimmer findet. Gegen den Lärm.

Er floh vor ihm aus der Stadt in die Berge. Von Zürich bis nach Adelboden. Jeder Umzug ein Rückzugsgefecht, verbunden mit der Hoffnung, den Gegner in Schach zu halten. Jetzt steht er da, die Pistole in der Hand – Glock, Modell 19, 4. Generation.

Vor seiner Schlafzimmertür presst sich ein Kommando der Sondereinheit Enzian in den schmalen Korridor. Schwer bewaffnete Männer mit dunklen Schutzwesten und Helmen. Die Einsatzleitung hat entschieden: Die Zeit für Verhandlungen ist vorbei.

Mit einer Ramme donnern sie das Türschloss auf. Der erste Polizist drängt in den Raum, sieht M. und schreit: «Achtung Waffe! Waffe! Waffe! Waffe!» Er drückt ab. Zuerst nur einmal, dann vier weitere Male. Zwischen den fünf Schüssen lässt er seinen Schutzschild vornüberfallen.

Zwei Projektile verfehlen M. Eines durchbohrt M.s linken Oberschenkel und seinen Hodensack. Eines bleibt in seiner Brust stecken. Ein weiteres schlägt in seinem Hinterkopf ein.

Es ist der Abend des 21. Mai 2020, 19.58 Uhr. Die Meldung kommt über Funk: Tod der Zielperson. Der Staat hat Martin M. erschossen.

## Der Fall Martin M.

In der Schweiz kommt es durchschnittlich zu 13 Tötungsdelikten mit einer Schusswaffe pro Jahr. Es sind rare, aber fundamentale Brüche im menschlichen Zusammenleben. Tötet ein Mensch einen anderen, so antwortet die Justiz in der Regel wuchtig, scheut sie weder Zeit noch Aufwand. Im Fall von Martin M. aber ist so vieles anders.

Mehr als drei Jahre sind seit den Schüssen in Adelboden vergangen. Weder der Schütze noch die beiden Einsatzleiter mussten sich bislang in einem Gerichtssaal rechtfertigen. Die Staatsanwaltschaft wollte das Verfahren gegen die drei Polizisten bereits einstellen.

Angehörige von Martin M. hatten sich gegen die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft gewehrt und erhielten in praktisch allen Punkten recht. Auf 24 Seiten zerpfückte die Beschwerdekammer in Strafsachen des Berner Obergerichts die Argumen-

Für sämtliche Personen, über die wir in der Folge berichten, gilt die Unschuldsvermutung.

## Flucht

Martin M. wächst in einer Gemeinde am linken Zürichseeufer auf. Er ist das mittlere von drei Geschwistern. Streiten sich die anderen zwei, vermittelt er. Seine eigenen Probleme trägt er derweil mit sich selbst aus. In sich gekehrt geht er durchs Leben, und lange wirkt er damit nicht unglücklich. Gleichzeitig erkennt niemand, was sich über all die Jahre in seinem Innern manifestiert, auftürmt, Bahn bricht.

Das menschliche Gehör ist Sensor und Filter zugleich, ein komplexes Miteinander von Gehörgang, Innenohr und Gehirn, das Schall in menschliche Empfindung übersetzt. Zugleich trennt es Wichtiges vom Unwichtigen: das Weinen des Kindes vom Rauschen der fernen Autobahn. Das gute Gespräch vom Ge-

Martin M. schafft diese  
Differenzierungen irgendwann nicht mehr.  
In ihm vermischt sich alles zum Getöse.

tation der Staatsanwaltschaft, der zufolge der Zugriff, die fünf Schüsse, die tödliche Eskalation eindeutig verhältnismässig waren. Gestützt auf die Verfahrensakten und die Protokolle kritisierte das Gericht die Ermittlungen als unvollständig und zu unkritisch.

Danach passiert lange Zeit: nichts. Das macht den Fall Martin M. zu einem Exempel. Dafür, wie zaghaft die Schweizer Strafverfolgung vorgeht, wenn sie gegen ihre eigenen Leute ermitteln muss. Erst in diesen Tagen finden zum ersten Mal seit 2020 wieder Einvernahmen statt.

In einer zweiteiligen Serie rekonstruieren wir, wie es zum fatalen Einsatz der Sondereinheit Enzian kam. Und wie schwer sich die Strafverfolgungsbehörden bis heute damit tun, gegen ihre eigenen Leute zu ermitteln. Die folgenden Schilderungen stützen sich auf anonymisierte Einvernahmeprotokolle der am Einsatz beteiligten Beamten, auf mehrere Hundert Seiten Akten und auf Gespräche mit Angehörigen und Bekannten von Martin M.

klapper von Messer und Gabel.

Martin M. schafft diese Differenzierungen irgendwann nicht mehr. In ihm vermischt sich alles zum Getöse.

M. lebt mit dem Asperger-Syndrom, einer autistischen Veranlagung, gepaart mit einer Hypersensibilität, einer ausgeprägten Lärmempfindlichkeit. Die Diagnose erhält er erst im Erwachsenenalter. Je älter er wird, umso schwerer fällt es ihm, zu unterscheiden: das Geflüster vom Schrei, das Rascheln vom Sturm.

Bevor die Krankheit in seinem Leben endgültig die Regie übernimmt, ist Martin M. ein kreativer Mensch. Er malt, schreibt und fotografiert. Er arbeitet in der kleinen IT-Bude seines jüngeren Bruders, entwickelt eine Software für Buchautoren, mit der sich Plot, Protagonisten, Dramaturgie büscheln lassen.

In dieser letzten, geregelten Arbeit spiegeln sich die Maximen des Martin M. wieder: Ordnung. Übersicht. Kontrolle. Mit diesen Werkzeugen hatte er sich eine Schallmauer gegen



den Lärm dieser Welt gebaut. Als sie zu bröckeln beginnt, tritt M. zunächst einen geordneten Rückzug an.

Sein jüngerer Bruder fragt ihn: «Es gibt so viele schöne Orte in der Schweiz, was hält dich noch in dieser Stadt?» M. weiss darauf keine Antwort. Er verlässt Zürich und den Wohnblock, in dem er jahrelang gelebt hat. Die Wahl fällt auf Grindelwald. Er war immer gerne in der Natur, ging auf die Ski und auf Wanderungen.

Zugleich steigt er aus. M. löscht Mailkonten, tilgt seine Spuren aus dem Internet, schaltet den PC nur noch ein, wenn es eben nicht anders geht. Für den Moment scheint es, als fände er nach der Stadtfucht den Halt wieder. In Wahrheit schlittert er tiefer, tiefer, immer tiefer.

Auf Grindelwald folgen Frutigen, wo er eine Zeit lang bei einem Landwirt arbeitet, und mehrere Adressen in Adelboden. Seine Flucht wird immer erratischer. Von einer Wohnung in die nächste, ein unablässiges Aus- und wieder Zusammenpacken. Mal sind ihm die Geissen im Pferch nebenan zu laut, mal die

Gäste in der Ferienwohnung eine Etage höher. Er dreht Warmwasserleitungen ab, beschwert sich bei Vermieterinnen, er hadert, zetert und schläft kaum noch.

Für den Einkauf im Dorf trägt er einen Gehörschutz und zu Hause Noise-Cancelling-Kopfhörer. Sein Leiden macht ihn zum IV-Fall, er begibt sich immer mal wieder in Behandlung. Und doch zeigt er seine tiefe Verzweiflung nur ganz wenigen.

«Es war ihm einfach nicht wohl auf dieser Welt», sagt jemand, der ihm in diesen letzten Jahren eine Stütze ist. Flüchtigen Bekannten bleibt er ein Mysterium.

M. erzählt niemandem von der Pistole. Wie er den Waffenschein macht, die Glock legal erwirbt. Womöglich hält er die Niederlage gegen den Lärm irgendwann für gewiss. Was ihm an Kontrolle bleibt, beschränkt sich auf die Art der Kapitulation. Im Krieg entscheidet der Verlierer, wie lange gekämpft wird.

### Suiziddrohung

Der 21. Mai 2020 ist ein Donnerstag. In Adelboden hat der Frühling Einzug gehalten,

und auf der lokalen Polizeistation hat nur ein Beamter Dienst, als um 15 Uhr das Telefon läutet. Am Apparat ist eine Frau. Sie hat Angst vor Martin M.

Der Hörnliweg liegt in den nordöstlichen Ausläufern des Dorfes – vortreffliche Lage, Chalet an Chalet, eine scharfe Kurve zum Ende hin. Hier wohnt Martin M. – noch. An diesem Nachmittag steht er einmal mehr zwischen Umzugskartons und packt. Ihn zieht es auf die gegenüberliegende Talseite. In ein Häuschen im Abseits, wo kein Bus verkehrt und es keine Nachbarn gibt. Vor wenigen Stunden hat er den Mietvertrag unterzeichnet und die Schlüssel entgegengenommen. Er soll fähig gewirkt haben, aber nicht wie einer, der im Begriff ist, ausser Kontrolle zu geraten.

Zurück am Hörnliweg holen ihn seine Dämonen ein. Er poltert und schreit, drischt auf irgendetwas ein. Was ihn derart in Rage versetzt – ob banaler Umzugsstress oder der Wahn –, darauf wird es nie eine Antwort geben. Vermutlich hat er seit Wochen kaum ein Auge zugemacht. Seine Schlaflosigkeit bezeichnet er als «eine Form von Folter».



Die Frau am Hörer erzählt dem Beamten vom Mann, der über ihr wohnt. Sie berichtet, seit Tagen gehe das nun so, höre sie, wie er tobe und fluche. Sie halte es nicht mehr aus in ihren eigenen vier Wänden.

Der Polizist wird all das in seinen Bericht schreiben. Ebenso den Umstand, dass er Verstärkung anforderte. Wie er mit einem Kollegen in den Dienstwagen stieg und an den Hörnliweg fuhr. Und wie er im Rahmen einer Erstabklärung etwas Beunruhigendes feststellte: Martin M. wird im Waffenregister geführt.

Für zusätzliche Nervosität sorgen Mails und SMS. «Die fewo bleibt bis ende mnt leer oder ich bringe mich um», schreibt M. noch

Alarm in der Zentrale. Die Polizei ist sich einig, die Lage am Hörnliweg ist ab jetzt ein Fall für die Sondereinheit.

### Elite

Kurz vor 18 Uhr, in Ittigen rast eine Fahrzeugkolonne los. Blaulicht. Bis nach Adelboden sind es 69 Strassenkilometer. In den Wagen sitzt die Elite der Kantonspolizei Bern. Die Spezialeinheit Enzian ist die Spitze des staatlichen Gewaltmonopols, das schwer bewaffnete Berner Pendant zu den S.W.A.T.-Teams in den USA. Ihre Mitglieder sind geschult für Anti-Terror-Einsätze, Geiselnahmen und den Schutz von besonders wichtigen Personen. Es heisst, nicht einmal die Ehepartnerinnen

## «Die fewo bleibt bis ende mnt leer oder ich bringe mich um.»

um 17.15 Uhr an seine Vermieterin. Gemeint ist die Ferienwohnung über seiner eigenen. Nicht zum ersten Mal deutet M. an, sich und seiner Pein ein Ende zu machen.

Die behandelnde Ärztin von Martin M. wird avisiert. Unter den gegebenen Umständen hält sie eine fürsorgerische Unterbringung für angebracht, wenn Martin M. weiter nicht mit sich reden lassen sollte.

Als die Polizisten vor Ort eintreffen, nähern sie sich vorsichtig dem Chalet. Sie klopfen, erhalten aber keine Antwort. Die Tür ist verschlossen, Martin M. nirgends zu sehen. Eine Person, die ihn in Adelboden mit am besten kennt, rät der Polizei telefonisch: «Treiben Sie ihn nicht in die Enge, er braucht immer einen Fluchtweg.»

Mehrmals rufen die beiden Polizisten M. auf dem Handy an – Combox. Die Wohnungstür lässt sich auch beim zweiten Versuch und mit einem Passepartout nicht öffnen. Dann spricht Martin M. endlich: «Kömmet nume, kömmet nume... dir huure Wixxere hauet ab, wagets nid inezcho.»

Für die Polizisten fügt sich nun alles zusammen. Der Waffenschein, die fehlende Kooperation, das Gepolter, die Suizidandrohungen: Dieser Mann ist eine Gefahr. Nicht nur für sich selbst.

wüssten etwas davon, wenn ihr Mann für die Sondereinheit arbeitet.

In Ittigen befindet sich die Basis der Einheit. Das Briefing vor Ort war kurz. Noch während der Fahrt ins Bergdorf gibt der Einsatzleiter weitere Details via Funk durch. Im dritten Wagen der Kolonne sitzt ein Mann, den wir fortan Schildführer nennen. Er wird dem Notelement zugeteilt: Sollte es zur Stürmung kommen, würde er hinter einem fahrbaren Schutzschild und als Erster in die Wohnung eindringen. Über Funk kommt rein: Zielperson hat Asperger. «Wenn ich ihn anspreche, muss es sachlich sein», sagt sich Schildführer.

Der Korso der Spezialeinheit trifft um 18.33 Uhr am Hörnliweg ein. Die reguläre Polizei – im Enzian-Slang: die «Uniform» – hat das Chalet von Martin M. bereits umstellt. Um 18 Uhr hatte sie einen letzten Blick auf ihn erhascht, als er seine Fensterläden schloss.

Ein Scharfschütze bringt sich in Position. Eine Drohne fliegt ums Haus. Die Spezialeinheit fährt ihr Arsenal auf, bleibt vorerst aber auf Distanz. Wieder verlaufen Anrufversuche im Leeren. Auch die Kontaktaufnahme via Megafon scheitert. Martin M. bleibt stumm.

Gegen 19 Uhr öffnet ein Roboter die Eingangstür zum Chalet, liefert fortan Bilder aus dem Treppenhaus, dringt weiter vor zur



Wohnungstür. Verschluss. Die Einsatztruppe erhält das «Go», zuvorderst Schildführer, die Verhandlungsgruppe im Schlepptau – sie trägt Hellblau, soll näher an Martin M. herangebracht werden, um endlich ins Gespräch zu kommen.

Vor der Wohnungstür wechselt Schildführer von der Langwaffe auf die Pistole – 9 Millimeter. Der Kollege zu seiner Rechten spannt eine Hydraulikpresse in den Türrahmen, drückt. Hinter ihm spricht ein an-

Ein kleinerer Roboter wird auf Aufklärungsmission geschickt. Erster Raum, clear. Badezimmer, Duschvorhang gezogen. Dritter Raum, verschlossen. Schildführer bezieht Stellung vor der verschlossenen Tür, der Rest schwärmt aus. Küche und Wohnzimmer, negativ. Blick hinter den Duschvorhang, negativ.

#### Pattsituation

Polizeiarbeit ist gefährliche Arbeit. Weil

## Lässt er es auf eine Eskalation hinauslaufen? Oder wird sie ihm in diesen Augenblicken endgültig aufgezwungen?

derer Enzian-Beamter – wir nennen ihn Verhandlungsführer – ins Megafon. Keine Reaktion.

der Mensch und das Leben unberechenbar sind. Die Gefahr lässt sich hundertfach simulieren, im echten Leben fühlt sie sich doch ganz anders an. Schildführer wird später bei seiner Einvernahme sagen, dass ihm in diesen Sekunden vor der Schlafzimmertür der Todesfall eines Polizisten in Gelsenkirchen durch den Kopf ging.

Drei Wochen vor dem Einsatz in Adelsboden, am 29. April 2020, wurde ein 28-jähriger Beamter eines deutschen Spezialeinsatzkommandos (SEK) bei einem Einsatz erschossen – durch eine Tür hindurch. Auch im Kanton Bern starb auf diese Weise schon einmal ein Polizist. 2011 feuerte in Schaffhausen im Emmental der Strassenarbeiter Roger F. mit seinem Sturmgewehr durch die verschlossene Tür.

Immer, wenn es um die Enzian geht, fällt irgendwann auch der Name Peter Hans Kneubühl. Der Rentner schoss im Sommer 2010 einem Mann der Spezialeinheit aus nächster Nähe in den Kopf. Dieser überlebte nur durch ein Wunder.

Vor der Schlafzimmertür von Martin M. läutet die Spezialeinheit Phase zwei des Einsatzes ein. Die dünnen Holzwände des Chalets bereiten den Männern Sorge. Verhandlungsführer ergreift das Wort, kniend, hinter dem Schutzschild. Er fragt Martin M., ob es ihm gut gehe, spricht ihn auf die Waffe an und auf die vermutete Suizidabsicht. Es ist jetzt ungefähr 19.40 Uhr, das Kommando steht vor



seinem Schlafzimmer. Erst nach Minuten sagt Martin M.: «Was faut euch eigendlech ii?»

Lässt er es auf eine Eskalation hinauslaufen? Oder wird sie ihm in diesen Augenblicken endgültig aufgezwungen? Fragen nach einer Waffe lässt er unbeantwortet, er droht aber auch nicht, dass er schiessen würde, sollte sich jemand nähern. Er interagiert mit den Polizisten. Mehrere von ihnen werden später Wortschnipsel wie «geht weg» oder «maximal eine Person in meiner Wohnung» zu Protokoll geben. Aber im Moment verstehen sie nur Bruchstücke von dem, was Martin M. sagt. Das liegt auch am Equipment der Spezialtruppe.

Ein Aktivgehörschutz hat die Funktion, einzelne Geräusche zu verstärken und andere zu vermindern. Er soll Lärm abdämpfen, nicht aber das gesprochene Wort. In diesem Moment versagt diese Technik. Verhandlungsführer kann Martin M. kaum verstehen. Immer wieder schaltet sein Gehörschutz den Ton ab, immer wieder muss er bei Schildführer und den anderen nachfragen, was M. gerade gesagt hat.

Die Einsatzleiter vor dem Chalet geben ein weiteres Tool für den Einsatz frei: ein Videoskop, eine an einem Schlauch befestigte Kamera, mit der die Polizisten unter der Schlafzimmertür hindurch in den Raum schauen. Nichts zu sehen. Der Techniker schiebt den Schlauch weiter ins Zimmer, bis plötzlich eine Hand danach greift. Martin M. zieht am Schlauch, einmal, zweimal. Wie bei einem Katz- und-Maus-Spiel, so kommt es den Beamten vor. Bis der Operateur schliesslich die Bedienung loslässt.

### Zugriff

Die Verhältnismässigkeit bestimmt den Handlungsspielraum des demokratischen Rechtsstaats. Es ist ein Abwägen von Mittel und Zweck. Bei aller Drastik und aus der luxuriösen Perspektive der Rückschau: Bis vor der Schlafzimmertür hält sich die Polizei an diese Spielregeln. Zu diesem Schluss werden später die Staatsanwaltschaft wie auch das höchste Gericht im Kanton Bern kommen. Ob das, was in den nächsten Sekunden folgen wird, aber noch verhältnismässig ist, ist auch drei Jahre später umstritten.

Die Zeit für Verhandlungen ist vorbei. Das entscheidet die Einsatzleitung. Per Funk ertönt: Zugriff bei günstiger Gelegenheit.



Die Ramme donnert gegen die Tür. Beim zweiten Schlag springt sie auf. Schildführer und Martin M. stehen einander gegenüber, eineinhalb Meter trennen sie. Zwei Männer mit erhobenen Pistolen. Schildführer wird diesen Augenblick am Tag danach so beschreiben:

«Ich habe einmal «Polizei, Waffe weg!» gerufen und gleichzeitig einmal geschossen. Meine Wahrnehmung war, dass er auf diesen Schuss reagiert hat und weiter nach rechts gehüpft ist. Aber das waren Bruchteile einer Sekunde, in welcher seine Waffe kurz nach unten ist und gleichzeitig ist mein Schild nach vorne auf den Boden gefallen. Er hat seine Waffe wieder auf mich gerichtet, woraufhin ich mehrmals auf ihn geschossen habe und mich gleichzeitig in das Bad, wo schon zwei Personen drin waren, gequetscht habe. Ich habe noch gesehen, wie er sofort zusammengesackt ist. Die Wirkung war da.»

### Protokoll

Wenn ein Polizist zu seiner Dienstwaffe greift, tritt ein Protokoll in Kraft: Verhalten nach gravierenden Ereignissen. Schildführer muss Urin, Blut und Waffe abgeben. Dann fährt ihn der Einsatzleiter zurück nach Ittigen. Dort versammelt sich die Sondereinheit zum Debriefing.

Wer reden will, darf reden. Wer sie benötigt, erhält psychologische Betreuung.

Die forensische Untersuchung wird später zum Schluss kommen, dass Martin M. auf der Stelle tot war. Er selbst hat nie einen Schuss aus seiner Glock abgegeben.

Um 2 Uhr ist der Einsatz beendet. Wenige Stunden später beginnen die Einvernahmen bei der Staatsanwaltschaft.



# Tod in Adelboden

Erschienen am 3. Juli 2023

*Nach den Schüssen auf Martin M.: Die Verantwortlichen bei der Kantonspolizei weisen jegliches Fehlverhalten von sich. Der Staatsanwalt hat Beisshemmungen. Und ein Bruder kämpft.*

Von Cedric Fröhlich und Quentin Schlapbach (Text) und Karin Widmer (Illustrationen)

## Teil 2 – Die Sondereinheit Enzian im Visier der Justiz

In einem Sitzungszimmer im Berner Amtshaus beginnt die Einvernahme des Polizisten, der am Tag zuvor Martin M. mit fünf Schüssen getötet hat. Ihm gegenüber sitzt der stellvertretende Leiter der Staatsanwaltschaft für Besondere Aufgaben des Kantons Bern. Er fragt: «Wie geht es Ihnen?» Der Polizist, wir nennen ihn fortan Schildführer, antwortet: «Im Moment recht gut, ich konnte schlafen.»

Keine 24 Stunden sind zu diesem Zeitpunkt seit dem Einsatz in Adelboden vergangen. Punkt für Punkt rekapituliert Schildführer, wie seine Einheit mit Blaulicht vom Unterland ins Bergdorf fuhr, erzählt vom umstellten Chalet mit den zugezogenen Fensterläden. Er schildert den Zugriff über das Treppenhaus, wie er mit seinem Schild den Rest der Truppe schützen musste. Er sagt, was ihm vor der Schlafzimmertür durch den Kopf ging, in den Sekunden vor der Schussabgabe.

Es ist Freitag, der 22. Mai 2020, 14.40 Uhr. In Bern hat die Aufarbeitung eines tödlichen Polizeieinsatzes begonnen.

## Rückblende

In der Schweiz greifen Polizistinnen und Polizisten äusserst selten zur Dienstwaffe. 2020 kam es zu zwölf Schussabgaben durch die Polizei. Dabei starben zwei Menschen. Einer von ihnen ist Martin M.

Im ersten Teil dieser Serie haben wir den Einsatz rekonstruiert, der zu seinem Tod führte. Martin M. litt an einer Hyperakusis, einer extremen Empfindlichkeit gegenüber Geräuschen. Weil er am 21. Mai 2020 polterte und schrie und damit andere ängstigte, rückte ein Kommando der Sondereinheit Enzian nach Adelboden aus.

Nach gescheiterten Verhandlungen rampte die Polizei die Schlafzimmertür auf. In der Folge stand M. mit gezückter Pistole vor ih-

nen. Schildführer feuerte fünfmal auf ihn. M. starb durch einen Schuss in den Hinterkopf.

War dieses Ende unausweichlich?

Dieser zweite Teil handelt vom Kampf der Familie von Martin M. Sie will, dass dessen Tod vor einem Gericht verhandelt wird. Dass das nicht schon längst passiert ist, hängt mit der Zurückhaltung einer Behörde zusammen, die gegen ihren engsten Verbündeten ermitteln muss. Mit der systembedingten Nähe zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei.

Die Anklagebehörde wollte das Verfahren bereits einstellen. Das Berner Obergericht kassierte die Einstellungsverfügung nach einer Beschwerde der Opferfamilie. In diesen Tagen kommt neue Bewegung in den Fall, finden zum ersten Mal seit 2020 wieder Befragungen statt.

Die folgenden Schilderungen stützen sich auf anonymisierte Einvernahmeprotokolle der am Einsatz beteiligten Beamten, auf mehrere Hundert Seiten Akten und auf Gespräche mit Angehörigen und Bekannten von Martin M. Für sämtliche Personen, über die wir in der Folge berichten, gilt die Unschuldsvermutung.

## Der Bruder

Manchmal, wenn Stefan M. über seinen verstorbenen Bruder spricht, versagt seine Stimme. Wenn er sich vorstellt, wie Martin gestorben ist, dann übermannt es ihn: «Im Moment, wo er am meisten Hilfe nötig hatte, kam die völlig falsche Einheit mit dem völlig falschen Auftrag.»

Stefan ist nicht der richtige Name dieses Mannes. Er stimmte einem Interview unter der

sätzlich das Gefühl, dass die Schweiz ein Land sei, wo man der Polizei vertrauen könne.

«Aber wenn jemand bei einem Einsatz stirbt, muss doch irgendwer dafür die Verantwortung übernehmen.»

Am Tag nach dem tödlichen Einsatz orientiert die Staatsanwaltschaft für Besondere Aufgaben die Familie von Martin M. darüber, dass sie die Ereignisse in Adelboden untersuchen und die Einsatzverantwortlichen einvernehmen werde. Sein Grundvertrauen in die Arbeit von Justiz und Polizei, in «das System», liess Stefan M. hoffen, dass diese Untersuchung Antworten auf seine vielen Fragen liefern würde.

## Pflichtenheft

Zurück im Berner Amtshaus. Bei Schildführers Befragung durch die Staatsanwaltschaft ist die Sachlage klar: Er schoss fünfmal auf M., ohne dass dieser das Feuer erwiderte. Die zentrale Frage lautet: Handelte er aus Notwehr?

Es gibt durchaus Argumente dafür. Mehrere Augenzeugen werden später aussagen, Martin M. habe mit seiner Glock 19 auf Schildführer und seine Kollegen gezielt. Dieser wähnte sich und die anderen in Lebensgefahr.

Der Staatsanwalt wird in seiner Einstellungsverfügung festhalten, Schildführer sei keine andere Wahl geblieben, als sich auf diese Weise zu verteidigen. Auch wenn die fünf Schüsse aus nächster Nähe «eine in ihrer Heftigkeit kaum zu übertreffende Abwehrreaktion» war.

Brauchte es jeden dieser fünf Schüsse?

«Im Moment, wo er am meisten Hilfe nötig hatte, kam die völlig falsche Einheit mit dem völlig falschen Auftrag.»

Bedingung zu, anonym bleiben zu dürfen. Weil er bis heute nicht abschliessen kann und doch irgendwie weitermachen muss.

Stefan hadert mit der Art und Weise, wie der Tod seines Bruders und dieser Einsatz bis heute aufgearbeitet worden sind: «Ich bin überhaupt nicht jemand, der gegenüber der Polizei kritisch eingestellt ist.» Er habe grund-

War mit dem ersten isolierten Schuss, den M. nicht erwiderte, die Gefahr nicht gebannt? Sind Schildführer und die Enzian nicht geschult dafür, Personen anzuhalten, ohne fünfmal zu schießen? Was sagt er zu den Entscheiden seiner Vorgesetzten, die ihn überhaupt erst in diese Lage brachten?

Der Staatsanwalt lässt Schildführer frei erzählen, konfrontative Fragen stellt er bis



zuletzt keine – obwohl der Vorwurf einer vorsätzlichen Tötung im Raum steht. Erst ganz zum Ende will er von Schildführer wissen: «Haben Sie im Nachhinein das Gefühl, dass Sie etwas hätten besser machen können?» Die Antwort fällt kategorisch aus: «Nein.»

### Vertrauensbonus

Die Polizei geniesst in unserer Gesellschaft ein fast schon beispielloses Grundvertrauen. Zu Recht: Wer die 117 wählt, dem wird geholfen. Polizistinnen und Polizisten entschärfen täglich Hunderte, wenn nicht Tausende kleine und grössere Konflikte. Machtmissbrauch, Willkür und Korruption, all die Dinge, die in anderen Ländern mit der Staatsgewalt assoziiert werden, kennen wir von unserer Polizei so nicht. Einzelfälle ausgenommen.

Dieser Vertrauensbonus hat eine Kehrseite: Kritik an Polizeieinsätzen wird von der Politik wie auch von Teilen der Zivilgesellschaft oft reflexartig zurückgewiesen. Der Polizei haftet der Nimbus der Unfehlbarkeit an. Wie geht eine solche Behörde damit um, wenn einmal etwas schief läuft?

Nach dem Schützen weisen auch seine beiden Vorgesetzten, die für den Einsatz verantwortlich waren, jegliches Fehlverhalten von sich. «Ich würde heute nichts anders

machen», sagt der eine. «Vielleicht hätte man etwas anders machen können, aber das wäre eine Hypothese», sagt der andere.

Auch gegen sie ermittelt die Staatsanwaltschaft für Besondere Aufgaben von Amtes wegen. Die beiden Vorgesetzten der Kantonspolizei müssen sich dem Vorwurf der fahrlässigen Tötung stellen. Die Frage, die bei ihnen im Raum steht: War der Einsatz in Adelsboden bis zuletzt verhältnismässig? Oder hätte es nicht auch andere Möglichkeiten gegeben, um Martin M. an diesem Tag anzuhalten?

### Offene Fragen

Die Protokolle, die während der Einvernahmen in den Tagen nach den Schüssen in Adelsboden entstehen, gleichen sich. Gezeichnet wird das Bild eines sorgfältig durchgeführten Einsatzes, bei dem man Schritt für Schritt vorgegangen sei.

«Die Vorgehensweise war nach Lehrbuch. Es gab keine Patzer oder Schnitzer, und man müsste das wieder so machen», sagt der operative Techniker. «Wir haben ohne Druck gearbeitet, wir sind nicht einfach so planlos da rein», gibt der verantwortliche Dezeratsleiter zu Protokoll.

Nachfragen zum Geschehensablauf stellt der Staatsanwalt nur vereinzelt. Widersprüche in den Aussagen oder Fragen zur Verhältni-





smässigkeit macht er nicht zum Thema. Dabei liegen diese auf der Hand. Der Entscheid der Beschwerdekammer des Obergerichts wird fast zwei Jahre nach diesen Befragungen eine Vielzahl davon aufwerfen:

- Weshalb brach die Polizei die Verhandlungen vor der Schlafzimmertür ab?
- Woher kam die dringliche Notwendigkeit, die Schlafzimmertür gewaltsam zu öffnen?
- Was liess die Beamten glauben, M. sei nicht zum Dialog bereit?
- Was ist mit dem Schutzschild geschehen, der dem Schützen laut dessen eigener Aussage nach dem ersten Schuss aus der Hand nach vorn gefallen sein soll, den aber ein anderer Augenzeuge auf Martin M. liegen sah?
- Hat die Spezialeinheit die angebliche Notwehrsituation nicht selbst verursacht, indem sie ins Zimmer eindrang?

Der Liste hinzufügen liesse sich: Stehen der Polizei nicht andere Mittel zur Verfügung, um eine suizidgefährdete Person in einer psychischen Notsituation anzuhalten?

Danach gefragt, ob es üblich sei, dass potenziellen Beschuldigten keine Nachfragen zum Geschehensablauf gestellt würden, entgegnet die Staatsanwaltschaft: «Grundsätzlich steht es der Staatsanwaltschaft bei der Aufklärung eines Sachverhaltes frei, wem sie welche Fragen wann, wie und weshalb stellt.» Tatnähere Personen würden anders befragt als solche, die nicht unmittelbar ins Geschehen involviert gewesen seien. «Das sind taktische Entscheide, die wir nicht kommentieren.»

Aufgrund der Befragungen und forensischen Untersuchungen kommt die Anklagebehörde im Juli 2021 zum Schluss: Das Verfahren gegen die drei Polizisten wird eingestellt.

In seiner 25-seitigen Verfügung schreibt der verantwortliche Staatsanwalt: Der Schütze habe klar aus Notwehr gehandelt; die Stürmung des Schlafzimmers sei verhältnismässig gewesen. Es bestehe kein Anlass, an den Aussagen der befragten Polizisten zu zweifeln. Auch gebe es «keine ernst zu nehmenden Hinweise auf ein alternatives Tatgeschehen».

Der tödliche Polizeieinsatz soll ad acta gelegt werden – ohne öffentliches Gerichtsverfahren. Da Einstellungsverfügungen grundsätzlich nicht publiziert werden, hätte die Öff-





fentlichkeit wohl nie erfahren, was an diesem Tag in Adelboden genau passiert ist.

### Der Anwalt

Zürich, Kreis 4, eine kleine Kanzlei. Stephan Schlegel sitzt in seinem Büro. Der Fall Martin M. ist auch sein Fall. Schlegel – deutscher Schalk, Typ gutmütiger Hüne – vertritt die eine Hälfte der Opferfamilie.

Schlegel legte Beschwerde ein gegen die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft. Wenn die Strafverfolger regelrecht zur Jagd getragen werden müssten, dann stehe es nicht gut um deren Unabhängigkeit, sagt er.

In mehr als 99 Prozent aller Fälle sind Staatsanwaltschaft und Polizei Verbündete. Sie arbeiten miteinander, um Vergehen und Verbrechen aufzuklären und zu sanktionieren. Wird einer Polizistin oder einem Polizisten eine Straftat vorgeworfen, so tritt der Ausnah-

Hinweis darauf, dass die Verhandlungen mit Martin M. gescheitert oder unmöglich gewesen seien, noch habe eine «dringliche Notwendigkeit» bestanden, die Schlafzimmertür gewaltsam zu öffnen. Auch äussert das Gericht Zweifel daran, ob die fünfmalige Schussabgabe noch vom Notwehrrecht gedeckt war.

Insbesondere sieht es eine Grundregel verletzt: in dubio pro duriore – im Zweifel für das Härtere. Erscheint ein Schuldspruch nicht von vornherein als höchst unwahrscheinlich, so muss die Staatsanwaltschaft Anklage erheben.

Weiter bemängelt das Gericht die Ermittlungen: fehlende Einvernahmen von Zeugen, generelle Ungereimtheiten, ungenügende Abklärungen bezüglich der Schussabfolge. «Zusammenfassend ist das Verfahren gegen die drei Beschuldigten nach der Vornahme all-

## «Wer macht sich schon gerne unbeliebt am eigenen Arbeitsplatz?»

mefall ein. Dann führen die Ermittlungen quasi in die eigenen Reihen. Und, so sagt es Schlegel: «Gegen die Guten zu ermitteln, das erfordert ein robustes Selbstvertrauen.»

Für ihn steht – wenig überraschend – fest: Beim Einsatz wurden grobe Fehler begangen. «Die sind einfach da rein und sind dabei ein unverhältnismässiges Risiko eingegangen!» Für ihn hat das auch etwas mit dem Wesen einer Spezialeinheit zu tun: «Für einen Hammer sieht alles wie ein Nagel aus.» Auch M., der laut Schlegel nie mit der Waffe gedroht hat.

Die Verantwortung sieht er vor allem bei der Einsatzleitung. «Der Schütze konnte am wenigsten dafür. Seine Vorgesetzten haben ihn in dieses Desaster geschickt.»

### Ohrfeige

Schlegel dringt mit seiner Beschwerde durch: Im März 2022 kassiert das Obergericht des Kantons Bern die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft für Besondere Aufgaben praktisch auf der ganzen Linie. Im Entscheid stellt das Gericht infrage, ob der Einsatz bis zuletzt verhältnismässig war. Weder gebe es aus den Aussagen der Polizisten einen zwingenden

fällig weiterer Ermittlungshandlungen voraussichtlich zur Anklage zu bringen», so das Obergericht.

Dieser Entscheid ist kein Schuldspruch zulasten der Polizisten. Aber er ist eine Ohrfeige für die Staatsanwaltschaft für Besondere Aufgaben. Es hat zur Folge, dass die Verfahren gegen die drei Polizisten bis heute andauern.

### «Kein Stopp-Knopf»

Wofür steht der Fall Martin M.?

Patrice Zumsteg ist promovierter Jurist und Anwalt, Dozent an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften in Winterthur. Er forscht zu Sicherheits- und Grundrechtsfragen. Für ihn geht es in Fällen wie jenem in Adelboden nicht bloss um die Schuldfrage. «Es geht darum, ob ein gutes Gleichgewicht der Interessen gefunden wurde, in welchem auch der Einzelne respektiert wird.»

Zumsteg ist ein durch und durch liberal denkender Mensch, einer, der selbst immerzu abwägt. Er sagt: «Ich habe grosses Vertrauen in die Polizei. Aber wie alle Organisationen macht auch sie Fehler.»



Was er kritisiert, ist das Abhängigkeitsverhältnis von Staatsanwaltschaft und Polizei – «eine grosse Schwäche unseres Systems». Man kenne sich, arbeite gut zusammen, verstehe sich auch persönlich. Tritt der seltene Fall ein, in dem Polizisten zu Verdächtigen werden, so stelle dies das System vor ganz triviale Probleme: «Wer macht sich schon gerne unbelebt am eigenen Arbeitsplatz?»

In der Schweiz arbeiten aktuell rund 19'500 Polizistinnen und Polizisten. Anders als etwa in Grossbritannien oder Deutschland gibt es jedoch keine Behörde, die exklusiv Fälle von polizeilichem Fehlverhalten untersucht. Das Land ist dafür zu klein, die Zahl der Fälle zu tief.

Gab es ein Zurück für die Spezialeinheit, bevor sie die Schlafzimmertür von Martin M. aufwuchtete? Sah deren Protokoll auch mildere Massnahmen vor? Musste es so weit kommen, dass am Ende ein psychisch kranker Mensch tot ist?

Patrice Zumsteg sagt: Fragen wie diese gehörten vor einem Gericht gestellt. Nicht zum ersten Mal stellt er fest, dass Polizeieinsätze «offenbar über keinen Stopp-Knopf verfügen». Er hat im Fall Adelboden erhebliche Zweifel an der Verhältnismässigkeit des polizeilichen Vorgehens. «Wobei man immer aufpassen muss vor dem Rückschaufehler: Wir sitzen im bequemen Sessel, da ist es leicht zu sagen, man hätte alles ganz anders, alles viel besser machen können.»

## Im Verfahren

Die Staatsanwaltschaft sagt heute, die Einstellungsverfügung sei vom Tisch, das Untersuchungsverfahren wieder offen. Wer fragt, ob sie den Fall zur Anklage bringe, erhält folgende Antwort: «Der Entscheid des Obergerichts ist eindeutig und ein klarer Hinweis dafür, dass wenn sich anhand der weiteren Untersuchung nicht neue Erkenntnisse ergeben, Anklage gegen die drei Polizisten zu erheben ist.»

Darüber hinaus will sich die Behörde nicht weiter äussern. «Für persönliche Gespräche in einer laufenden Untersuchung ist kein Raum», teilt sie schriftlich mit.

Die Kantonspolizei Bern teilt mit, sie wolle das laufende Strafverfahren abwarten. Zwei der drei Beschuldigten sind weiterhin im Dienst, einer ist ausgetreten. «Dieser Austritt erfolgte nicht in Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren», schreibt eine Kapo-Sprecherin.

Die drei Anwälte der beschuldigten Polizisten geben an, dass sich ihre Mandanten aufgrund des laufenden Verfahrens nicht äussern möchten. Einen Katalog mit 17 Fragen zum schwierigen Einsatz, zur Fehlerkultur innerhalb der Polizei und nach ihrem persönlichen Wohlergehen lassen sie unbeantwortet.

In diesen Junitagen sollen zum ersten Mal wieder Einvernahmen stattgefunden haben – über drei Jahre nach den tödlichen Schüssen.

## Hoffnung

Stefan M. ist ein feingliedriger, ein sanfter Mann. In vielem sei er seinem verstorbenen Bruder sehr ähnlich. An seinen guten Tagen war Martin ruhig, besonnen, zuverlässig. Als Stefan, der als selbstständiger Programmierer arbeitet, wegen einer Krankheit an den Händen einmal Hilfe brauchte, war Martin für ihn da. Ein Jahr lang übernahm er für ihn alle Tipparbeiten. Viel mehr als die Arbeit verband die beiden jedoch das ideelle Weltbild. «Wir sahen die Dinge meist ähnlich.»

Martins psychische Probleme nahm Stefan erst wahr, als beide bereits erwachsen waren. Er half Martin beim Umzug von Zürich ins Berner Oberland. Musste aber zusehen, wie er trotzdem nirgends zur Ruhe kam. Wenige Tage vor seinem Tod unterhielten sie sich noch per Skype. Martin erzählte von der neuen Wohnung auf der anderen Talseite. «Er hatte die Hoffnung, dass es ihm dort besser gehen würde.»

Wozu brauchte Martin eine Waffe?

Diese Frage quält Stefan M. bis heute. «Sein ganzes Leben lang hat er jegliche Form von Gewalt stets abgelehnt.» Er kann es sich nur so erklären: Martin wollte selbst über sein Ende bestimmen. «Dass er jemals vorhatte, auf jemand anderen zu schießen, kann ich mir schlicht nicht vorstellen.»

Dieses Bild von seinem Bruder bewahrt er sich. Martin hat nicht zurückgeschossen.

Stefan sagt, ihm gehe es nicht darum, einen Schuldigen für den Tod seines Bruders zu finden. Aber die Verantwortlichen könnten immerhin zugeben, dass an jenem Tag Fehler begangen worden seien. Er hofft, dass der Fall vor einem Gericht verhandelt wird. Dass die Polizei in ähnlichen Fällen künftig anders handelt. Dass sie Lehren zieht aus dem Tod seines Bruders.

Und dass er abschliessen darf.



Den

## Zürcher Journalistenpreis 2024

gewinnt

**Birgit Schmid**

für ihren Artikel

**«Da jagt es mir den Zapfen ab!»**

erschienen in der «Neuen Zürcher Zeitung» am 6. April 2023

Zürich, 15. Mai 2024

Die Jury:



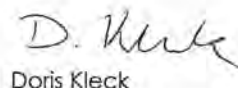
Christina Neuhaus



Lisa Feldmann



Nina Jecker



Doris Kleck



Paula Scheidt



Hans Voigt



Reza Rafi

# Preisträgerin



## Birgit Schmid

Geboren 1972 in Aarau, studierte Germanistik, Kunstgeschichte und Komparatistik an der Universität Zürich und wurde 2004 promoviert. Sie arbeitete ab 1998 als Filmredaktorin für die «Neue Luzerner Zeitung» und als freie Journalistin u. a. für die «NZZ am Sonntag». Anschliessend Redaktorin bei der «Annabelle» und bei «Das Magazin» des Tages-Anzeigers, wo sie ab 2013 Stellvertreterin der Chefredaktorin war. 2015 wechselte sie in die Redaktion der NZZ, zuständig für das Ressort Gesellschaft. Sie schrieb die wöchentliche Kolumne «In jeder Beziehung». Heute Redaktorin im Feuilleton. Buchveröffentlichungen u. a.: «Lieben mich meine Katzen?», «Schönheit der Trauer».

# Laudatio

von Lisa Feldmann

Nicht zum ersten Mal bedient sich ein Portrait als Rahmenhandlung seines Scheiterns. Abgebrochene Termine mit Hollywoodstars wie Faye Dunaway im «Stern» oder Robert De Niro im «Guardian» sind mir noch nach vielen Jahren in Erinnerung – weil ich als junge Journalistin fand: Darauf würde ich mich niemals einlassen, das eigene Versagen öffentlich zu machen. Nicht aus Scham, sondern schlicht, weil der jeweilige Artikel zur Mogelpackung geworden war – nicht über die Schauspieler erfuhr man etwas, sondern ausschliesslich über die Kollegen und ihre Befindlichkeit; in beleidigtem Ton skizzierten beide ein gestörtes Machtverhältnis – und die ungerechte Behandlung ihrer hehren professionellen Absichten.

Birgit Schmid schlägt in ihrem Portrait der Basler Künstlerin Miriam Cahn einen anderen Weg ein. Sie nimmt uns mit ins Bergell, wo sie die Künstlerin in ihrem Atelier besucht. Sie erzählt uns, quasi noch unterwegs im Postbus, von den Fragen, die sie loswerden will, den Eindrücken aus den Begegnungen anderer Journalistinnen, die es möglicherweise zu korrigieren gilt. Auch von den medial wirksamen Skandalen, die frühere Auftritte der Künstlerin provoziert haben.

Dann folgen erste eigene Beobachtungen – und schon erfahren wir in wenigen Sätzen, warum die «Süddeutsche Zeitung» Cahns Erscheinung so treffend als die einer Hüttenwartin umschrieben hat. Schauen uns mit den Augen Birgit Schmid in dem spartanisch eingerichteten Atelier um und bekommen die wunde Seele der Künstlerin einen Moment lang zu fassen: wenn diese von den im Tode gestrandeten Flüchtlingen am Mittelmeer spricht.

Dann bricht eine Welle der Wut über die Journalistin herein. Die Kränkung durch eine vermeintlich kritische Frage, die Narzissten nur schwer aushalten können. Die flache Hand Miriam Cahns knallt auf den Tisch, der Ton wird unverschämt, jetzt gilt es, die Nerven zu behalten.

Birgit Schmid, so fühlt es sich an, tritt einen Schritt zurück. Nicht um der Brutalität auszuweichen, vielmehr: Um ihrer Protagonistin wieder nahe zu kommen. Und wir er-

kennen unter deren Widersprüchlichkeit ihr wahres Wesen.

Wenn sich Künstlerinnen mit Opfern identifizieren, wie einst Jenny Holzer mit den vergewaltigten Frauen des Jugoslawien-Krieges, oder auch: Wenn Künstler sich selbst als Täter darstellen, wie Anselm Kiefer in seinen Selbstportraits, die Hand zum Hitler-Gruss erhoben – dann lässt sich das leicht als wichtiger Beitrag zur Kunst verstehen.

Die Bilder Miriam Cahns zu ertragen – dafür hat uns Birgit Schmid einen Schlüssel in die Hand gedrückt. Wir haben zusammen mit ihr standgehalten, uns nicht wegbellen lassen. Und im unharmonischen Finale dieser Begegnung leuchtet plötzlich die Botschaft ihres Textes auf: Geht und schaut selbst, es lohnt sich.



# «Da jagt es mir den Zapfen ab!»

Erschienen am 6. April 2023

*Zorn treibt die Basler Künstlerin Miriam Cahn an – und lässt auch den Besuch bei ihr im Bergell eskalieren.*

Von Birgit Schmid

Nach etwas über einer Stunde wirft sie mich raus. Wir hatten über Pornografie in der Kunst, über Zensur und Triggerwarnungen gesprochen und immer mehr gestritten, Miriam Cahn führt aus, widerspricht, lacht los und fegt vom Tisch. Immer wieder Ausrufe, das sei «kompletter Quatsch» und dass ihr andere Meinungen «wurscht» seien. Dann wandelt sich das Gespräch zur Prüfung. Welche Ausstellungen ich besucht hätte und ob ich ihr Buch «Das zornige Schreiben» kenne. Wenn ja, warum ich ihr die falschen Fragen stellte. Warum ich überhaupt fragte.

Als ich auf die Psychoanalyse zu sprechen komme und darauf, wie sich das Verdrängte und seine Wiederkehr in ihrem Schaffen niederschlagen, bricht sie das Interview ab. Natürlich gebe es ihr Interesse daran. Aber sie antworte nicht darauf. Das bringe nichts mit mir.

Die Schweizer Künstlerin Miriam Cahn, 73 Jahre alt, gebürtige Baslerin, eine der bedeutendsten Künstlerinnen der Gegenwart, vielfach geehrt, vielerorts ausgestellt, mag nicht alle Fragen. Sie ist bekannt für ihre direkte, man muss sagen: unflätige Art. Unbequem und unangepasst sei sie, ist lobend zu lesen. Knallhart, polemisch, schwierig. Ich war gewarnt, als ich ins Bergell fuhr, wo Cahn seit Jahren lebt und arbeitet.

Dabei war sie bereit zu reden, denn wütend ist sie in diesen Tagen, und zwar noch mehr als sonst. In Paris, wo ihr eine Ausstellung gewidmet ist, wurde sie soeben wegen einer sexuell expliziten Darstellung angeklagt. Unter den 200 Werken, die im Palais de Tokyo unter dem Titel «Mein serieller Gedanke» zu sehen sind, befindet sich ein Bild, das eine Fellatio zeigt, zu der eine als Mann erkennbare, kräftige Figur mit erigiertem Penis eine kleine, vor ihm kniende Figur mit gefesselten Händen zwingt. Daneben hält er eine zweite, zerbrechlich wirkende Figur fest.

Cahn verarbeitet in diesem Bild namens «Fuck Abstraction» wie in weiteren Werken die Greuelthaten im Ukraine-Krieg. Es sind die

schrecklichen Szenen aus Butscha und Irpin, die sie zur künstlerischen Umsetzung drängen und die sie in ihrem bekannten expressiven, rohen Stil darstellt. «Sexuelle Gewalt ist eine Kriegswaffe und die Sexualität des Mannes im Kriegsfall ein reines Unterdrückungsinstrument», sagt sie über das Thema, um das ihr Schaffen kreist.

## Sexuelle Gewalt ist eine Realität

Der Aufruhr wurde Anfang März von französischen Kinderschutzgruppen und selbsternannten Kämpfern gegen Pädokriminalität initiiert, die in besagtem Bild Kinderpornografie erkennen wollen. Es verhöhne Vergewaltigungsoffer, lautet ein Vorwurf. Als sich das Bild in den sozialen Netzwerken verbreitete, waren schnell 16 000 Unterschriften zusammen, die in einer Petition seine Entfernung aus der Ausstellung verlangten.

Beim Palais de Tokyo gingen Morddrohungen ein, so dass das Museum sich genötigt sah, in einem Statement Stellung zu nehmen zu dem, was offensichtlich ist: Miriam Cahn geht es in keiner Weise darum, Kinderpornografie zu verherrlichen. Sie wolle nicht schockieren, sagt sie, sondern prangere an, was Kriegsrealität sei. Sie betont zudem, dass es sich bei der zum Oralsex gezwungenen Figur um ein erwachsenes Opfer handle, die Proportionen drückten bloss das Machtverhältnis aus.

Cahn geht kaum Kompromisse ein, die sie von anderen einfordert. Sie werde im Alter radikaler, so sagt sie selber.

Als wir zum Gespräch abmachen, weiss Miriam Cahn noch nicht, wie das Gericht entscheiden wird. Und wie würde sie reagieren? Wäre sie bereit, ein Zeigeverbot des Bildes zu akzeptieren oder schon nur die Erhöhung des Eintrittsalters auf 18 Jahre? An der Documenta in Kassel packte sie 1982 ihre Bilder wieder ein, da man ihr keinen eigenen Raum zur Verfügung gestellt hatte. Cahn geht kaum Kompromisse ein, die sie von anderen einfordert. Sie werde im Alter radikaler, so sagt sie selber.

Das Dorf Stampa im Bergell erreicht man von St. Moritz in einer Stunde, das Postauto kriecht die engen Kurven des Malojasses hinunter Richtung Chiavenna. Miriam Cahn lebt allein in ihrem Atelierhaus, einem ausgehöhlten Betonblock. Gleich in der Nähe wurde der Künstler Alberto Giacometti geboren. In einer riesigen Halle stehen Bilder umgekehrt an der Wand, in einem Becken schwarze Kreide, die wie Pferdeäpfel aussieht. Mit ihnen erstellte Cahn ihre grossformatigen Zeichnungen. Sie malte sie liegend, auf ihnen kriechend und gehend.

Cahn, die mit ihren verstrubbelten Haaren und im Fleecepullover wie eine Hüttenwartin aussieht, wie die «Süddeutsche Zeitung» sie beschrieb, führt in den Wohnraum nebenan. Dieser besteht aus einem Tisch, einer Kochnische, offenem Bad, Bett und Bücherwand. Durch das grosse Fenster gegen Süden wird sie später auf das imaginäre Mittelmeer zeigen. Bald würden sich die Leute wieder an den Stränden vergnügen, wo jederzeit tote Flüchtlinge angespült werden könnten, wird sie sich empören. Das beschäme sie.

Cahn malt immer wieder Menschen auf der Flucht, während des Balkan- und des Golfkriegs und nach der Flüchtlingswelle 2015, oftmals als ausgesetzte, geisterhafte Wesen. Wie Quallen schweben sie in einem leuchtenden Blau. Tod im mediterranen Glück,

der Schrecken durch Kontrast. Auch Cahns Vater, ein jüdischer Kunsthändler, emigrierte 1933 in die Schweiz. Sie sagt: «Kunst muss engagiert sein.»

Umso mehr sieht sie sich durch die Kritik in Paris verkannt. Für Miriam Cahn ist klar: Hinter dem Protest um «Fuck Abstraction» ständen die Rechten. Die «Neofaschisten», wie sie sie «der Bequemlichkeit halber» nenne, seien auf dem Vormarsch: Ihre Absichten seien überall dieselben, es gehe ihnen nicht um das einzelne





Die Künstlerin Miriam Cahn vor einem ihrer Bilder.

© Keystone

Bild, sondern um einen Angriff auf die Kunstinstitutionen und deren Legitimation.

Tatsächlich kamen die Angriffe auf Miriam Cahn etwa von Caroline Permantier, Abgeordnete des Rassemblement national und ehemalige Sprecherin der Partei von Marine Le Pen. Doch Cahn pauschalisiert. Nicht jeder, der ihr Bild geschmacklos findet, dürfte rechtsextrem sein.

### Empörung über «die Faschisten»

Zählen kann Cahn auf die Unterstützung ihres linken Umfelds. In den Mails, die sie mir weiterleitet, solidarisieren sich namhafte Schriftsteller, Künstlerinnen und Galeristen aus der Schweiz und Deutschland mit ihr. Sie nennen die Vorgänge in Paris «ekelhaft», sprechen Cahn Kraft zu und empören sich über die «Faschisten», die mit Themen wie Kindsmisbrauch oder «Selbstbestimmung von Trans\*personen» Hetze betrieben. Jemand schickt das Foto eines Voodoo-Rituals, bei

dem der Name des Feindes verbrannt wird, um sich von seiner negativen Energie zu befreien. Als Vorschlag, wie auf die Kritiker zu reagieren sei.

Nicht dieser Exorzismus dürfte bewirkt haben, dass Cahns Fellatio-Bild nun doch hängen bleiben darf. Sondern das Gericht in Paris argumentierte mit der Kunst- und der Meinungsfreiheit.

Die Künstlerin ist erleichtert. Mit den Einordnungen und Erklärungen zu ihrer Ausstellung im Palais de Tokyo, die es von Anfang an gab, kann sie leben. Gut findet sie es nicht, dass man die Leute wegen potenziell schockierender Inhalte warnen muss. «Triggerwarnungen sind ein Witz», sagt sie. «Wenn es sie braucht, damit ein Museum rechtlich geschützt ist, akzeptiere ich das knapp. Letztlich bevormundet man die Leute damit, denn sie besuchen eine Ausstellung ja freiwillig.» Es sei eine umso grössere Heuchelei, da Bilder realer Gewalt heute überall frei zu-

gänglich seien. Und wie lange wird es dauern bis zum nächsten Fall? Was, wenn Museumsdirektoren den Zensurwünschen nachgeben und nicht für die Künstlerinnen und Künstler einstehen?

Wie in der Literatur nehmen Säuberungsversuche auch in der Kunst zu. Dabei kommen die Angriffe nicht nur von rechts. In New York forderten linksliberale Kreise 2017 ebenfalls in einer Petition, das Gemälde «Träumende Thérèse» von Balthus aus dem Metropolitan Museum zu entfernen: Der mutmasslich pädophile Blick ihres Erschaffers könne anstössig sein und Gefühle verletzen. Was sagt sie, die linke Feministin, zur Cancel-Culture von links?

Auch diese finde sie natürlich doof, wischt sie die Frage weg und sagt: «In der Sexualität gibt es kein Schwarz-Weiss, und die Kunst bildet dieses Zwiespältige ab. Sie ist interessant, wo sie mehrdeutig bleibt, aber klar ist in der Position.» Natürlich könne das unan-

genehm berühren: «Aber wer sagt, dass Kunst angenehm sein soll?» Deshalb verstören auch ihre Bilder. So zieht sich der entblösste, schutzlose Körper leitmotivisch durch ihr Werk. Sie holt aus dem Unbewussten, was uns verschlossen bleibt oder was wir abwehren, und visualisiert es direkt und plakativ. Lust, Gewalt und Schmerz, Verführung und Versehrtheit.

### Frauen sollen kriegerisch sein

In ihrem figurativen Werk finden sich oft androgyne Mischwesen. «Für mich gab es schon immer ganz verschiedene Menschen jenseits der Kategorie Frau und Mann», sagt Cahn. Alle sind gleichwertig. Deshalb hat sie kein Verständnis für Frauen wie die Schriftstellerin J. K. Rowling. «Pseudofeministinnen sorgen sich um Frauenrechte, nur weil auch Transpersonen für ihre Rechte kämpfen – das ist dummer Seich.» Wir hätten doch ein Gehirn, um beides zusammenzudenken. «Da-

nicht, sei falsch informiert. Ich hätte nicht einmal die Ausstellung in Paris gesehen.

Dennoch müssen wir noch über den Streit um die Kunstsammlung des Waffenfabrikanten Emil Bührle sprechen. Als der Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthhauses eröffnet wurde, machte der Präsident der Stiftung Bührle an einer Pressekonferenz ein paar unbedachte Äusserungen über den Kunsthandel während des Zweiten Weltkriegs in der Schweiz. Daran hätten sich auch Juden beteiligt, sagte er, zudem seien diese vom Staat nie verfolgt worden. «Da jagte es mir den Zapfen ab», sagt Cahn, «als Künstlerin und als Jüdin.» Sie schrieb einen offenen Brief, in dem sie damit drohte, ihre Bilder aus dem Kunsthhaus abzuziehen: Sie wolle sie zum Ankaufpreis zurückkaufen. Sie habe schon gewusst, dass das rechtlich kaum möglich sei.

Inzwischen anerkennt sie das Bemühen des Kunsthhauses um mehr Transparenz. Die neue Direktorin Ann Demeester will die

## «Damit spricht man den Frauen das Menschsein ab.»

mit gibt Rowling nur wieder den Rechten Munition.»

Miriam Cahn begann während der Frauenbewegung in den siebziger Jahren mit aktionistischer Kunst und Performances. Künstlerinnen wurden damals sichtbarer. Seither bekämpft sie Geschlechterstereotype. Frauen seien nicht friedfertiger als Männer, sagt sie. «Damit spricht man den Frauen das Menschsein ab.» Aggressiv, zornig, wehrhaft, das sollten auch Frauen sein. Sie hält nichts vom Friedensmanifest von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht, dieses sei nicht einmal feministisch. «Man kann beim Ukraine-Krieg nicht mit Frieden argumentieren. Statt eine Regenbogenfahne vors Fenster zu hängen, sollte man Stellung beziehen.» Europas Antwort auf den Aggressor Putin könne nur die militärische Aufrüstung und Hilfe für die Ukraine sein.

Als ob sie vorzeigen wollte, wie sich weibliche Wut äussert, antwortet sie immer ungehaltener. Ich sähe Zusammenhänge

Künstlerin demnächst im Bergell besuchen. Cahn, so lässt es das Kunsthhaus verlauten, habe eingewilligt.

Miriam Cahn sagte einmal, Moral habe in der Kunst nichts zu suchen. Gibt sie sich denn nicht selber hochmoralisch? Es ist nicht die letzte Frage, der sie sich verweigert. Wenig später stehe ich draussen vor der Tür.







Den

## Zürcher Journalistenpreis 2024

gewinnt

**Daniel Strassberg**

für seinen Artikel

**Israel in der Krise – Teil 1 und 2**

erschienen in der «Republik» am 6. und 7. April 2023

Zürich, 15. Mai 2024

Die Jury:



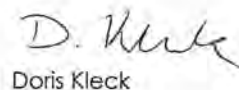
Christina Neuhaus



Lisa Feldmann



Nina Jecker



Doris Kleck



Paula Scheidt



Hans Voigt



Reza Rafi

# Preisträger



## Daniel Strassberg

Daniel Strassberg, geboren 1954 in St. Gallen, studierte in Zürich Medizin und Philosophie und in Jerusalem den Talmud. 1973 und 1978 lebte er je ein Jahr in Israel. 1985 eröffnete er in Zürich eine psychoanalytisch-psychiatrische Praxis, wo er immer noch tätig ist. Nach der Promotion in Philosophie im Jahre 2003 lehrte er an verschiedenen Universitäten über Themen an der Schnittstelle von Philosophie und Psychoanalyse. 2004 gründete er einen CAS in Philosophie für Fachleute aus Medizin und Psychotherapie, woraus 2008 das interdisziplinäre Netzwerk entresol hervorging. Seit einigen Jahren schreibt er in der «Republik» monatlich eine philosophische Kolumne. Seine letzten Buchpublikationen sind: «Spektakuläre Maschinen. Eine Affektgeschichte der Technik», 2022 bei Matthes & Seitz, Berlin, und «Der Teufel hat keine Zeit. Philosophisch-politische Betrachtungen», 2022 beim Rotpunktverlag, Zürich. Derzeit arbeitet er an einem Buch über den Talmud. Daniel Strassberg lebt in Zürich, ist verheiratet und Vater zweier erwachsener Söhne.

# Laudatio

von Hansi Voigt

«Wir schreiben den 7. März 2023, und eben bin ich aus Israel zurückgekehrt. Aufgewühlt, verängstigt, wütend und ratlos, wie alle Menschen, die ich in den wenigen Tagen, die ich bleiben konnte, getroffen hatte. Weder für eine politische Analyse noch für einen Stimmungsbericht war ich von der «Republik» nach Israel geschickt worden, sondern mit der Frage, wie es so weit kommen konnte. Wie es möglich ist, dass in Israel im Dezember 2022 eine religiös-fundamentalistische, antidemokratische, nationalistische und rechtsextreme Regierung an die Macht kommen konnte, unter der Führung des mit Bravour wiedergewählten Benjamin Netanyahu, eines bis ins Mark verkommenen und korrupten Politikers.»

Der Autor, von Beruf Philosoph und Psychoanalytiker, der sich in jungen Jahren als glühender Zionist bezeichnete, zeichnet schonungslos präzise den jahrzehntelangen Weg nach, der das Land an den Rand des Bürgerkriegs gebracht hat. Wo Armeeoffiziere die Befehle der Regierung Netanjahu zum Teil nicht mehr ausführten. Wo jedes Wochenende Hundertausende für den akut bedrohten Rechtsstaat auf die Strasse gingen.

Das israelische Paradox lautet, dass religiöser Extremismus nicht mit einem demokratischen Staat vereinbar ist, wo alle gleiche Rechte haben, auch die, die nicht zum ausgewählten Volk gehören.

«Schreibt man den jüdischen Charakter im Gesetz fest – was vor einiger Zeit geschah –, ist der Staat nicht mehr demokratisch. In einer Demokratie darf die Macht nicht von Anfang an einer bestimmten Gruppe zugesprochen werden.»

Sätze, wie in Stein gemeißelt. Schonungslose Sätze. Ein Gottesstaat ist nun einmal so etwas wie die Antithese zur Demokratie. Das gilt für jede Religion, und alle irdischen Stellvertreter Gottes. Für Päpste, Ayatollas und für Lamas gleichermaßen und hat nichts mit Antisemitismus zu tun.

Krieg ist immer noch der kürzeste Prozess, um demokratischen Widerstand abzuwenden. Netanjahu brauchte dringend einen Krieg. Einen Bürgerkrieg hatte er vor einem Jahr schon fast an der Hand. Im Nachhinein muss man sich zu dem zynischen Satz

durchringen, dass der bestialische Überfall der Terrortruppe Hamas das überaus blutige Geschenk an Netanjahu in seinem politischen Überlebenskampf ist.

Heute, sechs Monate nach dem Terrorüberfall durch die Hamas und dem Einmarsch der israelischen Armee in Gaza, braucht es noch mehr Mut, den vorliegenden Text zu veröffentlichen. Nicht etwa, weil irgendetwas in dem Artikel nicht wahr wäre. Im Gegenteil.

Für den Artikel «Israel in der Krise – wie ist es so weit gekommen?» und für den Mut, sich journalistisch hochpräzise und als ehrlicher Freund der israelischen Demokratie mit den unbequemen Wahrheiten und den Folgen des umgreifenden religiösen Extremismus auseinander – und sich gleichzeitig zwischen alle Stühle – zu setzen, bekommt Daniel Strassberg den Zürcher Journalistenpreis.



# Israel in der Krise

Erschienen am 6. und 7. April 2023

Von Daniel Strassberg (Text) und  
Ofir Berman (Fotos)

7.3.2023

Eben bin ich aus Israel zurückgekehrt. Aufgewühlt, verängstigt, wütend und ratlos, wie alle Menschen, die ich in den wenigen Tagen, die ich bleiben konnte, getroffen hatte. Weder für eine politische Analyse, noch für einen Stimmungsbericht war ich von der «Republik» nach Israel geschickt worden, sondern mit der Frage, wie es so weit kommen konnte. Wie es möglich ist, dass in Israel im November 2022 eine fundamentalreligiöse, antidemokratische, nationalistische und rechts-extreme Regierung an die Macht kommen konnte, unter der Führung des mit Bravour wiedergewählten Benjamin Netanjahu, einem bis ins Mark verkommenen und korrupten Politiker.

Bestimmt spielten zufällige Faktoren eine Rolle. Hätte Bibi im Laufe der letzten 26 Jahre nicht alle denkbaren Koalitionspartner über den Tisch gezogen, hätte Israel heute eine Mitte-Rechts-Koalition – wie in den letzten 30 Jahre. Doch die heutige Entwicklung, darin waren sich alle meine israelischen Gesprächspartner und Gesprächspartnerinnen einig, hat auch tiefer reichende Gründe, die in der Geschichte des Zionismus und des Staates Israel angelegt sind. Am Ursprung der Implosion des Staates, der wir jetzt entsetzt beiwohnen, steht die Utopie eines zugleich jüdischen und demokratischen Staates. Ein jüdisch-demokratischer Staat ist ein Oxymoron, wie ein schwarzer Schimmel. Schreibt man den jüdischen Charakter des Staates im Gesetz fest – was vor einiger Zeit geschah – ist der Staat nicht mehr demokratisch. In einer Demokratie darf die Macht nicht von Anfang an einer bestimmten Gruppe zugesprochen werden.

Auf der anderen Seite steht die Tatsache, dass 1947, als die UNO der Gründung des Staates Israel zustimmte, hunderttausende schwer traumatisierte Überlebende des Holocaust in Europa gestrandet waren. Niemand wollte sie haben, und doch mussten sie irgendwo leben. Und zwar an einem Ort, an dem sie sich sicher, zugehörig, frei und selbstbestimmt fühlen konnten. In einem jüdischen und demokratischen Staat also.

Wie die jüdisch-israelische Gesellschaft seit der Staatsgründung mit dieser Spannung zwischen der Ideologie eines jüdisch-demokratischen Staates und der Realität seiner Unmöglichkeit umgegangen ist, darüber sprach ich in Tel-Aviv, Haifa und Jerusalem mit alten Freunden, alles linke Intellektuelle aschkenasischer, also europäischer Herkunft, mit denen ich mich seit vielen Jahren austausche. Daraus ergibt sich kein «objektives» Bild der momentanen Situation, ich habe weder mit der «Gegenseite» noch mit arabischen Israelis, den eigentlich Leidtragenden, gesprochen, aber mir ging es um eine Innenansicht der jüdisch-israelischen Bevölkerung und deren Veränderungen seit der Staatsgründung.

Die alte Vertrautheit mit Freunden machte eine schonungslos kritische, auch selbstkritische Analyse möglich, die mit Fremden vermutlich nicht zu erreichen gewesen wäre.

Die Gespräche ergaben das Bild einer nicht abreissenden Kette von Selbstbetrügnen.

Ungewollt wurde dieser Bericht auch eine Reise in meine eigene Vergangenheit, in jene Zeit, als ich noch zionistische Lieder sang, blau-weiss trug und stolz auf die militärische Überlegenheit Israels war.

18.2.2023

Es reicht fast nicht, mich umzuziehen. Kaum bin ich mit dem Taxi in Ramat Hasharon angekommen, brechen wir zur Kundgebung auf. Zum achten Mal hintereinander finden sich um die Kaplanstrasse im Zentrum von Tel Aviv über hunderttausend Menschen ein, um gegen die Politik der Regierung zu demonstrieren. Auf der einen Seite

mas ihre militärischen Einrichtungen inmitten der Wohnbevölkerung errichtet.»

Diesmal treffen sich 160'000, mehr als am Samstagabend zuvor. Ein Meer von israelischen Fahnen: Blauer Davidstern auf weissem Hintergrund, dazwischen einige Plakate, die meisten nur mit einem Wort beschriftet: Demokratie.

Bislang hatte die Rechte die Flagge okkupiert. Waren an einer Versammlung viele Fahnen zu sehen, konnte man sicher sein, dass sich hier die nationalistische Rechte trifft. Die Rückeroberung der Flagge ist von hohem symbolischem Wert, die Demonstranten können nicht mehr als vaterlandslose Gesellen diffamiert werden. Aber sie macht auch ein wenig Bauchschmerzen: Entsteht hier ein neuer Nationalismus des Mittelstandes?

Die Menschen flanieren mit einer Fahnenstange über der Schulter durch die Strassen, hin und wieder formieren sie sich in Reihen, marschieren und skandieren Parolen, wie buscha, Schande. Bald lösen sich die Reihen wieder auf, man trifft Freunde, tauscht Neuigkeiten aus, irgendwo in der Ferne spricht der ehemalige Premierminister Ehud Barak, niemand scheint besonders interessiert. Trommeln und Kindertrompeten bilden eine eher unangenehme Geräuschkulisse, ansonsten deutet nichts auf Militanz oder Aggression hin. Später blockieren Demonstranten eine Schnellstrasse, die Polizei nimmt einige der Protestierenden fest und lässt sie gleich wieder frei. Die Polizei verweigert zum wiederholten Male dem Sicherheitsminister Ben-Gvir den Befehl. Wie lange sie das noch durchhält?

Inzwischen ist es dunkel geworden, wir

«Und die Israelis beklagen sich darüber, dass die Hamas ihre militärischen Einrichtungen inmitten der Wohnbevölkerung errichtet.»

führt die Kaplanstrasse am Hauptquartier des israelischen Militärs vorbei, auf der anderen Seite steht eine alte, zur schicken Ausgehmeile herausgeputzte Tempelersiedlung. Die Freundin zeigt auf den riesigen Funkturm des Hauptquartiers und bemerkt ironisch: «Und die Israelis beklagen sich darüber, dass die Ha-

ziehen nun die Pullover an, der Tag war ungewöhnlich warm für die Jahreszeit gewesen. Am Rande eines Parks malen Kinder unter Akazien eine Vorlage bunt aus, die einen jüdischen und einen arabischen Jungen zeigen, die sich die Arme über die Schulter legen. Eine ältere Dame schreit die Organisatorinnen





Für die Demokratie, gegen die Regierung: massive Proteste in Israel.

der Kinderunterhaltung an, was denn Araber bitte schön hier zu suchen hätten! Die Organisatorinnen gehören zur Gruppe Gush neged HaKibusch, Block gegen die Besatzung. Sie wollen darauf aufmerksam machen, dass auch vor dieser Regierung, die am 4.11.2022 gewählt wurde, Israel keine wirkliche Demokratie war, hatten doch schon vor den Wahlen die knapp 20% arabischen Israelis den Status von Bürgern zweiter Klasse. Die Palästinenser der besetzten Gebiete waren vollends rechtlos, von Apartheid sprach nicht nur die radikale Linke.

Die Demonstrationen werden von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen organisiert. Darüber, ob man Gruppierungen vom linken Rand in den Protest einbeziehen und damit riskieren soll, die

Mitte und die demokratische Rechte zu verprellen, sind sich die Organisatoren und Organisatorinnen uneins.

Anfangs war auch umstritten, ob die Demonstrationen überhaupt etwas bringen. Doch inzwischen ist klar, dass sie den notwendigen Rahmen für die Mobilisierung von zivilem Ungehorsam bildet, der bis weit in gesellschaftliche Mitte hineinreicht: 37 von 40 Militärpiloten einer Staffel der Reserve erscheinen nicht zum wöchentlichen Training, der ehemalige Chef des Mossad, Dani Jatom, ruft zur Befehlsverweigerung auf, zwei ehemalige Admirale der Marine organisieren eine Blockade des Hafens in Haifa, der Polizeichef von Tel-Aviv wird entlassen, weil er die Befehle «seines» Ministers missachtet hat – worauf die Rechtsberaterin der Regierung die Entlassung

für illegal erklärt. Rechtsanwälte unterzeichnen einen Protest, ebenso Spitalärzte, Wirtschaftsfachleute aus allen Lagern warnen vor den katastrophalen Folgen der Politik der Regierung. Firmen kündigen an, ihren Firmensitz zu verlegen oder ihr Geld abzuziehen. Einige haben den Schritt schon vollzogen. Die Schweizer Organisation, die die Spen-

nen. Dass sie es nicht taten, hinterliess bei vielen liberalen Israelis bittere Gefühle.

Netanjahu, der die Wahlen überlegen gewonnen hatte, wurde vom Staatspräsidenten Jizchak Herzog, ein Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Chaim Herzog und Enkel des irischen Grossrabbiners Isaak Halevy Herzog, mit der Regierungsbildung beauftragt.

## Im Gegensatz zum politischen Establishment, das Netanjahu verprellt hat, sind sie weniger an der Macht als an ihrer Ideologie interessiert.

den der Diaspora für Israel eintreibt, schreibt einen Brief an ihre Mutterorganisation – den Keren HaYessod –, in dem sie wegen der Einführung der Todesstrafe die weitere Mitarbeit in Frage stellt. Den stärksten Druck übt jedoch die High-Tech-Branche aus: Sie droht, Israel den Rücken zu kehren, wenn die Regierung ihre Politik fortsetzt.

Israel ist wirtschaftlich vollkommen von der High-Tech-Industrie abhängig.

### 4.11.2022

Worum geht es eigentlich? Am 4. November 2022 wurde Benjamin Netanjahu zum 6. Mal zum Premierminister des Staates Israel gewählt, nachdem einige Monate zuvor eine breit abgestützte Regierungskoalition auseinandergebrochen war, deren einzige Gemeinsamkeit war, ihn, Netanjahu, zu verhindern. Die Koalition galt als diplomatische Meisterleistung des ehemaligen Journalisten und Mitte-Politikers Jaïr Lapid; sie umfasste das ganze Spektrum, von der linken Meretzpartei bis hin zum religiösen Nationalisten Naftali Bennett. Immerhin zwei Jahre konnten Lapid und Bennett die Koalition mit grossem politischen Geschick zusammenhalten, bis eine Abgeordnete der Partei von Naftali Bennett zum Likud, der Partei von Benjamin Netanjahu überlief, und das fragile Konstrukt zum Einstürzen brachte. Was Netanjahu der Abgeordneten versprochen hatte, ist bis heute unklar. Vielleicht tat sie es aus Überzeugung. Die arabischen Abgeordneten hätten mit ihren Stimmen die Koalition retten und Netanjahu verhindern kön-

Doch da er im Lauf der Jahre restlos alle möglichen Koalitionspartner aus der rechten Mitte verprellt hatte, war niemand mehr bereit, mit ihm eine Regierung zu bilden. Er hat jeden und jede Einzelne(n) von ihnen betrogen, belogen und hintergangen; darüber hinaus sind mehrere Verfahren wegen Korruption und Vorteilsnahme im Amt hängig, und niemand wollte sich die Hände schmutzig machen.

Um nicht ins Gefängnis zu wandern, musste Netanjahu zum Chef der neuen Regierung werden, koste es was es wolle. Das israelische Recht sieht vor, dass ein Premierminister, im Gegensatz zu gewöhnlichen Ministern, im Amt verbleiben kann, solange er nur angeklagt und noch nicht verurteilt ist. Dieses Gesetz wurde in der Zwischenzeit geändert, allerdings zugunsten von Netanjahu: Der Premierminister muss nun nicht mal nach einer Verurteilung zurücktreten.

Es blieben ihm daher nur drei religiös-rechtsextreme Parteien unter Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich als Koalitionspartner. Sowohl Ben-Gvir als auch Smotrich entstammen der religiösen Siedlerbewegung und sind gerichtsnotorische Rassisten und Gesetzesbrecher, mit zumindest engen Kontakten zu jüdischen Terroristen.

Ben-Gvir und Smotrich sehen ihre Chance und ergreifen sie. Im Gegensatz zum politischen Establishment, das Netanjahu verprellt hat, sind sie weniger an der Macht als an ihrer Ideologie interessiert. Zu den beiden gesellt sich der Vorsitzende der parl-

amentarischen Rechtskommission, Simcha Rotmann, auch er ein religiöser Siedler.

Sie wissen, dass ihnen für ihre Pläne nur ein kurzes Zeitfenster zur Verfügung steht. Israelische Regierungen haben gewöhnlich eine kurze Lebensdauer, und für diese Regierung ist merkwürdigerweise die Partei des Premierministers die grösste Gefahr. Der Likud ist zwar eine rechtsnationale Partei, aber sie hat sich immer als demokratische Partei verstanden, immerhin ist sie noch die einzige grössere Partei mit einer innerparteilichen Demokratie.

Aber der Likud ist in Netanjahus Geiselhaft: Ohne seine messianische Lichtgestalt droht er in der Bedeutungslosigkeit versinken, wie alle anderen traditionellen Parteien. Gleichzeitig ist Netanjahu selbst eine Marionette von Ben-Gvir, Smotrich und Rotmann.

Das Triumvirat lässt buchstäblich keinen Tag verstreichen. In atemberaubendem Tempo peitscht es Gesetz um Gesetz durch die erste Lesung des Parlaments. Das Gesetz, wonach das Parlament mit der einfachen Mehrheit von 61 Stimmen die Beschlüsse des Obersten Gerichtes rückgängig machen kann, ist zwar zum Symbol des Widerstandes gegen die Regierung geworden, doch daneben gibt es unzählige anderer Gesetzesvorlagen, die in eine der drei folgenden Stossrichtungen gehen: 1) Abschaffung der Gewaltenteilung 2) Abschaffung der Meinungs- und



Autoreifen im Schlamm auf der palästinensischen Seite der Sperrmauer.

ist klar: ein religiöses Grossisrael, die Annexion von Juda und Samaria, (ihre Bezeichnung für die besetzte Westbank) und der «Transfer», wie die Vertreibung der Araber seit Jahren euphemistisch genannt wird. Doch das Errichten einer illiberalen Demokratie nach un-

Juden heiraten. Und am Sabbat gibt es heute schon so gut wie keinen öffentlichen Verkehr.

Einen ersten Versuchsballon hat die Regierung bereits gestartet: Am nächsten Pessachfest soll das Mitnehmen von für Juden während der Festtage verbotenem Brot in Spitäler untersagt werden. Die Sicherheitsbeamten haben den Auftrag, in Handtaschen nach Brot zu suchen. Auch gibt es Gerüchte, Frauen auf gewissen Busstrecken nur noch auf den hinteren Sitzbänken die Fahrt zu erlauben. Falls Sie das für einen schlechten Witz halten: Solche Vorstösse gab es in der Vergangenheit tatsächlich schon. Und ganz am Schluss soll nach der Vorstellung der radikalen Fundamentalisten auf dem Tempelberg der dritte Tempel wiedererrichtet werden. Mit den dazu gehörigen Tieropfern.

Letzteres Vorhaben werden ironischerweise die ultraorthodoxen Parteien verhindern, denn ihrer Ansicht nach darf der dritte Tempel erst nach der Ankunft des Messias gebaut werden.

6.10.1973

Ich erinnere mich noch deutlich an den kerosingesättigten, heissen Wüstenwind, der mir entgegenschlug, als ich vor genau fünf

## Durch den Holocaust rückte nach dem zweiten Weltkrieg dann die Idee eines Staates als sicherer Hafen für das jüdische Volk in den Vordergrund.

Informationsfreiheit sowie weitgehende Kontrolle über die Medien, die Erziehungs- und Kulturinstitutionen 3) Rückgängigmachen der liberalen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, zum Beispiel Rechte für Frauen und für die LGBTQ\*-Community. Hier ist Smotrich mit seiner pathologischen Homophobie federführend.

Seit Jahren bereiten die drei ihre politische Agenda vor, Rotmann hat sie in einem Buch sogar öffentlich dargelegt. Das Ziel

garischem Vorbild ist wahrscheinlich nur die erste Phase, in der es vor allem darum geht, alle Hindernisse für die zweite Phase aus dem Weg zu räumen, für die der Erzfeind Iran das Vorbild ist: Immer weitere Bereiche des öffentlichen Lebens sollen der Halacha, dem jüdischen Gesetz unterstellt werden. Man darf nicht vergessen, dass das Familienrecht – Eheschliessungen und Scheidungen – schon heute dem rabbinischen Recht untersteht: Eine Christin kann in Israel keinen



fzig Jahren aus einer Boeing der EL-AL stieg. Damals holte mich J. ab und wir fuhren in einem Sammeltaxi nach Jerusalem, wo wir ein Jahr an einer Talmudschule verbringen sollten. Wir hatten soeben in Zürich das Gymnasium abgeschlossen und waren noch vor der Maturafeier abgereist, mein Freund ein paar Tage früher als ich. Endlich weit weg von zuhause!

Fünf Tage später heulten die Sirenen. Der Jom-Kippur war diesmal auf einen Samstag gefallen. Die von alten Bäumen und Trockenmauern umsäumten Strassen Rehavias, dem Quartier, in dem einst Martin Buber in einem der aus Jerusalemer Kalkstein gebauten Häusern wohnte, in unmittelbarer Nachbarschaft von Gershom Scholem, waren leer. Dass sich alle an die Regel hielten, an Jom Kippur nicht Auto zu fahren, vermittelte mir ein Gefühl der Zugehörigkeit. In Zürich musste ich mich immer erklären. Andererseits war ich nicht mehr aussergewöhnlich, das fehlte mir ein wenig.

Wir hatten uns, vom Fasten ermüdet, im Schlafsaal hingelegt. Mein Freund war schon eingeschlafen, als die Sirenen erstmals ertönten. Ich dachte zuerst an einen Übungsalarm, doch das kam mir am höchsten jüdischen Feiertag unwahrscheinlich vor. Auch dass man mit einem Male Autos auf den Strassen fahren hörte, war seltsam. Ich weckte J., es dauerte eine Weile, bis er begriff, dass etwas geschehen sein musste. Ratlos gingen wir auf die Strasse, um zu erfahren, was es war.

Erst einige Stunden später klärte sich das Bild: Ein Krieg war ausgebrochen, der später Jom Kippurkrieg genannt werden sollte. Die ägyptischen Armeen hatten auf Befehl von Anwar el-Sadat den Suez-Kanal überquert und waren weit in die seit 1967 von den Israelis besetzten Sinai-Halbinsel vorgedrungen. Die als beste Armee der Welt gepriesenen israelischen Streitkräfte waren vollkommen überrascht worden. Niemand hatte mit einem Angriff gerechnet, kein Israeli traute den Ägyptern – oder irgendeiner anderen arabischen Armee – einen Erstschlag zu. Israel war Opfer der eigenen Überheblichkeit geworden.

Zwar konnte Ariel Sharon, der das Kommando putschartig an sich gerissen hatte, die ägyptische Armee letztendlich zurückschlagen, dennoch veränderte der Jom Kippur 1973 alles:

Das Volk hatte das Vertrauen in die eigene Unbesiegbarkeit verloren, und macht die Regierung dafür verantwortlich. Wir sind nach Israel gekommen, hiess es, um endlich vor Verfolgung geschützt zu sein, und mit einem Male ist Israel das gefährlichste Land für Juden geworden.

Als Folge davon gewann im Jahre 1977 Menachem Begin von der oppositionellen Herut-Partei die Wahlen gegen den amtierende Premierminister Jizchak Rabin. Wenn nicht einmal der Held des Unabhängigkeits- und des Sechstagekrieges das Land beschützen konnte, musste sich etwas grundsätzlich ändern.

Diese Wahlen nahmen nicht nur der regierenden Arbeiterpartei Mapai die Macht, die sie seit der Staatsgründung 1948 unangefochten innehatte, sie liessen auch das zionistische Narrativ, dass Israel in alle Zukunft die Sicherheit des jüdischen Volkes garantieren würde, zur Makulatur werden.

#### 14.5.1948

Mit einigen wenigen Ausnahmen setzte sich die gesamte Führung der Mapai, der bis dahin regierenden Labour-Party aus osteuropäischen Einwanderern zusammen, die Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Israel gekommen waren – und aus ihren Nachkommen. Zwar trieben damals antisemitische Verfolgungen, wie der berüchtigte Pogrom von Kischinew von 1903 (heute: Kishinau, Moldawien) – der auch meine Grossmutter in die Emigration zwang – und die bittere Armut die osteuropäischen Juden zur Auswanderung nach Palästina. Aber im Kern war ihre Motivation ideologisch: Die sozialistischen Zionisten waren überzeugt, dass Juden zur bevorstehenden Revolution nur beitragen können, wenn sie in die Klasse der Bauern und Arbeiter integriert wären.

Weil sie weder in der Landwirtschaft noch im erst allmählich entstehenden Proletariat verankert waren, brauchte es zunächst jedoch das, was der zionistische Sozialist Ber Borochov (1881-1917) die «Umkehrung der Pyramide» nannte: Statt aus vielen Intellektuellen und wenigen Bauern, würde sich das jüdische Volk künftig aus vielen Bauern (und Arbeitern, aber die spielten eine sekundäre Rolle) und wenigen Intellektuellen zusammensetzen müssen. Darin, dass die Normalisierung die vordringlichste aller Aufgaben war, waren sich die sä-



Die palästinensische Siedlung Hizma liegt im Gouvernement Jerusalem, ist von der Stadt aber abgeschottet.

kularen Juden einig, Uneinigkeit herrschte lediglich darüber, ob dies in den osteuropäischen Ländern selbst möglich war oder ob es zur Normalisierung einen eigenen Staat mit eigenem Land brauchte.

Das Konzept der Normalisierung, das sich in beinahe allen zionistischen Schriften der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts findet, betraf jedoch kaum den Aufbau staatlicher Strukturen, es ging immer nur um das Bebauen von eigenem Land. Die Juden müssen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, war der zentrale zionistische Gedanke bei der Staatsgründung, und dies bedeutete, die Wüste fruchtbar zu machen und die Sümpfe trocken zu legen.

Durch den Holocaust rückte nach dem zweiten Weltkrieg dann die Idee eines Staates als sicherer Hafen für das jüdische Volk in den Vordergrund. Israel sollte gemäss dem Selbstverständnis seiner Gründer ein normaler und sicherer laizistischer Staat nach dem Muster westeuropäischer Demokratien werden, mit dem einzigen Unterschied, dass Juden endlich über ihr eigenes Schicksal bestimmen können. Im besten Falle könnte Israel sogar zur Avantgarde, zu einer sozialistischen Musterdemokratie werden. Der Kibbutz war dafür das leuchtende Beispiel.

Zwischen Realität und Ideologie bestand von Anfang eine riesige Kluft. Doch anders als in der DDR war die offizielle Ideologie nicht reine Propaganda, die von allen durchschaut, belächelt oder gefürchtet wurde. Ich bin fest davon überzeugt, dass sowohl das Volk als auch die Machthaber ihre eigenen Mythen geglaubt haben. Und selbstverständlich auch die Juden und Jüdinnen der Diaspora.

Die Widersprüche, die sich daraus ergaben, wurden schlicht verleugnet, beziehungsweise vertagt. Seit der Staatsgründung werden in Israel Probleme und Konflikte systematisch in der magischen Hoffnung auf die lange Bank geschoben, irgendwann würden sie sich von selbst lösen, oder die Menschen würden sich an den Status quo gewöhnen. So war es nach 1967 mit den besetzten Gebieten, so war es während der Oslo-Verhandlungen, wo wichtige Probleme wie der Status von Jerusalem einfach von der Traktandenliste gestrichen wurden. Doch nie hat sich etwas von selbst gelöst, im Gegenteil, irgendwann war es für jede Lösung zu spät.

Die Wahlerfolge Netanjahus sind wesentlich seinem Versprechen zu verdanken, dass sich unter ihm nichts ändern werde. Für eine Demokratie ist das ein fatales Versprechen, dennoch schwemmte letztlich der von der grossen Mehrheit geteilte Glaube daran, dass sich irgendwann alles von selbst lösen werde, Netanjahu an die Macht.

So verschloss man vor dem gemäss all meinen Gesprächspartnern und Gesprächspartnerinnen entscheidenden Widerspruch zwischen einem primär demokratischen und einem primär jüdischen Staat die Augen, indem man auf eine Verfassung schlicht verzichtete. Solange die Demographie Israels einen jüdischen Wahlsieg garantierte und solange die militärische Überlegenheit gewährleistet war, konnte die Kluft zwischen der Realität und der Ideologie geleugnet werden. Die erste Voraussetzung brach 1967, die zweite 1973 in sich zusammen. Und das Fehlen einer Verfassung rächt sich heute.

#### 5.6.1967

Die Euphorie war nicht nur in der zionistischen Jugendbewegung unbeschreiblich, als die israelische Luftwaffe am Montag, dem 5. Juni 1967, beinahe alle ägyptischen Flugzeuge und die gesamte Luftabwehr am Boden vernichtet hatte, bevor sie überhaupt in die Kampfhandlungen eingreifen konnten. Zuvor hatte der ägyptische General Gamal Abd El Nassr die Strasse von Tiran an der Südspitze der Sinai-Halbinsel blockiert und Israel von der lebensnotwendigen Versorgung über den Hafen von Eilat abgeschnitten. Zudem hatte er 100'000 Soldaten an der Grenze zu Israel aufmarschieren und die seit 1956 im Sinai stationierten UN-Truppen aus dem Land jagen lassen.

Am Dienstag, dem Tag nach dem Erstschlag, stiessen die israelischen Truppe in den Sinai vor. Bilder von Schuhen, welche die ägyptischen Soldaten auf der Flucht aus religiösen Gründen ausgezogen hatten, gingen um die Welt, der Stolz kippte rasch in rassistische Überlegenheitsgefühle.

Durch Beistandspakte verpflichtet, griffen Jordanien und Syrien in den Krieg ein, so dass Israel einen Dreifrontenkrieg führen musste. Am Ende der Woche hatte Israel den Gazastreifen, den Sinai, das Westjordanland, die Golanhöhen und vor allem Ost-Jerusalem eingenommen. Die einzelnen Schritte, die zu



diesem Krieg geführt haben, sind weniger wichtig als seine Folgen: «Für das, was in der Folge geschah, war die Eroberung der Klage-mauer und des Tempelberges entscheidender als die Eroberung der Westbank, weil sie die messianische Fantasie beflügelte, den 70 n. von den Römern zerstörten Tempel wieder errichten zu können,» behauptet Menachem Fisch, ein Professor emeritus für Philosophie an der Universität Tel Aviv.

Am 11. Juni wurde ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet.

Kaum jemand zog damals das offizielle Bild in Zweifel, der israelische Angriff sei ein überlebensnotwendiger und mustergültig vorbereiteter Präventivschlag des einzigen demokratischen Staates des Nahen Ostens gewesen. Wir wussten nichts davon, dass Ägypten gar nicht in der Lage gewesen wäre, einen Krieg zu beginnen, weil die wichtigsten Truppen in einem Bürgerkrieg in Südjemen gebunden waren. Wir wussten nicht, dass die Spannungen mit den arabischen Staaten etwas mit dem Wasser zu tun hatten, das Israel

war. Würde man ihnen alle Bürgerrechte geben, wäre es endgültig vorbei mit dem jüdischen Staat, würde man das Besatzungsregime aufrechterhalten, wäre es um die Demokratie geschehen.

Ein Name taucht in meinen Gesprächen immer wieder auf: Jeschajahu Leibowitz (1903-1994). Ich erinnere mich noch gut, wie ich fast zwanghaft auf die Haare starren musste, die büschelweise aus der Nase und den Ohren dieses hageren, nach vorn gebeugten Mannes wuchsen. Während fast eines Jahres besuchten wir jeden Sonntagabend sein Seminar über den Führer der Verirrten, ein Werk des mittelalterlichen jüdischen Aristotelikers Maimonides. Einmal gelang es uns sogar, in Leibowitz Wohnung an der Ussishkinstrasse eingeladen zu werden. Damals prophezeite uns dieses tief religiöse Universalgenie – er studierte und/oder unterrichtete Chemie, Biochemie, Medizin, Neurophysiologie, Wissenschaftstheorie und Philosophie – mit der grimmigen Miene eines alttestamentarischen Propheten, was auf Israel zukommen

## «Land gegen Frieden.»

seit 1964 seinen Nachbarn abgrub. Wir wussten auch nicht, dass die israelischen Araber bis 1966, nur ein Jahr vor dem Sechstagekrieg also, unter Militärverwaltung standen, und selbst für eine Reise in das Nachbarsdorf eine Erlaubnis des Militärgouverneurs brauchten. All das wussten wir nicht, all das tauchte in keiner Erzählung auf. In Israel selbst hat sich daran bis heute kaum etwas geändert. Wer solche Fakten erwähnt, gilt schnell als Verräter.

Der Sechstagekrieg war zugleich die endgültige Bestätigung des Normalisierungsnarrativ, wie auch sein Ende: Wir sind nicht mehr das Volk, das sich wie Lämmer zur Schlachtbank führen lässt, hiess es nun, wir sind nun endlich, nach zweitausend Jahren, ein normales Volk mit einem unabhängigen Staat und einem schlagkräftigen Militär. Wie sind vielleicht sogar ein wenig besser als normal.

Im Siegestaumel erkannten damals nur ganz Wenige, dass die Utopie eines jüdisch-demokratischen Staates mit einer zusätzlichen Million Araber unter israelischer Herrschaft in noch weitere Ferne gerückt

werde, wenn es nicht gelänge a) Staat und Religion strikt zu trennen und b) die besetzten Gebiete loszuwerden: Dann steure Israel auf einen faschistischen Staat zu. Das waren seine exakten Worte.

Niemand weiss heute, wie ernst es damals der israelischen Regierung mit ihrer offiziellen Haltung war, die besetzten Gebiete – ohne Ostjerusalem wohlverstanden – rasch zurückzugeben. Es war ohnehin unklar, wem die Westbank zurückgegeben werden soll, dem ehemaligen «Besitzer», das heisst dem König von Jordanien oder den Palästinensern selbst. Ich nehme an, dass die Regierung tatsächlich bereit war, einen Grossteil der eroberten Territorien zurückzugeben unter der Bedingung, dass die Sicherheit Israels für immer gewährleistet werde. Konkret hätte dies geheissen, dass eine breite demilitarisierte Zone auf den Golanhöhen und auf der Westbank eingerichtet wird. Über Ostjerusalem wollte man erst gar nicht verhandeln. Jedenfalls zeigte sich erneut, wie wenig israelische Politiker ihre Umgebung verstehen, was wohl auch mit

einem tief verinnerlichten eurozentrischen Rassismus zu tun hat. Ich erinnere mich noch gut an die Presseberichte über den Zuwachs an Kühlschränken in der Westbank. Man glaubte allen Ernstes, die palästinensische Bevölkerung würde sich wegen ein paar Kühlschränken im Lauf der Zeit mit der Besatzung abfinden und die arabische Welt würde auf eine ihrer heiligsten Stätten verzichten.

Darüber hinaus erwies sich nach 67 auch, wie stark die israelische Politik nach dem Prinzip des magischen Denkens funktioniert: Wenn wir es uns nur fest genug wünschen, löst sich mit Gottes Hilfe der demographische Widerspruch irgendwann von selbst auf.

Eine erste Ernüchterung folgte allerdings auf dem Fuss. Im September desselben Jahres wurden am Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Khartoum die drei Nein beschlossen: Nein zu Verhandlungen, Nein zur Anerkennung Israels und Nein zum Frieden. Dessen ungeachtet wurde damals ein Motto der israelischen Politik geboren, das sich als fatale Illusion erweisen sollte: Land gegen Frieden.

#### 15.8.2005

Am 15.8.2005 gab Premierminister Ariel «Arik» Sharon dem israelischen Militär den Befehl, die jüdischen Siedlungen im Gazastreifen zu räumen. Sharon war nicht irgendwer, er war der Held von 1973, er hatte 1983 das Massaker von Sabra und Shatila zu verantworten, auf das wir noch zu sprechen kommen werden, er war damals der einzige hohe Offizier, der sich nicht der Arbeiterpartei, sondern der rechten Herut anschloss. Er war Besitzer einer riesigen Farm in der Nähe des Gazastreifens, und er war ein vollkommen rücksichtsloser, moralfreier Haudegen, der glaubte, alle Probleme militärisch lösen zu können. Umso bemerkenswerter, dass gerade er, der bestimmt kein Gegner der Siedler war, zur Einsicht kam, dass sich die Besatzung des Gazastreifens nicht aufrechterhalten liess. Mit der Rückgabe befriedet man die Südfront, und verstetigt deshalb die Besatzung der Westbank, so sein Kalkül. Auch diesmal kam ihm seine Rücksichtslosigkeit entgegen. Die Siedler, die aus der Westbank in den Gazastreifen fuhren, um der Armee die Räumung zu verunmöglichen, beeindruckten ihn ebenso wenig, wie die

Warnungen besonnener Politiker, den Gazastreifen auf keinen Fall ohne vorgängige Verhandlungen mit den palästinensischen Behörden zurückzugeben. Die Verhandlungen von Oslo, auch die werden noch Thema, hatten immerhin eine palästinensische Autonomiebehörde geschaffen, die unter der Führung der PLO in Ramallah residierte.

Doch Sharon erwies sich einmal mehr als beratungsresistent, und so kam es zur doppelten Katastrophe. Zum einen übernahm statt der verhandlungsbereiten PLO die radikal-islamistische Hamas die Macht im Gazastreifen, die sich seither rühmen kann, die einzige palästinensische Gruppierung zu sein, die Israelis je vertreiben konnte. Mit ihren Raketen, die sie immer wieder auf Südisrael abfeuern, provozieren sie in regelmässigen Abständen israelische Invasionen, um dieses Narrativ, und damit ihre Macht aufrechtzuerhalten. Jedes Mal, wenn die Israelis nach einer Invasion den Gazastreifen wieder verlassen müssen, feiert die Hamas einen kleinen Sieg. Netanjahu war übrigens während seiner früheren Amtsperioden der einzige, der dieses Spiel durchschaute und Invasionen zu verhindern suchte.

Gaza wurde durch die Rückgabe zum grössten Freiluftgefängnis der Welt, beherrscht von brutalen, korrupten und frauenfeindlichen Kapos, Hamas genannt. Für die israelische Seite waren die Folgen der Rückgabe langfristig möglicherweise noch gravierender: Das Motto «Land gegen Frieden» war endgültig passé, und die israelische Linke wurde ihrer politischen Position beraubt. Heute glaubt niemand mehr daran, dass durch die Rückgabe der besetzten Gebiete Frieden erreicht werden kann. Die Linke ist in der Bedeutungslosigkeit versunken, und die kläglichen Überreste der einst mächtigen Arbeiterpartei verlieren vor Wahlen kein Wort mehr über die Besatzung. Damit ist der Weg für die religiöse Rechte endgültig freigeräumt worden. Diese sieht inzwischen auch ein, dass es ein strategischer Fehler gewesen ist, die Armee den Säkularen zu überlassen. Zunehmend haben Siedler begonnen, Offizierskarrieren anzustreben. Es ist fraglich, ob die Armee einem zukünftigen Befehl, jüdische Siedlungen zu räumen, überhaupt noch nachkommen würde.

Der dramatische Niedergang der linken oder auch nur liberalen Kräfte setzte allerdings





Proteste, die kein Ende nehmen: am 11. März in Tel Aviv.





Ordnungshüter an den Protesten vom 11. März in Tel Aviv.

bereits im Jahre 2000 ein, und wieder spielte Ariel Sharon eine fatale Rolle.

#### 28.9.2000

Am 28.9.2000 besucht der damalige Oppositionsführer Ariel Sharon den Tempelberg zu Jerusalem, arabisch al-haram asch-scharif, das edle Heiligtum. Der Tempelberg stand (und steht noch immer) unter arabischer Verwaltung, ein Besuch hätte einer Bewilligung bedurft, Sharons Eindringen war ein klarer Rechtsbruch.

Wo sich heute die Al-Aksa Mosche mit ihrer silbrigen und der Felsendom mit der goldenen Kuppel befindet, stand bis ins Jahr 70 n., bis er von dem römischen Heer unter

dem späteren Kaiser Titus zerstört wurde, der zweite Tempel der Israeliten. Die Klagemauer am westlichen Abhang des Hügels war die ehemalige westliche Umfriedung des Tempelbezirkes. Jährlich pilgern tausende Juden aus aller Welt an die Klagemauer, um Zettel mit ihren Wünschen, sogenannte Kwittlach, in die überfüllten Ritzen der Mauer zu stopfen.

Während des Sechstagekrieges war der Tempelberg von der israelischen Armee erobert worden. Das Bild des blonden Soldaten, der seinen Helm unter dem Arm trägt und gerührt und ehrfürchtig die Klagemauer betrachtet transportierte jene Erzählung, die von nun an den Konflikt zu einem religiösen, und

damit unlösbar werden liess: Der Tempelberg sei allen drei abrahamitischen Religionen heilig und werde deshalb immer ein unüberwindlicher Zankapfel im Nahostkonflikt bleiben.

In Tat und Wahrheit spielte die Klagemauer in der jüdischen Religion während fast 2000 Jahren keine Rolle. Die Klagemauer kommt, im Gegensatz zum Tempel und zu Jerusalem, in keinem Gebet vor, und selbst diejenigen Gebete, die um die Wiedererrichtung des Tempels bitten, beziehen sich nicht auf ein Gebäude, sondern auf eine Zeit: Der Tempel ist eine Metapher für die Ankunft des Messias, die den Menschen Frieden und Gerechtigkeit bringen wird.

Der Sechstagekrieg veränderte nicht nur den Nahost-Konflikt, sondern auch die jüdische Religion von Grund auf. Die Behauptung, das Judentum sei 1967 neu erfunden worden, wäre nur eine geringe Übertreibung. Das Normalitätsnarrativ wurde buchstäblich auf den Kopf gestellt: Die Juden sind gerade nicht normal, sie sind vermittels

abzuwenden begann. Doch das ist eine eigene Geschichte.

Sharons Provokation war der Funke, der die Situation, die noch kurz zuvor recht entspannt gewirkt hatte, zur Explosion brachte: Sie war der Beginn der zweiten Intifada, die bis 2005 dauerte.

Im Gegensatz zur ersten Intifada, als die Palästinenser in den besetzten Gebieten lediglich Steine warfen, trugen sie den Kampf nun mit tödlichen Waffen ins israelische Kernland: Sie schossen auf Zivilisten, griffen mit Messern an, jagten Autobusse des öffentlichen Verkehrs in die Luft und richteten in Cafés und Diskotheken Blutbäder an.

Die Verunsicherung der israelischen Bevölkerung war enorm. Meine Freunde rieten mir, keine Strassencafés mehr zu besuchen, den öffentlichen Verkehr nicht zu benutzen, und nicht ins Kino zu gehen. Ich hatte die Bilder mit den zerfetzten Leichen in den Wracks der Autobusse gesehen, ich hielt mich an die Ratschläge.

Israel war für Juden nun endgültig kein

## Die Armee wurde zum Instrument der Erlösung.

der Beziehung zu diesem heiligen Ort und zum Heiligen Land erwählt, sie stehen zu Gott in einer besonderen Beziehung, die dem Volke Israel schon in der Bibel verheissen worden war. Die Eroberung der Klagemauer erlaubte es, das Normalitätsnarrativ zu ersetzen. Der Fluchtpunkt der Sehnsucht war nun nicht mehr das Westeuropa des 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, sondern die Zeit des Zweiten Tempels: Chanukka, das Fest, das an den Aufstand der Makkabäer gegen die Griechen erinnert, wurde religiös aufgewertet, der kollektive Selbstmord der von den römischen Truppen auf Massada belagerten Juden, wurde offiziell gefeiert, das Land diente von nun an nicht mehr dem Schutz des jüdischen Volkes vor Verfolgungen, sondern der Erfüllung der biblischen Verheissung. Die Armee wurde zum Instrument der Erlösung.

Das Judentum wandelte sich mit anderen Worten von einer Religion des Buches in eine landgebundene Religion mit kolonial-expansiven Zügen. Dies war auch die Zeit, in der sich die europäische Linke von Israel

sicherer Hafen mehr, nirgends war es für Juden gefährlicher zu leben. Das läutete das Ende der Arbeiterpartei ein, deren Existenz an das Normalitätsnarrativ gebunden war. 2001 löste Ariel Sharon Ehud Barak als Premierminister ab, ein Amt, das er bis zu seinem Schlaganfall innehatte. 2006 trat Ehud Olmert an seine Stelle. Seit der Machtübernahme Sharons es keinen Premierminister der Arbeiterpartei mehr.

An die Stelle des Normalitäts- trat das Erlösungsnarrativ.

### 20.5.1977

Der 20. November 1977 war ein Sonntag, in Israel ein gewöhnlicher Arbeitstag. Es war aber auch einer dieser Tage, der die Hoffnung für eine gewisse Zeit wiederbelebte. Ich war auf dem Weg zur Arbeit, einer ambulanten Therapiestation für drogensüchtige Menschen, Araber und Jüdinnen. Gerade wollte ich die Palmachstrasse überqueren, als mich eine Polizeieskorte auf schweren Motorrädern daran hinderte. Hinter den Motorrädern tauchten zuerst einige Polizei-

autos mit Blaulichtern auf, gefolgt von, wenn ich mich richtig erinnere, drei schwarzen Limousinen. Erstaunlicherweise hatten sie keine getönten Scheiben, sodass ich in der mittleren zwei ältere Herren erblickte, die in ein angeregtes Gespräch vertieft waren: Anwar-el Sadat und Menachem Begin. Sie befanden sich auf dem Weg in die Knesset, wo Sadat das Ende des Kriegszustandes zwischen Ägypten und Israel und einen umfassenden Friedensvertrag ankündigte.

Genau fünf Monate zuvor, am 20. Juni 1977 war Begin zum ersten israelischen Ministerpräsidenten gewählt worden, der nicht der Arbeiterpartei angehörte. Die Wahl führte einerseits zum Friedensabkommen von Camp David, markierte andererseits aber eine entscheidende Wende im israelischen Selbstverständnis, die letzten Endes in das heutige Chaos münden sollte. Sie bezeichnet den Punkt, an dem die israelische Gesellschaft sich im Konflikt zwischen demokratisch und jüdisch für das Jüdische entschied.

Die (Beinahe-)Niederlage des Jom Kippurkriegs hatte das Vertrauen in die Regierung erschüttert. Die osteuropäischen Einwanderer von ehemals hatten sich das Land unter die Nägel gerissen, und im Gegenzug nicht einmal Sicherheit, Frieden oder soziale Gerechtigkeit gewährleisten können.

In dieses ideologische Vakuum stiessen die Nationalreligiösen.

Bis dahin war die nationalreligiöse Partei unter dem behäbig-freundlichen deutschen Juden Abraham Burg eine Art religiöser Flügel der Arbeiterpartei gewesen, deren Politik im Wesentlichen darin bestand, der Arbeiterpartei die Mehrheit zu verschaffen und dafür Geld für ihre Schulen und andere Institutionen zu bekommen. Doch nach dem Jom-Kippur-Krieg übernahm eine Fraktion von Jungtürken die Macht innerhalb der Mafdal, die sich Gush Emunim nannte, etwa mit Block der Getreuen zu übersetzen. Unter der Anleitung ihrer geistigen Führer, des israelischen Oberrabbiners Avraham Isaak Kook und seines Sohnes Zwi Jehuda Kook, verkündeten sie, der Staat Israel sei die Atchalta deGeula, der Beginn der religiösen Erlösung. Der säkulare Zionismus war lediglich eine List der Geschichte, um das messianische Zeitalter voranzutreiben. Der erste Schritt auf dem Weg zum messianischen Zeitalter musste die Besiedlung von ganz Eretz

Israel sein, von Grossisrael in den biblischen Grenzen. Das in der Bibel mindestens vier Grenzverläufe genannt werden, störte weiter nicht.

Die Anhänger des Gusch Emunim sind von weitem zu erkennen: Kurze Kakhi-Hose, buntes Hemd über der Hose, die vier Schaufäden baumeln an den Seiten der Beine herunter, wildes dunkelblondes oder rotes Haar, blaue leuchtende Augen und, ganz wichtig, ein grosse, gestrickte Kippa auf dem Kopf. Eine über der Schulter hängende Uzi vervollständigt das Bild.

Diese Figuren unterscheiden sich nicht nur äusserlich von den Ultraorthodoxen, die sich in schwarze Kaftane, weisse Hemden, Kniesocken, schwarze Hüte, lange Schläfenlocken und am Samstag in Pelzhüte hüllen, den ganzen Tag den Talmud studieren und von Sozialhilfe leben. Sie pflegen auch eine andere Ideologie: Die «Schwarzen» oder «Dossim» sind dem Staat gegenüber skeptisch bis feindlich eingestellt, weil sich erstens ein jüdischer Staat nach den jüdischen Gesetzen zu richten hat und weil zweitens erst die Ankunft des Messias abgewartet werden muss. Erst in jüngster Zeit haben sie sich auf die Seite der Siedler geschlagen und damit die Macht der Religion noch einmal verdoppelt.

Die Siedler belebten das alte zionistische Stereotyp des jüdischen Pioniers wieder, der auszieht, um das Land zu bebauen. Aber er tat es nun unter veränderten Vorzeichen: Die Besiedlung sollte nicht die Normalität des jüdischen Volkes, sondern seine Auserwähltheit unterstreichen. Innert kurzer Zeit errichtete die Gush Emunim Bewegung zahllose Siedlungen auf dem Golan, in der Westbank und im Gazastreifen. Wieder, wie 1948, kam es zu Vertreibungen und zu Zerstörungen von palästinensischem Eigentum, Häuser wurden niedergerissen oder beschlagnahmt, Olivenbäume wurden zerstört, und viele Bauern ihrer Lebensgrundlage beraubt. Mauern wurden gebaut, die Dörfer teilten, so dass die Bauern stundenlang wandern mussten, um zu ihren Feldern zu gelangen, Wasser wurde umgeleitet, ein eigenes Strassennetz wurde gebaut, dass nur von Juden benutzt werden darf. Kinder, die Steine gegen Soldaten werfen, zum Teil erst zehn, elf Jahre alt, werden in Militärgefängnisse geworfen. Viele der Palästinenser müssen wohl oder übel im israelischen Kernland arbeiten, wo sie übel ausgebeutet werden und



jeden Tag eine demütigende und oft willkürliche Prozedur an den Checkpoints über sich ergehen lassen müssen – wenn sie über Nacht nicht in den Fabriken eingeschlossen werden.

Die damals noch sozialdemokratische Führung des Landes, allen voran der Aussenminister Yigal Allon – dessen Fahrer ich während einiger Tage war – unterstützte das Vorhaben hinter vorgehaltener Hand nach Kräften. Nachdem klar geworden war, dass die einzige Möglichkeit, die demographische Zeitbombe der besetzten Gebiete loszuwerden, in einem eigenen palästinensischen Staat bestand, aus vermeintlichen Sicherheitsgründen aber niemand einen eigenständigen Staat wollte, wurde die alte Idee des Transfers aus der Schublade geholt: Man versuchte den Arabern der Westbank das Leben so schwer wie möglich zu machen, bis sie freiwillig in ein anderes arabisches Land ziehen würden. Dass niemand diese Flüchtlinge aufnehmen

Wurzeln zurückfanden und orthodox wurden, begleitet von einem ausgeprägten Überlegenheitsgefühl gegenüber der restlichen Welt, insbesondere gegenüber den Arabern. Auffällig war auch eine eigentümliche Verrohung der israelischen Gesellschaft: Wer eine Mission hat und akut bedroht wird, ist von jeder Rücksicht befreit.

Darüber hinaus gaben die Siedler der jüdischen Geschichte und der jüdischen Religion eine neue Deutung: Die Geschichte wurde auf Antisemitismus und Verfolgung reduziert, die Religion zu einer zweitausend Jahre alten Sehnsucht nach einer Heimstatt und Zuflucht für die Juden stilisiert.

Die Tatsache, dass das Selbstverständnis der Israelis zunehmend durch die Religion geprägt wurde – wie übrigens auch der palästinensische Kampf zu einem religiösen wurde – hat noch eine andere, für die momentane Situation verheerende Folge: Steht

gespielt hatte, floh nach dem Krieg nach Argentinien. Er wurde vom Mossad dort aufgespürt und nach Israel entführt. Der Prozess wurde von Hannah Arendt ausführlich beschrieben, um ihn soll es hier nicht gehen, sondern um die Veränderung der israelischen Gesellschaft in der Folge der Gerichtsverhandlungen.

Bis zum Eichmann-Prozess war der Holocaustüberlebende das Negativ des jüdischen Pioniers gewesen. Statt sich der zionistischen Bewegung anzuschliessen, so die Haltung der Alteingesessenen, statt am Aufbau des Sozialismus im Lande Israel mitzuarbeiten und sich vom Joch der Diaspora zu befreien, war er in Europa geblieben und hatte sich wie ein Lamm zur Schlachtbank führen lassen. Bis dahin wurden die Holocaustüberlebende entweder nicht zur Kenntnis genommen oder waren ein Objekt der Verachtung.

Das änderte sich nach Eichmann radikal; mit einem Male wurde der Holocaust zu einem zentralen Thema der Gesellschaft, der Kultur und der Erziehung. Nie wieder Auschwitz wurde allmählich zum Kern der israelischen Identität und diente fortan zur Rechtfertigung des Sicherheitsbedürfnisses – und manchmal auch der deswegen begangenen Taten.

Zunächst liess sich der Holocaust noch in das Normalisierungsnarrativ integrieren: Er war der endgültige Beweis für die Notwendigkeit eines eigenen Staates für das jüdische Volk. Mit der Machtübernahme Beginns verschob sich jedoch schleichend die Bedeutung des Holocaust: Er wurde zum Zeichen

der Auserwähltheit des jüdischen Volkes. Schon der Name Holocaust versetzt ihn in einen religiösen Kontext: Holocaust bedeutet Ganzopfer. Er beweist nicht nur die Aussergewöhnlichkeit und Unvergleichbarkeit des jüdischen Volkes, er ist auch das Armageddon, der Weltenbrand, der von der kommenden Erlösung kündigt.

#### 18.6.1996

Auch die Ehe eines Premierministers muss gepflegt werden, dachte sich das Ehepaar Sarah und Benjamin Netanjahu wohl, als es sich kürzlich ein verlängertes Wochenende in Rom gönnte. Zugleich liess sich der Ausflug perfekt mit einem kurzen Staatsbesuch bei der geistesverwandten Giorgia Meloni verbinden. Eine schöne Idee, allerdings fand sich lange

## Endlich wird den aschkenasischen Juden gezeigt, wie sie wirklich sind, riefen sie.

wollte, vor allem Jordanien nicht, schien niemanden zu interessieren.

Der Regierung ging es um Sicherheit, die Siedler erledigten für sie Drecksarbeit, aber diese hatten gleichzeitig, wie erst jetzt völlig klar wird, ihre eigene Agenda: ein klerikales Grossisrael, einen Gottesstaat.

Offen von Transfer sprachen nur ultrarechte Figuren wie der US-amerikanische Rabbiner Meir Kahane von der Jewish Defense League oder der später ermordete Ex-General Rehavam Ze'evi, im Volksmund ironischerweise Gandhi genannt. Kahane ist das grosse Vorbild von Itamar Ben-Gvir, dem heutigen Minister für Nationale Sicherheit.

Die Besetzung Grossisraels und das rassistische Ideal eines Landes ohne Araber waren nur ein Teil der offiziellen Mission der Siedler, darüber hinaus haben sie mit grossem Erfolg ideologische Arbeit geleistet. Es gelang ihnen, mit dem Erlösungsnarrativ bis weit in die Mitte der Gesellschaft und bis zu den säkularen Juden vorzudringen. Das sichtbarste Zeichen davon waren die vielen jungen Menschen, die in jenen Jahren zu ihren

die Erlösung unmittelbar bevor, spielt das weltliche Gesetz keine Rolle mehr. De facto leben die Siedler in einem mehr oder weniger rechtsfreien Raum. Wer in einer Siedlung in der Westbank ausgewachsen ist, konnte der arabischen Bevölkerung gegenüber tun und lassen, was ihm beliebt, er hat keine rechtlichen Konsequenzen zu fürchten. Es ist also eine Generation herangewachsen, die gelernt hat, dass weltliche Gesetze für sie keine Geltung haben. Die einzige Instanz, die ihnen bisweilen, eher selten, Einhalt geboten hat, ist das Oberste Gericht. Daher stammt der Hass gegen diese Institution.

#### 31.5.1962

Am 31. Mai 1962 wird der ehemalige Obersturmannführer Adolf Eichmann im Gefängnis von Ramle erhängt, nachdem er vom Bezirksgericht Jerusalem für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen das jüdische Volk schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt worden war. Eichmann, der für die Logistik der industriellen Judenvernichtung eine zentrale Rolle

keine Crew, die bereit war, das turtelnde Paar nach Rom zu fliegen. Als auch dieses Problem gelöst war, schien alles in bester Ordnung zu sein. Wäre da nicht der galoppierende Realitätsverlust des bis in die Knochen korrupten Ehepaars Netanjahu. Es mietete nämlich für das intime Wochenende in einem der teuersten Hotels Roms 60 (in Worten: sechzig) Zimmer an. Im Moment liegt übrigens ein Gesetz vor, das Regierungsmitgliedern und Parlamentsabgeordneten die Annahme von Geldgeschenken erlaubt, wenn sie zur Begleichung von Anwaltskosten und Arztrechnungen dienen. Die erste Lesung wurde zwar aufgrund der Proteste verschoben, aber allein der Versuch entlarvt das Demokratieverständnis der jetzigen Machthaber.

Zwar ist Bibi nicht der einzige notorische Lügner und Betrüger mit Realitätsverlust, der sich demokratisch an der Macht halten kann, wir kennen auch die Beispiele Jörg Haider, Silvio Berlusconi oder Victor Orban, aber die Frage, weshalb das Volk Mal für Mal einen notorischen Kriminellen wählt, muss doch für jeden dieser Fälle separat beantwortet werden. Ohne Netanjahu wäre es nie zu der verfahrenen Situation gekommen, in der sich Israel momentan befindet. Hätte er nicht restlos alle möglichen Koalitionspartner in den letzten Jahren vergault, hätten wir es heute mit einer traditionellen Mitte-Rechtsregierung zu tun. Denn Hand aufs Herz: Richtig links war eine israelische Regierung noch nie gewesen. Bis Bibi an die Macht kam, herrschte eine Mischung aus Nationalismus und Wohlfahrtsstaat vor. Daraus ist unter seiner Ägide ein Nationalismus ohne Wohlfahrtsstaat geworden.

Deshalb verdient das Phänomen Bibi eine gesonderte Betrachtung.

Am 18. Juni 1996 betritt der ehemalige Möbelhändler Benjamin Netanjahu, genannt Bibi, die Bühne der israelischen Politik, die er seither mit Unterbrüchen beherrscht. Er trat zwar das Erbe zweier Premierminister des Likud an, Menachem Begin und Jizchak Shamir, doch er unterschied sich erheblich von ihnen. Anders als seine Vorgänger gehörte er nie zum politischen Establishment. Er wuchs in Pennsylvania auf und lebte als Erwachsener wieder in den USA, ihm war die politische Kultur der USA deshalb immer näher gewesen als die der zionistischen Jugendverbände Osteuropas. Aus den USA brachte

er auch eine ökonomische Agenda mit, an der seine Vorgänger nie sonderlich interessiert waren: den Neoliberalismus. Seine erste Amtszeit widmete er denn auch der Zertrümmerung des Wohlfahrtsstaates, oder wie es auch heisst: der Deregulierung.

Bibi hatte zwar in einer Eliteeinheit gedient, aber nicht im Unabhängigkeitskrieg gekämpft, er wohnte auch nie in Zahala, dem Quartier im Norden Tel-Avivs, wo er der Nachbar von Moshe Dayan, Ezer Weizmann und von Ariel Sharon gewesen wäre. Auf der anderen Seite wurde am 4. Juli 1976 sein Bruder Yonathan Netanjahu getötet, als eine israelische Kommandoeinheit eine von deutschen und palästinensischen Terroristen entführte Air-France Maschine in Entebbe, Uganda, befreite. Trotz seiner Distanz zum traditionellen militärischen Establishment hat Bibi dadurch eine nationalistische Legitimation per proxy bekommen. Aufgrund der Beteiligung von deutschen RAF-Mitgliedern wurde in Entebbe übrigens auch überdeutlich, wie weit sich die europäische Linke von Israel ab- und dem palästinensischen Befreiungskampf zugewendet hatte. Der 4. Juli 1976 ist deshalb ein entscheidender Wendepunkt der israelischen Geschichte: Er markiert das Ende der Allianz mit der europäischen Linken und, über die Personalie Netanjahu, die Legitimation für den Aufstieg der neoliberalen Rechten.

Die Distanz zum politischen Establishment bei gleichzeitigem (geborgten) Heldenstatus und einem unheimlichen Talent zur Manipulation machte Netanjahu auch für die sephardischen Juden wählbar. Und damit kommen wir zum nächsten politischen Widerspruch, der der israelischen Gesellschaft fast seit Beginn innewohnt, den Aufstieg Netanjahus ermöglicht und einen entscheidenden Beitrag zur momentanen Staatskrise geleistet hat: der gesellschaftliche Status der Einwanderer aus arabischen Ländern.

Für die jüdischen Bewohner des Irans und der arabischen Staaten von Marokko bis Jemen und Irak bedeutete die Gründung des Staates Israel zunächst eine Denormalisierung. Hatten sie zuvor einigermassen in Frieden leben und ihren Geschäften nachgehen können, wurden sie plötzlich zu Staatsfeinden und Alliierten Israels. Der Druck zur Emigration wuchs, tatkräftig von der Propaganda der israelischen Regierung unterstützt, die

dringend auf demographischen Zuwachs angewiesen war. Tatsächlich begannen in den fünfziger Jahren die Sephardim, wie die orientalischen Juden genannt wurden, massenhaft aus ihren Ursprungsländern auszuwandern, wobei es die gut ausgebildeten und wohlhabenderen Juden nicht nach Israel, sondern in die USA, nach England, vorwiegend aber nach Frankreich zog – und in die Westschweiz.

Die ärmeren aber zogen nach Israel, wo sie für die Demographie zwar dringend benötigt wurden, aber sonst nicht sonderlich erwünscht waren. Die Plätze an der Sonne waren sowohl sozial als auch geographisch bereits besetzt, die zentralen Städte bewohnt, die Stellen in der politischen Hierarchie an osteuropäische Juden verteilt. Die Sephardim wurden in Barackensiedlungen an der Peripherie platziert – und dann mehr oder weniger vergessen. Der jüdische Rassismus gegenüber den orientalischen Brüdern und Schwestern stand hinter demjenigen gegen die israelischen Araber kaum zurück.

Bis in die 70-er Jahren blieben die sephardischen Juden die Parias der israelischen Gesellschaft. Sie stellten keine Minister, kaum höhere Beamte, kaum Professoren oder Professorinnen, kaum höhere Offiziere. Doch dann begannen sie, im Windschatten der Anti-Vietnam und der 68-er Bewegung, mehr Selbstbewusstsein zu entwickeln. Dass sich die Organisation, die sie damals bildeten, Black Panthers nannte, spricht für sich.

Es gelang sogar, einige sephardische Abgeordnete ins Parlament zu bringen, einer von ihnen hiess Charly Biton. Organisiert vom Deutschen Seminar der Hebräischen Universität, zeigte die Cinemathek von Jerusalem Anfang 1974 den Nazi-Film Jud Süß von Veit Harlan. Ich erinnere mich an den Besuch einer Vorstellung, gleich hinter mir sass Charly Biton mit seiner Entourage. Als Joseph Süßkind Oppenheimer, im 18. Jahrhundert der Bankier des Herzogs von Württemberg, am Ende des Films hingerichtet wird, klatzen Biton und seine Buddies frenetisch Beifall. Endlich wird den aschkenasischen Juden gezeigt, wie sie wirklich sind, riefen sie.

Diese grausig-groteske Anekdote illustriert die Stimmung, die zwischen aschkenasischen und sephardischen Israelis in den 1970-er Jahren herrschte. Der Rechtsnationalist Begin verdankte seine Wahl 1977 dem ursprünglich linken Aufbegehren der sep-



Frauen beten in der Nähe von Bethlehem am Grab der biblischen Matriarchin Rahel. Das jüdische Heiligtum liegt im Westjordanland, aber seit 2002 wird es durch die Sperrmauer ins israelische Staatsgebiet integriert.





Jüdische Frauen in Maoz Esther, einem Aussenposten der Siedlung Kokhav Hashahar im Westjordanland.

hardischen Bevölkerung. Begin stammte zwar selbst aus Polen, aber es war die Devise der seit mehr als 20 Jahren unterdrückten Sephardim, auf keinen Fall mehr die osteuropäische Elite der Arbeiterpartei zu wählen, die den Staat mehr oder weniger unter sich aufgeteilt hatte. Dieses Erbe verstand Netanjahu vortrefflich zu bewirtschaften. Wie vielen seiner europäischen und US-amerikanischen Zeit- und Geistesgenossen gelang ihm der wundersame Spagat zwischen einem neoliberalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, einem religiös gefärbten Nationalismus und einem antilitären Ressentiment. Es ist der ideologische Cocktail, mit dem die sephardische Unterschicht bis heute abgeholt werden kann.

#### 29.10.1956

«Sharm-el Scheich, wir kamen nun zum zweiten Mal zu Dir, in unsrem Herzen bleiben wir für immer» sangen wir im zionistischen Jugendbund. Das Lied war in Israel nach dem Sechstagekrieg zu einem Gassenhauer geworden.

Das erste Mal drang die israelische Armee im Oktober 1956 nach Sharm-el Scheich vor. General Gamal Abd-el Nassr hatte der Suezkanal verstaatlicht, um seine Ambitionen als Führer der panarabischen Bewegung zu unterstreichen. Grossbritannien und Frankreich, die um ihre Versorgungssicherheit und ihre Vorherrschaft in der Region bangten, griffen Ägypten daraufhin an, um den Suezkanal wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Israelis beteiligten sich an der

Militäraktion an, weil auch sie eine ägyptische Blockade befürchteten. Auf Druck der USA und der Sowjetunion, die auch um ihren Einfluss in der Region fürchteten, mussten die drei Angreifer sich aber wieder zurückziehen.

Am 29.10., inmitten des Feldzuges von 56, verhängte die israelische Militärverwaltung eine Ausgangssperre über die arabischen Dörfer, die noch am gleichen Abend in Kraft treten sollte. Die Bewohner des Dorfes Kafr-Qassem wussten davon nichts, denn sie waren vor der Verhängung der Sperre auf die Felder gegangen, und kehrten erst spät abends zurück. Als sie in ihrem Dorf ankamen, eröffnete Soldaten der israelischen Armee das Feuer. 48 Menschen starben, darunter Frauen und Kinder.

Das Massaker von Kafr-Qassem war für beide Seiten ein Fanal. Für die israelischen Araber war es die endgültige Demaskierung des wahren Charakters Israels: Ein kolonialistischer Staat im Dienst des Westens. 1956 wurde der Panarabismus endgültig zu einer Bewegung des antikolonialen Kampfes und die Vernichtung Israels sein oberstes Ziel. Die Chancen, lokal einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden, begannen zu schwinden. Nun hiess es: Israel gegen die gesamte arabische Welt.

Für die Israelis brach in Kafr-Qassem der Widerspruch zwischen dem Selbstbild als Vorposten des humanistischen Westens in der Dritten Welt und der Realität der eigenen Gewalt hervor. Die Vertreibungen, Zerstörungen und Ermordungen während des Unabhängigkeitskrieges von 1948, konnten man vor sich selbst noch zur notwendigen Selbstverteidigung erklären, ein Massaker an unschuldigen Bauern, Kindern und Frauen, liess sich durch keine Umstände mehr rechtfertigen. Zunächst versuchten sich das Militär, die Regierung und die Gesellschaft den Gräueltaten zu stellen, es gab ein ordentliches Gerichtsverfahren, der befehlshabende Offizier wurde zu 17 Jahren Haft verurteilt.

Doch schon nach einem Jahr kam er wieder frei und die israelische Gesellschaft baute zur Verdrängung der traumatischen Erfahrungen den Mythos der «sauberen Waffe» auf, an dem sie sehr lange festgehalten hat. Das israelische Militär sei die humanste Armee der Welt, hiess es, sie übe Gewalt nur im äussersten Notfall aus, und auch dann nur unter strengster Beachtung der Genfer Konvention. Vor etwa zwei Jahren ergoss sich über einen Gymnasiallehrer im Norden Israels ein gewaltiger Shitstorm, der beinahe in seiner Entlassung geendet hätte, als er einem Schüler, der das Motto der humansten Armee der Welt nachplapperte, antwortete, das müsse man erst beweisen. Eine Mitschülerin schrieb daraufhin dem Erziehungsminister einen Brief, der daraus einen öffentlichen Skandal machte.

Der Mythos der sauberen Waffe und die konsequente Verleugnung der eigenen Gewaltbereitschaft – stellvertretend sei hier das Massaker des jüdischen Militärarztes Baruch Goldstein 1994 in Hebron, bei dem 29 betende Araber getötet wurden, erwähnt, dessen Konterfei in Ben-Gvirs Wohnzimmer hängt – war während vieler Jahre eine zentrale

Klammer der israelischen Identität. Er band die Diaspora an den jüdischen Staat und diesen wiederum an die jüdische Geschichte: Die Juden seien immer die Opfer gewesen und hätten nie Gewalt ausgeübt, so die Kernaussage des Mythos, die jüdische Religion sei humanistisch und die Juden in ihrem Wesen gewaltfrei. Diese identitätsstiftende Geschichtsdeutung wurde spätestens 1983 im Libanon als Mythos entlarvt, als die Armee Israels unter Ariel Sharon – schon wieder er – die palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Shatila bei Beirut abriegelte, damit christliche Milizen in aller Ruhe palästinensische Flüchtlinge abschlachten konnten.

Ein weiterer Baustein der israelischen Identität – die Juden als Träger der Fackel des Humanismus – war herausgebrochen, ein weiterer Selbstbetrug aufgefliegen.

Es geht mir keineswegs darum, den Spiess einfach umzudrehen, und die arabische Gewalt zu verleugnen. Palästinenser haben Verbrechen begangen: Die olympischen Spiele 1972 in München, die Flugzeugentführungen, die Blutbäder während der Zweiten Intifada, der unablässige Raketenbeschuss von Südisrael.

Doch darum geht es nicht.

Es geht mir vielmehr darum, die historischen Ursachen der Katastrophe, auf die Israel im Moment zusteuert, zu analysieren. Und diese liegen meines Erachtens in der gewaltigen Spannung, die seit der Staatsgründung zwischen der jüdisch-israelischen Ideologie beziehungsweise Identität und der geopolitischen Realität besteht.

#### 16.3.2023

Heute gebe ich den Bericht der Redaktion ab. Es war eine aufreibende Zeit, weil ich mich auch meiner zionistischen Vergangenheit stellen musste. Es bleibt die Frage zu beantworten, wie es weitergehen wird. Vor zwei Wochen hätte ich noch ein düsteres und hoffnungsloses Bild zeichnen müssen und ich hätte prognostiziert, dass Israel auf dem Weg zu einem undemokratischen Gottesstaat ist. Das ist immer noch möglich. Doch in den letzten Wochen geschehen in Israel Dinge, die niemand je für möglich gehalten hätte: Eine Welte zivilen Ungehorsams erfasst Israel und die Diaspora. Erstmals in der Geschichte Israels wehrt sich die Zivilgesellschaft in frontaler Opposition gegen die eigene Regierung für die Demokratie – auch wenn Israel vor

dem 4.11.2022, vor der Wahl dieser Regierung, keine mustergültige Demokratie war.

Wird die Regierung diesen massiven Widerstand überleben? Ich kann es mir nicht vorstellen. Entscheidend wird der Tag sein, an welchem das «Gesetz der Überwältigung», wie es sinnigerweise heisst, das Gesetz, wonach 61 Abgeordnete einen Beschluss des obersten Gerichts umstossen können, von ebendiesem Gericht für grundgesetzwidrig erklärt wird. Dann entsteht eine Pattsituation und ein bedrohliches Machtvakuum.

Was dann geschieht, weiss kein Mensch....

#### Postskriptum

Durch den Fall der Credit Suisse hat sich die Veröffentlichung dieses Artikels in der Republik verzögert. Auf den ersten Blick hat die Protestbewegung inzwischen einen grossen Sieg errungen: die alles entscheidenden Gesetze zur Ernennung der Richter und zur Überstimung des Obersten Gerichts sind bis Ende April vertagt, Verhandlungen von Regierung und Opposition darüber anberaumt. Doch der erste Eindruck täuscht. Vertagen ist die alte Taktik Netanjahus, und bisher ist er damit immer durchgekommen, echte Verhandlungen wird er nicht zulassen, dazu ist er gar nicht in der Lage. Die Regierung hofft vielmehr, durch das Pseudo-Zugeständnis die Luft aus den Protesten rauszulassen, wie unlängst in Polen. Der polnische Vizeausserminister rühmt sich öffentlich, Bibi bei der Verzögerungstaktik beraten zu haben. Die Gesetze liegen jedenfalls auf, das heisst sie sind schon so ausformuliert, dass sie kaum mehr verändert werden können. Als Preis für die Vertagung hat sich Ben-Gvir überdies eine National-Garde unter seiner Kontrolle ausbedungen.

Wir leben hier in der totalen Katastrophe. Die Demos sind wunderbar, aber die politische Wirklichkeit ist grauenhaft. Wir sind einem Mann ausgeliefert, der jegliche Beziehung zur Realität verloren hat und glaubt, er sei der Zauberer als der ihn seine Jünger preisen.

Diese Nachricht erhielt ich vor wenigen Tagen, von jenem Freund, mit dem ich 1973 nach Israel kam.



Den

## Newcomer-Preis 2024

gewinnt

**Kilian Marti**

für seinen Artikel

**Den Letzten beissen die Hunde: Ein Basler Grossprojekt  
treibt mehrere KMUs in den Konkurs**

erschienen auf Watson am 8. Dezember 2023

Zürich, 15. Mai 2024

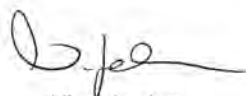
Die Jury:



Christina Neuhaus



Lisa Feldmann



Nina Jecker



Doris Kleck



Paula Scheidt



Hansi Voigt



Reza Rafi



# Preisträger



## Kilian Marti

Kilian Marti, 25, ist im Glarnerland aufgewachsen. Er startete als 13-Jähriger im Journalismus mit Strassenumfragen für eine regionale Wochenzeitung. Nach der KV-Lehre bei der «Südostschweiz» folgten journalistische Stationen unter anderem bei den «Obersee Nachrichten» und «Nau» sowie einem Abstecher in die Finanzbranche als Berater. Seit September 2022 ist er als Reporter für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft bei Watson tätig.

# Laudatio

von Doris Kleck

Der Versicherungskonzern Baloise hat ein mässiges 2023 hinter sich. Der Gewinn vor Abschreibungen und Steuern lag mit 344 Millionen Franken unter den Erwartungen der Analysten. Die Aktionäre können sich trotzdem freuen: Die Dividende wird um 30 Rappen erhöht auf 7.70 Franken.

Die letzten bekannten Geschäftszahlen des Generalunternehmens Steiner AG stammen aus dem Geschäftsjahr 2021/2022. Der operative Gewinn lag bei knapp 50 Millionen Franken.

Schlosser Roger Nägeli wirtschaftet in anderen, kleineren Dimensionen. Sein Familienbetrieb zählt zehn Angestellte. Ende letzten Jahres schuldete ihm der Generalunternehmer Steiner 250 000 Franken für abgeschlossene Arbeiten im Baloise Park.

Steiner will nicht bezahlen: Das Bauunternehmen befindet sich mit der Bauherrin Baloise seit 2020 in einem unerbittlichen Rechtsstreit. Es geht um den Baloise Park. Ein Prestigebau beim Bahnhof Basel. 89 Meter hoch. Kostenpunkt: 250 Millionen Franken.

Die geschuldeten 250 000 Franken sind ein Bruchteil davon, für die Baloise und die Steiner AG ein Klacks, für Roger Nägeli ist das Ausbleiben dieser Zahlung aber existenzbedrohend. Wir kennen seine Geschichte dank Kilian Marti. In seinem Artikel, erschienen bei Watson, beschreibt Marti, wie fünf KMUs und ihre Mitarbeitenden einen hohen Preis für die Streitigkeiten zwischen Baloise und Steiner bezahlen. «Die Letzten beissen die Hunde», heisst es im Titel. Das Konkursamt Basel bestätigt diesen Satz quasi amtlich: «Prozesse um Werklohnforderungen aus Bauaufträgen sind teuer und langwierig. Es gibt Unternehmen, die diesen Umstand gegenüber schwächeren Marktteilnehmern ausnützen.» Die Schwächeren, das sind Subunternehmer wie Schlosser Nägeli.

Kilian Marti hätte auch schreiben können: Die Schwächsten beissen die Hunde.

Die Handwerker haben weder die Macht noch das Geld, in diesem juristischen Streit gross mitzumischen – doch zum Glück gibt es Journalisten wie Kilian Marti, die hinsehen und hinhören. Die Missstände erkennen und benennen. Die Betroffene suchen und ihnen eine Stimme geben. Die

komplexe Sachverhalte begreifen und verständlich niederschreiben. Schlosser Nägeli ist kein Einzelschicksal, das Problem ist systemisch. Amtlich bestätigt und selbst von Baloise und Steiner nicht bestritten. Aktuell zankt sich die Branche denn auch um neue Modelle der Zusammenarbeit. Dass den Letzten und Schwächsten nicht mehr die Hunde beissen.

Marti zeigt exemplarisch, wie Handwerksbetriebe vor dem Ruin stehen können, wenn Grossunternehmen aufs Ganze gehen. Die Recherche hat in Basel für einigen Wirbel gesorgt. Und die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens SRF hat die Geschichte von Schlosser Nägeli ebenfalls aufgenommen. Wir gratulieren Kilian Marti herzlich.

# Den Letzten beissen die Hunde: Ein Basler Grossprojekt treibt mehrere KMUs in den Konkurs

Erschienen am 8. Dezember 2023

*Der Baloise Park ist ein Prestigeprojekt, das seinesgleichen sucht. Doch um den Bau ist ein heftiger Streit entbrannt: Grosskonzerne streiten um Millionen – und KMUs stehen vor dem Aus. Eine Geschichte über einen Bau, der schon von Anfang an unter keinem guten Stern stand.*

Von Kilian Marti

Auf dem Weg zum Firmensitz der Schloserei Nägelin im aargauischen Kaiseraugst sieht man in der Ferne die Hochhäuser Basels emporragen. Tagtäglich hat Roger Nägelin vor Augen, was ihn die Zukunft seiner Firma kosten wird, wenn nicht noch ein Wunder geschieht: der Baloise Park.

Für Roger und Jérôme Nägelin, Vater und Sohn, endet dieses Jahr düster. Nach fast acht Jahren wird ihr Familienbetrieb Ende Monat die Türen vermutlich für immer schliessen müssen. «Wir haben bis zum Schluss gehofft, dass es noch anders kommt, doch nun sieht es so aus, als müssten wir alle unsere zehn Mitarbeitenden entlassen», sagt der Firmengründer. Der Schmerz darüber steht ihm deutlich ins Gesicht geschrieben. «Und das alles wegen einer einzigen Baustelle.»

Die Baustelle, die Nägelin in den Ruin treibt, steht am Aeschengraben, beste Lage, einen Steinwurf vom Basler Hauptbahnhof entfernt. Doch rund um das Prestigeprojekt fliegen längst nicht nur Steine – es tobt ein heftiger Millionen-Streit. Auf der einen Seite: die Bauherrin, der Versicherungskonzern Baloise. Auf der anderen Seite zwei Generalunternehmungen: die Steiner AG und die Porr Suisse AG. Und ganz am Ende der Nahrungskette Kleinbetriebe wie die Schloserei Nägelin. Oder die Dachdeckerfirma von Jimmy Musliaj, die GM Crafts GmbH. Insgesamt sind mindestens fünf KMUs betroffen, mit denen watson Kontakt hatte. Über 40 Personen haben ihren Job verloren – die Zahl ist nicht abschliessend.

## Eine Handvoll KMUs, dutzende Schicksale

Roger Nägelin hätte nie gedacht, dass ihn der Auftrag für den Baloise Park in den Ruin treiben könnte, als er im Jahr 2019 einen ersten Auftrag für Montagearbeiten am Baloise Hochhaus annahm. 80'000 Franken war der Auftrag wert, den er mit der Steiner AG abschloss. Es folgten diverse Folgeaufträge. Gesamtvolumen: 2 Millionen Franken.

Alles lief reibungslos, die Rechnungen wurden von der Steiner AG stets bezahlt. Doch nach der letzten Montagearbeit war plötzlich alles anders. «Obwohl die Steiner AG uns ein unterschriebenes Abrechnungsbordereau erstellte, was bedeutete, dass wir keine Mängel mehr zu beheben haben, wurden die Zahlungen eingestellt», sagt Roger Nägelin. 250'000 Franken sind heute noch offen, die Nägelin einfordert – inklusive laufender Gerichts- und Anwaltskosten. Für ein Kleinunternehmen mit 10 Mitarbeitenden viel Geld: «Es war unsere gesamte Liquidität. Wir mussten einen hohen Kontokorrentkredit aufnehmen, um nicht sofort Konkurs zu gehen», sagt Nägelin.

### Superprojekt Baloise Park

Der Baloise Park ist das jüngste Prestigeprojekt des Versicherungskonzerns Baloise. Drei Gebäude sind auf dem Areal nördlich des Basler Bahnhofs entstanden. Darunter der 34 Meter hohe Hauptsitz des Versicherers, der von den namhaften Architekten Diener und Diener entworfen wurde. Dazu kommt ein 42 Meter hohes Bauwerk des Stararchitekten Valerio Olgiati, das als Ausbildungszentrum dient. Das höchste Gebäude im Baloise Park ist das 89 Meter hohe Baloise Hochhaus des renommierten Architekturbüros Miller und Maranta, welches grösstenteils von Mövenpick als Hotel genutzt wird. 2014 budgetierte die Baloise Kosten von einer Viertelmilliarde Franken für den Bau, die Roger Zeier Bauökonomie schätzt die Kosten aber auf über 350 Millionen Franken.

Bereits in Konkurs gegangen ist die Dachdeckerfirma von Jimmy Musliaj. Seine GM Crafts GmbH war ebenfalls am Bau des Baloise Parks beteiligt, die Aufträge erhielt er von der Porr Suisse AG. «Ich stehe vor einem Scherbenhaufen», sagt Musliaj, als watson ihn in einem Café in Basel trifft. Musliaj erlebte Ähnliches wie Nägelin: Zunächst wurden die Akonto-Rechnungen bezahlt, als er mit seinen Arbeiten fertig war, stoppte die Porr Suisse AG die Zahlungen. Seitdem streitet er mit dem Generalunternehmen um 200'000 Franken. Die Chancen, jemals Geld zu erhalten, stehen schlecht: «Nach der Insolvenzanmeldung stellte die Porr Suisse eine Gegenforderung, die weit über 200'000 Franken liegt – wegen Mängeln an meiner Arbeit», sagt der Chef der Dachdeckerfirma.

Musliaj versichert, dass er seine Arbeit sauber ausgeführt habe. Stutzig macht ihn vor allem der Zeitpunkt der Gegenforderung: «Über ein Jahr nach meinem letzten Arbeitstag auf der Baustelle und wenige Tage nach der Konkursanmeldung kam diese Gegenforderung der Porr Suisse AG.» Mittlerweile liegt sein Fall in den Händen des Konkursamtes Basel-Stadt.

Ob der Auftrag nun von der Porr Suisse AG oder der Steiner AG kam – das Chaos begann bei allen Subunternehmern, mit denen watson gesprochen hat, gleich: Nach der letzten Arbeit auf der Baustelle wurden die Zahlungen von den Generalunternehmen eingestellt. Eine am Bau des Baloise Parks beteiligte Schreinerei, die mittlerweile in Insolvenz ist, sagte gegenüber watson: «Wir hatten lange auf die restlichen 150'000 Franken gehofft, doch irgendwann ging es nicht mehr. Unsere letzte Chance ist nun das Konkursamt Basel-Stadt. Für mich ist klar, dass da Spielchen getrieben wurden.»

Das Konkursamt Basel-Stadt will sich zu den konkreten Fällen nicht äussern. Doch es gibt einen Einblick, was für Kleinbetriebe auf Grossbaustellen gefährlich werden kann. Auf Anfrage von watson schreibt das Konkursamt: «Gerade bei komplexen Grossbaustellen ist es oft objektiv schwierig,





Streit um den Baloise Park eskaliert: Die Steiner AG unterstellt der Baloise «treuwidriges Vorgehen».

© watson



Ursachen und Verantwortlichkeiten von Schäden oder Kostenüberschreitungen festzustellen. Nach unserer Wahrnehmung ist in der Baubranche allgemein bekannt, dass Prozesse um Werklohnforderungen aus Bauaufträgen teuer und langwierig sind und dass es Unternehmen gibt, die diesen Umstand gegenüber schwächeren Marktteilnehmern ausnutzen. Wenn ein Projekt nicht rundläuft und Mehrkosten oder Schäden entstanden sind, ist es naheliegend, bei Subunternehmern Abzüge vorzunehmen, ob berechtigt oder nicht.» Im vorliegenden Fall heisst das: Den Letzten beissen die Hunde.

### Streit zwischen Grosskonzernen eskaliert

Als die letzten Kleinunternehmer gebissen und zerfleischt wurden, lagen die Bauherrin und die beiden Generalunternehmungen längst in einem erbitterten Streit. Das wurde spätestens bei der Eröffnungsfeier offensichtlich. Öffentlich bezeichnete der damalige Baloise-Verwaltungsratspräsident, Andreas Burckhardt, die Arbeiten der Steiner AG und der Porr Suisse AG als «eine Sauerei». Als Grund dafür nannte er gegenüber der «Basler Zeitung» Bauverzögerungen. Der Streit zwischen den drei Grosskonzernen eskalierte immer heftiger, die juristische Aufarbeitung wird Jahre dauern.

Doch was ist konkret vorgefallen? watson konnte mit einer Person sprechen, die beim Bau des Baloise Parks einen tiefen Einblick in die Geschehnisse hatte. «Das Projekt des Baloise Hochhauses hat seit Tag eins gestunken», sagt die Person. Das Budget für den Prestigebau mit dem Mövenpick Hotel sei von Anfang an zu knapp bemessen gewesen, ein Generalunternehmen habe sich kaum finden lassen. «Seit dem ersten Tag wurde versucht, die Kosten zu drücken», sagt der Informant.

Als dann auch noch die Coronapandemie die Welt überrollte, seien der Steiner AG durch die Behörden laufend neue Auflagen gemacht und durch die Bauherrin Mängel vorgeschoben worden. «Das Hotel wäre in der Anfangsphase der Coronapandemie fertig geworden – das wäre für die Eröffnung ein Chaos gewesen», so der Informant, der die Vorgänge als absichtliche Verzögerungstaktik durch die Bauherrin einstuft. Die Baloise wollte sich zu den Vorwürfen nicht äussern.

Klar ist: Das Verhältnis zwischen Bauherrin und Generalunternehmer war da bereits massiv zerrüttet.

Heute würden zwischen den Konfliktparteien nur noch Gegenforderungen hochgetrieben, über die das Gericht entscheiden muss. «Kleinfirmen, die am Bau beteiligt waren, werden in diesen Mühlen einfach zerrieben. Sie haben keine Chance mehr, an ihr Geld zu kommen», sagt die Person. Wer sich die besten Anwälte leisten kann, hat die grössten Chancen. Den Letzten beissen die Hunde.

### Grosskonzern bedauert Insolvenzen

Dass einiges aus dem Ruder lief, bestätigt die Steiner AG. Über ihre Kommunikationsagentur teilt sie watson mit, dass der Baufortschritt einerseits wegen der Coronapandemie durch «etliche behördlich verfügte Einschränkungen deutlich abgebremst» wurde. Andererseits hätte «während Corona kein Hotelbetreiber ein Interesse daran gehabt, ein Stadthotel zu eröffnen». Besonders hart ins Gericht geht die Steiner AG mit der Bauherrin Baloise. Diese habe «trotz Bezugsbewilligung durch das Bau- und Gastgewerbeinspektorat des Kantons bis heute eine Abnahme und die Zahlungen verweigert». watson liegt das Dokument vor.

«Die Bauherrin hat behauptet, es lägen wesentliche Mängel vor. Die Steiner AG bestreitet dies mit Nachdruck. Bei wesentlichen Mängeln wäre keine Bezugsbewilligung erteilt worden», schreibt die Generalunternehmung weiter. Gleichzeitig habe die Steiner AG «zur Wahrung ihrer rechtlichen Interessen, die Mängel an die erstellenden Handwerker weiterreichen müssen».

Zu den offenen Rechnungen bei den eigenen Subunternehmen, wie etwa der Schlosserei Nägelin, schreibt die Steiner AG: «Das treuwidrige Vorgehen der Bauherrin Baloise hat die Vertragsabwicklung mit den Subunternehmern stark erschwert. Obwohl ein wesentlicher Teil der Werklohnforderung von der Bauherrin unbezahlt geblieben ist, hat die Steiner AG mit fast allen Subunternehmern eine Einigung zum Abschluss und zur Schlussrechnung des Werkvertrages gefunden und die Rechnungen der Subunternehmer bezahlt. Es waren über 120 Subunternehmer am Bau beteiligt. Unbereinigt sind zum heutigen Stand eine Handvoll.»



«Stehe vor einem Scherbenhaufen»: Unternehmer Jimmy Musliaj streitet um 200'000 Franken für seine Arbeit beim Baloise Park.

© watson

Das sind etwa eine Dachdeckerfirma. Oder eine Schlosserei. Firmen, die die letzten Arbeiten vor dem Einzug verrichteten. Die Letzten bissen die Hunde.

Die Steiner AG hofft, dass sich noch eine Lösung findet für die Firmen. Die Verantwortung schiebt sie der Bauherrin zu. «Die Steiner AG bedauert dies sehr und hofft, dass die Baloise zeitnah ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen wird.»

Nicht zu den Vorwürfen äussern möchte sich die Porr Suisse AG, sie schreibt: «Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir uns zu laufenden Gerichtsverfahren nicht äussern.» Ebenfalls deutlich zurückhaltend antwortet die Baloise, die auf neun eingereichte Fragen schreibt: «Wir sind daran, die noch offenen Punkte des Projekts Baloise Park mit unseren Partnern abzuarbeiten. Über Details dazu können wir keine Auskunft geben.»

#### Der Silberstreifen am Horizont

So komplex der Sachverhalt zwischen den Grossunternehmen scheint, so einfach ist für

Roger Nägelin und seine Schlosserei, was nun folgen wird: «Wir werden trotz sich anbahnender Insolvenz weiter um das Geld kämpfen, das uns zusteht.» Auch wenn die Gegenseite viel mehr Macht und Anwälte habe. «Aber von der Baubranche werden wir künftig die Finger lassen und uns auf Produktinnovationen fokussieren.»

Nägelin hat mit einem Partnerbetrieb seit einigen Monaten ein Nebenprojekt gestartet. «Wir bauen kleine Windturbinen für

Einfamilienhäuser und die Industrie. Damit bald jeder in der Schweiz ein Windrad privat bei sich zu Hause installieren kann, um saubere erneuerbare Energie zu produzieren.» Dafür haben sie bereits einen Preis der Klimastiftung Schweiz gewonnen und sie durften das Projekt einem Regionalspital vorstellen. «Es geht langsam voran, uns fehlt offensichtlich das Geld, aber wir hoffen, dass das unsere Zukunft sein wird», sagt Nägelin. Für den Familienbetrieb ist das ein Silberstreifen am Horizont, nachdem der Baloise Park ihnen die Zukunft der Schlosserei genommen hat.

# Bisherige Preisträgerinnen und Preisträger

1981

Hugo Bütler, Peter Frey, Urs P. Gasche

1982

Caroline Ratz, Jonn Häberli, Wilfried Maurer,  
Hans Moser, Edmund Ziegler

1983

Andreas Kohlschütter, Gisela Blau,  
Gottlieb F. Höpli, Peter Meier

1984

Dieter Bachmann, Georg Gerster,  
Anna-Christina Gabathuler

1985

Margrit Sprecher, Herbert Cerutti,  
Arthur K. Vogel

1986

Markus Mäder, Verena Eggmann, Hans Caprez,  
Klaus Vieli, Benedikt Loderer

1987

Christian Speich, Jürg Frischknecht,  
Martin Born

1988

Werner Catrina, Barbara Vonarburg,  
Christoph Neidhart

1989

Beat Allenbach, Hansjörg Utz, Rolf Wespe,  
Alois Bischof, Niklaus Meienberg, Jürg Rohrer

1990

Ursula Binggeli, Colomba Feuerstein,  
Urs Haldimann, Toni Lanzendörfer,  
Josef Rennhard, Al Imfeld, Stefan Keller,  
Hedi Wyss, Hanspeter Bundi

1991

Peter Hufschmid, Christoph Keller,  
Christina Karrer, Ernst Hunziker,  
Guerino Mazzola, Isolde Schaad

1992

Hans Caprez, Christine Fivian-Isliker,  
Erwin Koch, Patrik Landolt, Linus Reichlin,  
Mix Weiss, Nadia Bindellam, Regula Heusser  
(Swissair-Preis)

1993

Thomas Burla, Antonio Cortesi, Sepp Moser,  
Kaspar Schnetzler, Walter Sturzenegger,  
Barbara Suter, Edith Zweifel, Peter Pfrunder  
(Swissair-Preis)

1994

Herbert Fischer, Peter Haffner, Stefan Keller,  
Willi Wottreng, Brigitte Hürlimann (Swissair-  
Preis), Giorgio von Arb (Swissair-Preis)

1995

Erwin Haas, Erwin Koch, Herbert Cerutti,  
Regula Heusser-Markun, Richard Stoffel,  
Martin Frischknecht (Swissair-Preis)

1996

Irène Dietschi, Lukas Lessing (Text),  
Ute Mahler (Bild), Bernard Senn,  
Ronald Sonderegger, Peer Teuwsen (Text),  
Reto Klink (Bild), Peter Sidler (Text) (Swissair-  
Preis), Daniel Schwartz (Bild) (Swissairpreis)

1997

Pia Horlacher, Thomas Meister, Bruno Ziauddin,  
Finn Canonica (Swissair-Preis)

1998

Fredi Lerch, Christoph Keller,  
Christoph Neidhart, Alfred Schlienger,  
Peter Haffner (Swissair-Preis)

1999

Daniel Ganzfried, Brigitte Hürlimann,  
Beat Kappeler, Bernhard Raos, Urs Rauber,  
Werner Lüdi (Swissair-Preis)

2000

Beat Kraushaar, Martin Meier, Irena Brezná,  
Nicole Müller, Richard Reich, Miklós Gimes  
(Swissair-Preis)

2001

Martin Beglinger, Alexej Djomin, Andri Bryner,  
Lisbeth Herger, Rahel Stauber, Urs Rauber,  
Oswald Iten (Swissair-Preis)

2002

Jürg Ramspeck (Gesamtwerk), Jürg Rohrer  
(Alltag/Kleine Form), Arthur Rutishauser,  
Patrik Landolt, Stephan Ramming,  
Anna Schindler, Georg Seesslen, Ursula von Arx,  
Peter Ackermann



<p>2003</p> <p>Margrit Sprecher (Gesamtwerk), Daniel Germann (Alltag / Kleine Form), Michael Marti, Bernhard Odehnal, Cornelia Kazis, René Staubli</p>	<p>2012</p> <p>Gion Mathias Cavelty (Zeitung), Daniel Ammann (Zeitschrift), Julia Hofer (Zeitschrift), Joel Bedetti (Nachwuchs)</p>	<p>2022</p> <p>Roger Schawinski (Gesamtwerk), Yves Demuth, Rebecca Wyss, Angelika Hardegger, Finn Schlichenmaier (Newcomer)</p>
<p>2004</p> <p>«NZZ»-Auslandredaktion (Gesamtwerk), Daniele Muscionico (Alltag / Kleine Form), Bruno Vanoni, Andreas Schürer, Markus Schneider, Jean-Martin Büttner</p>	<p>2013</p> <p>Köbi Gantenbein (Gesamtwerk), Rico Czerwinski, Iwan Städler, Susi Stühlinger</p>	<p>2023</p> <p>Peter Haffner (Gesamtwerk), Adrienne Fichter, Ivan Ruslyannikov, Janique Weder, Sarah Serafini, Matthias Venetz (Newcomer)</p>
<p>2005</p> <p>Manfred Papst (Alltag / Kleine Form), Thomas Angeli, Daniel Benz, Rico Czerwinski, Nico Renner, Meinrad Ballmer, Marco Zanchi</p>	<p>2014</p> <p>Frank A. Meyer (Gesamtwerk), Simone Rau, Mark Dittli, Alex Baur</p>	
<p>2006</p> <p>Peter Baumgartner (Gesamtwerk), René Brunner (Alltag / Kleine Form), Peer Teuwsen, Karin Wenger, Christoph Scheuring, Hansi Voigt, Ursula Gabathuler</p>	<p>2015</p> <p>Arnold Hottinger (Gesamtwerk), Andrea Jeska, Christian Brönnimann, Manuel Bühlmann, Oliver Wietlisbach</p>	
<p>2007</p> <p>Karl Lüönd (Gesamtwerk), Charlotte Jacquemart, Daniel Hug, Bruno Ziauddin, Christian Schmidt, Gabrielle Kleinert, Marcel Hänggi</p>	<p>2016</p> <p>Felix E. Müller (Gesamtwerk), Paula Scheidt, Markus Häfliger, Thomas Preusse, Daniel Puntas Bernet, Federico Franchini, Hannes Grassegger</p>	
<p>2008</p> <p>Rainer Stadler (Gesamtwerk), Constantin Seibt (Zeitung), Anja Jardine (Zeit- schrift), Daniel Ryser (Nachwuchs)</p>	<p>2017</p> <p>Rita Flubacher (Gesamtwerk), Anja Jardine, Claudia Senn, Daniel Ryser</p>	
<p>2009</p> <p>Bernard Imhasly (Gesamtwerk), Catherine Boss, Martin Stoll, Karl Wild (Zeitung), Roland Bingisser (Zeitschrift), Dinu Gautier (Nachwuchs)</p>	<p>2018</p> <p>Peter Studer (Gesamtwerk), Barbara Klingbacher, Christian Keller, Oliver Zihlmann, Catherine Boss, Christian Brönnimann, Alexandre Haederli, Julie Jeannet, Marie Parvex, Mario Stäuble, Hannes von Wyl, William Stern (Newcomer)</p>	
<p>2010</p> <p>Balz Bruppacher (Gesamtwerk), Viktor Dammann (Zeitung), Mathias Ninck (Zeit- schrift), Christian Kündig und Lukas Messmer (Nachwuchs)</p>	<p>2019</p> <p>Klara Obermüller (Gesamtwerk), Fabian Eberhard, Reto Schneider, Claudia Rey, Kevin Brühlmann (Newcomer)</p>	
<p>2011</p> <p>Michael Meier (Gesamtwerk), Dagmar Appelt, Katharina Baumann (Zeitung), Otto Hostettler, Dominique Strebel (Zeitschrift), Maurice Thiriet (Nachwuchs)</p>	<p>2020</p> <p>Carole Koch, Boas Ruh, Thomas Schlittler, Christian Zeier, Daniel Faulhaber (Newcomer)</p>	
	<p>2021</p> <p>Hanspeter Guggenbühl (Gesamtwerk), Christof Gertsch, Mikael Krogerus, Christopher Gilb, Katharina Bracher, Sacha Bathyany, Samuel Tanner (Newcomer)</p>	



# Dank für Unterstützung und Spenden

## Trägerschaft



## Sponsoren



JTI  
Goldsponsor

## Spender

Folgende Firmen und Organisationen (gestaffelt nach Höhe der Beiträge) haben die Ausrichtung der diesjährigen Preisgelder verdankenswerterweise mit Spenden unterstützt:

Google

SIX

Somedia

EFG International

Hirzel.Neef.Schmid.Konsulenten

F. Hoffmann-La Roche AG

Novartis International AG

Verband SCHWEIZER MEDIEN

WOZ die Wochenzeitung

Dr. Björn Johansson

Wir danken der Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich, für den Druck dieser Broschüre.

## Impressum

### Herausgeberin

Stiftung Zürcher Journalistenpreis  
Limmatwiesenstrasse 2A  
8955 Oetwil an der Limmat  
044 750 29 68  
info@zh-journalistenpreis.ch  
www.zh-journalistenpreis.ch

### Bankverbindung

UBS AG  
8098 Zürich  
IBAN CH44 0023 0230 2082 4140 J

### Redaktion

Stiftung Zürcher Journalistenpreis

### Satz und Druck

Druckerei Robert Hürlimann AG, Zürich





Die Schweizer Auszeichnung  
für Medienschaffende

Stiftung Zürcher Journalistenpreis  
Limmatwiesenstrasse 2A  
8955 Oetwil an der Limmat  
044 750 29 68  
[info@zh-journalistenpreis.ch](mailto:info@zh-journalistenpreis.ch)  
[www.zh-journalistenpreis.ch](http://www.zh-journalistenpreis.ch)